

Aus
Natur und Geisteswelt

— 101 —

Deutsche Geschichte 1848–1862

R. Schwemer

Die Reaktion
und die neue Ära

Dritte Auflage



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Aus Natur und Geisteswelt
Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen

101. Band

Die Reaktion und die neue Ära

Skizzen zur Entwicklungsgeschichte
der deutschen Einheit

Von

Richard Schwemer

Dritte Auflage

10.—14. Tausend



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1921

ISBN 978-3-663-15506-5 ISBN 978-3-663-16078-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-16078-6

Schutzformel für die Vereinigten Staaten von Amerika:
Copyright 1921 by Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei B. G. Teubner in Leipzig 1921.

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

Vorwort.

Die nachfolgende Arbeit ist eine Fortsetzung der gleichfalls in der Sammlung: „Aus Natur und Geisteswelt“ erschienenen Skizzenreihe: „Restauration und Revolution“. Da jenes Bändchen die auf das Jahr 1848 folgenden Ereignisse nur kurz andeutend behandeln konnte, so mußte der Faden in diesem Bändchen wieder mit dem Jahre 1848 aufgenommen werden. Ich habe die Entwicklung hier bis an die Schwelle der großen Ereignisse begleitet, die uns zur Einheit führten. Diese selber sind unter dem Titel: „Vom Bund zum Reich“ in einem weiteren kleinen Bande dargestellt.

Frankfurt a. M., den 1. Oktober 1921.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
I. Die Reaktion der Macht	5
Rückblick und Umblick. Wiederherstellung der alten Gewalten. Die preußische Union. Unionfeindliche Liga. Krisis der Union. Preußen „bricht mit der Revolution“. Wiederherstellung des Bundestages. Das Londoner Protokoll. Die preußische Verfassung.	
II. Die Reaktion der Idee	22
Monarchie und Konstitutionalismus. Der preußische Adel. Harfort und das Junkertum. Harforts Prozeß. Das preußische Herrenhaus. Evangelische Kirche und Christentum. Reform der Kirchenverfassung. Politisch-religiöse Intoleranz. Begünstigung der katholischen Kirche. „Revisions“-Politik des Bundestages. Ultramontanes. Die „Zeichen der Zeit“.	
III. Der Prinz von Preußen und Otto von Bismarck	41
Jugend- und Lehrjahre. Gedanken über das Heerwesen. Seine politische Stellung. Sturmjahre. Politische Gedanken. Stille Jahre. Berufung zur Regierung. Umwelt und Eigenwelt. Im Jahre 1848. Bismarck, „der Junker“. Bismarck am Bundestage. Die Politik Neu-Osterreichs. Bismarcks Stellung zur orientalischen Frage. Preußen, Osterreich und der Bund.	
IV. Die neue Ära und ihr Scheitern	65
Die Weltlage im Jahre 1859. Die italienische Krise und die preußische Politik. Wiedererwachen der nationalen Strebungen. Bundesreformpläne. Die Heeresreform.	
V. Wirtschaftliche Wandlungen und handelspolitische Krisen	89
Wirtschaftspolitische Rückblick. Wirtschaftliche Zustände. Preußischer Handelsvertrag mit Frankreich. Bismarcks Eingreifen. Die soziale Frage.	

I. Die Reaktion der Macht.

Ich bin nicht krank, ich bin nicht matt,
Aber ich bin des Lebens satt.
Seit ich der Hoffnung mich begeben,
Ein neues Deutschland zu erleben.
Fr. Rückert.

Rückblick und Umblick. Das Jahr 1848 zeigt einen großen Teil der Völker Mitteleuropas in leidenschaftlicher Bewegung gegen das Bestehende. Es hatte sich ein unerträglicher Spannungszustand herausgebildet. In irgendeiner Weise widersprachen die herrschenden Verhältnisse fast überall den Wünschen der Mehrheit. Unter dem Einflusse des schmerzlich empfundenen Druckes waren Vorstellungen einer besseren Zukunft, Sehnsuchtsbilder, Ideen entstanden, für die sich nun wie auf ein gegebenes Zeichen die Völker erhoben, um derentwillen sie mit mehr oder weniger Gewaltthätigkeit die Ordnungen durchbrachen, damit das erstrebte Bessere an die Stelle trete: Freiheit war die allgemeine Losung, Freiheit von allem, was als peinlich, als ungerecht, als hart, als grausam empfunden worden war, Freiheit in Zukunft für alle die Regungen der Volksseele, die bisher vergebens versucht hatten, sich geltend zu machen. Daneben ertönte der Ruf nach Gleichheit, nach Ausgleichung des irdischen Besitzes und Aufhebung des Unterschiedes von Reichthum und Armut — am vernehmlichsten ertönte dieser Ruf in Frankreich —, und endlich, und zwar in Italien und Deutschland am mächtigsten, erhob sich der Ruf nach Einheit, nach der endlichen Begründung einheitlicher Staatsgewalten auf nationaler Grundlage.

Um dieser Forderungen willen verließen jetzt die Völker in leidenschaftlichem Entschlusse die altgewohnten Bahnen des Daseins und begannen die Wanderung einer neuen, glänzenden, glückverheißenden Zukunft zu.

Die Herren dieser Welt hatten sich gerade besonders sicher gewähnt im Besitze ihrer Macht. Noch immer hielt der Bund der drei Reiche des Nordostens Europas zusammen, die einstens das System der Heiligen Allianz erdacht hatten, der Bund der drei Selbstherrscher von Rußland, Oesterreich und Preußen, und soeben hatte sich noch das

Frankreich Louis Philipp's dazugesellt, indem es damit zugleich seit 1830 den Kreislauf von der Revolution zur Restauration vollständig durchlaufen hatte: niemals schien das alte Europa seines Bestandes so sicher zu sein wie gerade jetzt — und in diesem Augenblicke begann der Abfall an der Straße von Messina und pflanzte sich unter lawinenmäßigem Anwachsen fort über die größere Hälfte unseres Erdteiles.

Vor dieser riesenmäßigen Erscheinung des Volksgeistes entfan den Szepterträgern der Mut: sie entwichen oder sie bewilligten die Wünsche der Empörten. Überall war der Sieg rasch und leicht, ein großes Freudejauchzen ging durch die Lande. Allein überall wurde der rasche Sieg den Siegern verderblich. Der Schwung der ersten Begeisterung hatte das Außerordentliche möglich gemacht, aber der Schwung erlahmte, sobald die ersten Erfolge sich zeigten, und der Idealismus zerstieß sich an den harten Ecken der Realitäten. Der Aufbau des Neuen konnte nicht gelingen, da so viele den Meister spielen wollten, und der Begriff der Freiheit erwies sich wieder einmal als ein täuschendes Irrlicht, das nur allzuleicht in den Sumpf führt.

So trat denn die Entwicklung notwendig bald in das Zeichen der Gegenbewegung. Die anfangs Unterlegenen fingen an, die Schwäche des Gegners zu erkennen und nutzten seine Fehler. Er hatte die alte Ordnung zerstört, aber nur Unordnung an die Stelle gesetzt, und diese Unordnung konnte, wenn sie fortbauerte, den Bestand der Gesellschaft und der Kultur in Frage stellen. Im Namen der Ordnung überhaupt durften daher und mußten die alten noch bestehenden Gewalten zum Angriff vorgehen. Sie hatten noch eben an ihrem Bestande verzweifeln müssen: jetzt besannen sie sich auf ihre Stärke. Das Ringen war heiß und blutig, aber der Ausgang war überall derselbe. Der organisierten Kraft gegenüber versagten die Freischaren der Idee.

Wiederherstellung der alten Gewalten. Am frühesten vollzog sich dieser Umschwung in Frankreich, und wie früher die Aktion, so nahm nachher die Reaktion von hier Lehre und Beispiel. Die politische Revolution hatte hier unmittelbar die soziale erzeugt, und als vor dem Übermaß der Wünsche die bürgerliche Gesellschaft zurückschreckte, da erhoben sich die verführten und enttäuschten Proletarier gegen diese Gesellschaft zum Vernichtungskampfe. Von Idealen war hier keine Rede mehr. Hier stand wüste und wilde Zerstörungslust gegen Gesittung. Es war ein Einbruch jener Barbarei, die noch in

den Tiefen des gallischen Wesens haufte, in die Grenzen der französischen Kultur, und hier mußten dann eben alle Mittel gelten: das Blut mußte in Strömen fließen, wenn nicht alles zugrunde gehen sollte. Als dann der Sieg errungen war, galt es Schußwehren aufzurichten, um die Wiederkehr solcher Gefahren zu verhüten, selbst um den Preis der politischen Freiheit. Ehe man frei leben konnte, mußte man sicher sein, ob man überhaupt leben konnte. Ein kimbrischer Schrecken war über die französische Gesellschaft gekommen. Die Republik hielt Umschau nach einem starken Manne und warf sich ohne Befinnen dem rätselhaften Menschen, der den Namen des großen Napoleon trug, in die Arme, selbst auf die Gefahr hin, daß er ein neuer Cäsar ward.

Der rote Schrecken wirkte weit über Frankreichs Grenzen hinaus. Er erleichterte allenthalben den alten Mächten das Werk der Wiederherstellung, er verschärfte die Wirkung der Maßlosigkeiten des politischen Radikalismus, der in Frankfurt, in Berlin, in Wien sein Wesen trieb und im Namen der Volkssouveränität die Revolution verewigen wollte. Die Folge war auch hier die Diktatur, sobald der Lebenstrieb des historisch Gewordenen erwachte.

Österreich ging voran. Es hatte eine Zeitlang den Anschein gehabt, als ob sich dieser alte Kaiserstaat unter dem Wehen der Märzstürme in seine Atome auflösen wollte.

Da es in Österreich kein Volk, sondern nur Völker gibt, so war unter dem Einfluß der Ideen von Volkssouveränität, Teilnahme des Volkes an der Regierung usw. die Völkerschaftsbewegung in Gang gekommen. Die Tschechen, die Italiener, die Magyaren hatten sich erhoben; jedes Volk mit der Absicht, sich die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu erobern, und Österreich war schon damals nahe daran, in seine Bestandteile auseinanderzufallen. Zum Glück für Österreich bestand aber der eiserne Ring, der um das Ganze gelegt war, die Probe und hielt fest, als alle übrigen Bindemittel versagten. Dieser eiserne Ring war die Armee: als im Juni Radetzky die Herrschaft Österreichs zunächst in Italien wiederhergestellt hatte, da rief ihm Franz Grillparzer, allzeit ein treuer Diener seiner habsburgischen Herren, jubelnd zu:

Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich,
nicht bloß um des Ruhmes Schimmer,
in deinem Lager ist Österreich,
wir andern sind einzelne Trümmer.

Von der Armee, von dem Heerlager aus wurde Österreich wiederhergestellt. Wie Radetzky die Welschen, so unterwarf Windischgrätz die Tschechen und bändigte die rebellische Reichshauptstadt, zuletzt ging es dann an die Niederzwingung der Magyaren, die sich von der habsburgischen Herrschaft losgesagt hatten und den Traum eines unabhängigen Magyarenreiches verwirklichen wollten. Da der Widerstand hier zu heftig war und die Kräfte Österreichs nicht schnell genug mit dem Gegner fertig wurden, so half der russische Nachbar, der allerdings den dringendsten Wunsch haben mußte, den Brand rasch gelöscht zu sehen.

Rußland mußte bei der Eigentümlichkeit seiner Verfassung, die auf völlige Unveränderlichkeit aller Verhältnisse basiert war, in jeder Bewegung, sie mochte sein, welche sie wollte, eine Gefahr wittern. Für Rußland war Veränderung Revolution. Es war von allen konservativen Mächten die konservativste. Es war außerdem beständig bedroht durch die Polen, die, sounso oft besiegt, nie an der Wiederherstellung ihres Reiches verzweifelten. An der europäischen Revolution hatten die Polen einen hervorragenden Anteil gehabt. Sie hatten dabei Rußland als eigentlichen Feind im Auge gehabt, sie hatten sich aber mehr an die russischen Außenwerke gemacht als an Rußland selber. Auch beim Aufstande der Magyaren hatten sie die Hand im Spiel. Rußland kämpfte also tatsächlich in eigenster Sache, wenn es ein Heer in Ungarn erscheinen ließ, und in diesem österreichisch-russischen Zusammenwirken kündigte sich aufs neue die Solidarität der monarchischen Interessen an, die ihren Ausdruck in der Heiligen Allianz gefunden hatte und die jetzt trotz aller sonstigen Eifersucht die Hauptvertreter dieser Interessen wieder zusammenführte.

Es handelte sich jetzt nur noch um Preußen, allein war diese Macht nicht für den Bund der alten Mächte verloren? Der König hatte auf den Absolutismus verzichtet, er hatte seinem Volke verfassungsmäßige Freiheiten verliehen, ja, er schien mit seinem Unionsversuche als bereits im Bunde mit der Revolution befindlich! Freilich auch Preußen hatte dort gewaltsam reagiert, wo der Radikalismus ihm zu nahe gekommen war. Der König hatte seine Nationalversammlung aufgelöst, er hatte die Kaiserkrone abgelehnt, und er hatte mit preussischen Truppen die Aufstände in Sachsen und Baden niedergeworfen, aber er hatte es doch nunmehr übernommen, auf dem

Wege der Vereinbarung mit den übrigen deutschen Fürsten das zu schaffen, was das Ziel der deutschen Bewegung gewesen war, den deutschen Nationalstaat.

Die preussische Union. Den König leitete dabei gar kein Ehrgeiz. Es leitete ihn nur die deutsche Idee, die auch auf seinen leicht entzündlichen Sinn eingewirkt hatte, und der Umstand, daß er der Herr des größten deutschen Staates war. Preußen handelte hier als deutsche Macht und kraft des Berufes, der sich aufs neue in den Beschlüssen der Paulskirche erwiesen hatte. Preußen war durch den Verlauf der Dinge gewissermaßen Mandatar aller derjenigen Deutschen geworden, die wirklich die Einheit nur um der Einheit willen wollten, und die die Fragen der politischen Freiheit durchaus zurückstellten. In Gotha waren die so Gesinnten zusammengekommen und hatten Preußens Versuch gutgeheißen; es vollzog sich also alles in den ruhigsten Formen. Trotzdem wandte sich auch gegen diese Unternehmung die Reaktion der alten Mächte mit der äußersten Hefigkeit und bekämpfte sie als Umsturz. In erster Linie stand allerdings hierbei weniger das Prinzip als das Interesse. Das gilt vor allem für Oesterreich.

Für diesen Staat mußte die Gründung eines deutschen Nationalstaates geradezu als ein Attentat auf seinen Bestand erscheinen, denn erstens beruhte die Geltung Oesterreichs als europäischer Macht zum guten Teil auf der Vormachtstellung, welche Oesterreich im Deutschen Bunde auszuüben vermochte, ein preussisches Kaisertum mußte zweitens als ein Sieg des Protestantismus aufgefaßt werden und also eine Minderung der Macht der Kirche, auf deren Hilfe Oesterreich für die Erhaltung des eigenen Bestandes rechnen mußte, und endlich und vor allem: ein nationaldeutsches Reich mußte das Deutschtum in Oesterreich selber des Rückhaltes berauben, dessen es zur Aufrechterhaltung seiner Sonderstellung den übrigen Völkern Oesterreichs gegenüber bedurfte. Das neue Oesterreich brauchte aber die Erhaltung dieser Sonderstellung noch viel mehr als das alte. Das deutsche Volk des Donaufstaates war durch seine kulturelle Überlegenheit, durch die geschichtliche Überlieferung und auch durch die Tatsache, daß es in ziemlich starkem Prozentsatze über das ganze Reich verbreitet war, hervorragend dazu geeignet, das Bindemittel in diesem Konglomerat verschiedenster Völkerschaften darzustellen. Es war die Erhaltung dieser Ausnahmestellung des Deutschtums in Oesterreich für die Einheit des ganzen also geradezu von entscheidender Bedeutung. Allein

das Deutschtum war der Gesamtheit der übrigen Nationalitäten gegenüber numerisch zu schwach. Wenn daher dieser wichtigste und stärkste Träger in dem Gefüge des alten Kaiserstaates nicht gestützt wurde durch die Säule, welche die Vormachtstellung im Deutschen Bunde bedeutete, dann brach er notwendig zusammen unter dem Drucke, der von Ungarn und Slawen ausgeübt wurde, und mit ihm zugleich das ganze System.

Der deutsche Nationalstaat, wie er in der Paulskirche erdacht worden war, hatte sich ja nun freilich schließlich als eine Art *Fata Morgana* herausgestellt, die rasch wieder verschwunden war, allein es hatte sich doch gezeigt, wohin die Entwicklung, wenn sie sich selber überlassen blieb, hinneigte, und in der jetzt von Preußen angekündigten Unionspolitik schien sich die Gefahr, die der inneren und äußeren Machtstellung des Hauses Habsburg gedroht hatte, zu erneuern.

Es ergab sich also für das neue Österreich ebenso und noch mehr als für das alte der Kampf gegen die deutsche Idee als ein Gebot der Selbsterhaltung: Deutschland mußte zersplittert bleiben, damit Österreich einig bleiben konnte, und in diesem Kampfe hatte es viele Verbündete.

Auch Rußland sah in der Erhaltung der deutschen Ohnmacht seine Interessen am besten gewahrt. Wie leicht war es ihm bei diesem Zustande, sich durch Anknüpfung oder Pflege von Familienbeziehungen eine starke Klientel zu verschaffen, durch die es dann möglich war, Einfluß auf die deutschen Dinge zu gewinnen. Gerade der stolze und herrschsüchtige Zar Nikolaus wollte auf dieses Mittel, eine europäische Führerrolle zu spielen, nicht verzichten. Also Rußland mußte die deutsche Idee gleichfalls als einen unmittelbaren Angriff auf seine Interessen betrachten, und zu Rußland und Österreich gesellte sich, es ist beinahe überflüssig, es zu sagen, selbstverständlich die große Menge der deutschen Fürsten selber, die auch nicht ein Titelchen ihrer Souveränitätsrechte zugunsten der allgemeinen Sache aufzugeben bereit waren, wenn sie nicht mußten. Solange die Furcht vor der populären Bewegung vorherrschte, oder später die Furcht vor Preußen, so lange waren ja einige wenigstens von den Mächtigeren für die Begründung einer stärkeren Zentralgewalt zu haben gewesen; sobald sie aber die Erkenntnis gewannen, daß sie im Widerstande gegen die preussische Union nicht allein bleiben würden, daß Österreich und das mächtige

Rußland bei diesem Widerstande die Führung übernehmen würden, da schwenkten sie alle nach der anderen Seite ab; um Preußen blieben nur diejenigen, bei denen das Souveränitätsgelüste in dem Gefühl der eigenen völligen Ohnmacht ein heilsames Gegengewicht hatte.

Unionfeindliche Liga. So entstand denn also eine Liga aller alten Mächte gegen das neue Deutschland, das sich unter der Führung Preußens heranbilden wollte. Es war eine Liga der Interessen, allein der Widerstand kleidete sich wiederum — genau wie 1815 — in das Gewand der Legitimität. Im Namen des heiligen Fürstenrechtes und im Namen der unverlierbaren Rechte des frommen Erzhauses erhoben die vereinigten Gegner eines einigen Deutschlands Protest und riefen Wehe über den frevlen Abfall des Königs von Preußen, über den Abfall dieses frommen Fürsten zu einer Sache, die jetzt auch amtlich als Revolution bezeichnet wurde. Man war in den Kreisen der Legitimitätsanbeter bereits wieder so sicher geworden, daß man alles, was vom Volke herstammte, schlechtweg als Umsturz zu bezeichnen wagte. Und man fühlte sich auch schon wieder so stark, daß man vor dem Äußersten nicht zurückschreckte und mit Gewalt eine so verderbliche Neuerung zu bekämpfen entschlossen war. Für Oesterreich und seine Verbündeten gab es nur einen politischen Zustand Deutschlands, der ihren Interessen wie ihren Grundsätzen entsprach, das war die Ordnung, wie sie der Wiener Kongreß 1815 im Sinne der Ruhe Europas entworfen hatte: der Deutsche Bund mit seinem Bundestage. Er hatte bisher geleistet, wofür er bestimmt gewesen war: er hatte die Ruhe und die Sicherheit der deutschen Regierungen nach innen und nach außen hin gewahrt. Es konnte also von diesem Standpunkte aus gar nichts Wünschenswerteres erdacht werden als die Rückkehr zu diesem Zustand. Oesterreich brauchte die Forderung nur aufzustellen, daß der Bundestag wieder zusammentreten sollte, so war es auch schon der Zustimmung der Mehrheit sicher.

Krisis der Union. Die Dinge standen nun auf des Messers Schneide. Preußen mußte den Vorschlag Oesterreichs als eine Kriegserklärung ansehen, denn Union und Bundestag schlossen gegenseitig einander aus. In Kurhessen kam es darüber zum Ausbruche. Hier hatte der Kurfürst, der in Übereinstimmung mit der Landesvertretung den Beitritt zur Union vollzogen hatte, einseitig diese Verbindung wieder gelöst und sich Oesterreich in die Arme geworfen, das ihm ver-

prochen hatte, ihm seine lästige Verfassung vom Halse zu schaffen. Die Landesvertretung hielt natürlich an der gesetzlich bestehenden Union fest und verlangte Schutz; der Landesherr klammerte sich an den Bundestag und verlangte Hilfe: der Riß, der Deutschland spaltete, ging also jetzt mitten durch das kurhessische Land hindurch.

Österreich und die Seinen waren mit Vergnügen zur Hilfeleistung bereit, bayerische Truppen erhielten den Befehl zum Einmarsch, und damit war für Preußen der Zeitpunkt zum Handeln gekommen. War es dazu bereit, mit seiner Macht einzutreten für die Idee, gegen die Reaktion der Macht? Es schien so. Auch preussische Truppen rückten in Kurhessen ein. Es kam tatsächlich zum Zusammenstoße mit den Truppen der Gegner, es wurde gefeuert und ein Schimmel fiel — der viel berufene Schimmel von Bronzell —, da aber war es auch schon mit der preussischen Aktion zu Ende, die Truppen wurden zurückgezogen, und der Minister von Manteuffel erschien in Olmütz, um die Unterwerfung unter das österreichische Machtgebot zu vollziehen, um die Erklärung zu überbringen, daß Preußen auf die Union verzichte. Er verabredete mit dem Fürsten Schwarzenberg, dem Vertreter Österreichs, daß alle schwebenden Fragen in gemeinsamem Einverständnis gelöst werden sollten und daß über die zukünftige Gestaltung Deutschlands in Dresden in „freien Konferenzen“ beratschlagt werden sollte.

Was war geschehen, daß dieser jähe Umschlag hatte möglich werden können?

Es war geschehen, was bei dem Wesen Friedrich Wilhelms IV. vorzusehen gewesen wäre: der König von Preußen war selber von der Union abgefallen; er war ins Lager seiner eigenen bisherigen Gegner übergegangen und hatte sich damit denjenigen zugesellt, die das zerstören wollten, was in seinem Namen soeben aufgebaut wurde!

Dieser plötzliche Frontwechsel hatte sich schon seit langem vorbereitet. Friedrich Wilhelm war schon lange schwankend gewesen — ja, es wird vielleicht gezweifelt werden dürfen, ob er bei dem Unionsplan seines Radowitz wirklich jemals von ganzer Seele dabei gewesen sei. Er dachte sich die Ausführung desselben jedenfalls nur im Rahmen seines größeren Planes, nämlich der Herstellung eines weiteren Bundes zwischen der zu begründenden Union und Österreich, eines Bundes, den er sicherlich so zu gestalten dachte, daß er die etwaigen

Zugeständnisse, die innerhalb der Union an das konstitutionelle Prinzip gemacht werden mußten, in heilsamer Weise beschränkte, so daß der König also in diesem Bunde gegen das Gift der Zeit schon ein Gegengift in Bereitschaft hatte. Denn an der Notwendigkeit eines engen Zusammengehens mit dem heiligen Erzhause hielt er unbeirrbar fest, wie überhaupt eigentlich an allen seinen übrigen politischen Grundsätzen. Diese Grundsätze standen ihm immer oben an. Er war der deutschen Idee einige Schritte entgegengekommen, aber er war auch hier reiner Romantiker. Er schwärmte für die Begründung einer deutschen Einheit, allein er konnte sich dieselbe nur in Form einer Wiederholung der mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit denken. Schon aus diesem Grunde mußte es ihm innerlich unmöglich sein, sich für den Unionsplan zu erwärmen. Es mußten sich natürlich seine Bedenken steigern, als die Schwierigkeiten anfangen und Widerspruch erhoben wurde. Die Unionspolitik war ja allerdings in gewisser Weise mit der Bewegung von 1848 verbunden. Das Verlangen des Volkes nach Einheit war immerhin dabei maßgebend. Diesem Verlangen hatte er bisher mit Sympathie gegenübergestanden, er hatte es in poetischer Verklärung als den Wunsch nach der Wiederkehr jener herrlichen Zeiten deutscher Größe gesehen, denen auch er mit ganzer Seele anhing — jetzt aber, unter dem Einfluß der Reaktionsbewegung, erschien ihm auch dieses Verlangen allmählich in dem Lichte, in dem er alles sah, was dem Jahre 1848 angehörte. Er fing an, in diesem Verlangen eben auch nur Revolution zu sehen; die Förderung, die er ihm angeheißen ließ, erschien ihm wie eine Befleckung. Durch die Konsequenz seines Tuns sah er sich jetzt in einen unheimlichen Gegensatz gegen diejenigen Mächte getrieben, mit denen er sich aufs innigste verbunden fühlte; er hatte in seinem Herzen die Verbindung mit den eigentlichen Schutzmächten der Legitimität und des göttlichen Rechtes, mit Oesterreich und mit Rußland, niemals aufgegeben, und der Gedanke, seine Mitfürsten dazu zwingen zu sollen, um der Union willen einen Teil ihrer Rechte aufzugeben, hatte für ihn etwas schlechtthin Unerträgliches; der Gedanke erschien ihm geradezu als sündhaft. Sobald es ihm also ganz klar geworden war, daß das Festhalten an der Unionspolitik den Zwang zu allem diesem Abscheulichen in sich schloß, daß ein ernster Konflikt mit denen nicht zu vermeiden war, die er im Grunde als seine besten Freunde betrachtete, da war er innerlich mit der Unionspolitik fertig: er ließ

wohl seinem Minister Radowiz noch eine Weile freie Hand, als sich aber die Dinge zum Äußersten zuspitzten, da warf er sich mit plötzlicher Entschlieſung auf die andere Seite. Radowiz mußte ausscheiden, und Manteuffel hatte nun die Aufgabe, die preußische Politik in die neuen Bahnen überzuleiten. Die Mobilmachung, die gerade in diesen Tagen erfolgte, bedeutete unter diesen Umständen nur ein Scheinmanöver, das den diplomatischen Rückzug militärisch maskieren sollte; es diente eigentlich mehr dazu, die eigenen Reihen zu beruhigen, als die Gegner zu beunruhigen. Als die preußischen Reserven kampfesfreudig zu den Fahnen eilten, war der Gedanke des Kampfes schon aufgegeben und Manteuffel schon unterwegs nach Olmütz.

Preußen „bricht mit der Revolution“. Bei allen Deutschen, die den Glauben an Preußen bewahrt hatten, und bei allen Preußen, die der deutschen Idee die Treue bewahrten, erregte dieser Vorgang natürlich Bestürzung und tiefste Beschämung: die deutsche Idee hatte mit Olmütz ihren letzten Vorkämpfer verloren! Preußen hatte sich besiegt gegeben, ohne den Kampf auch nur gewagt zu haben, und die Entrüstung darüber fand in der Adreßdebatte der Zweiten preußischen Kammer beredtesten Ausdruck —, allein der König ließ sich nun in seinem Standpunkte nicht mehr erschüttern. Die Politik, die jetzt die preußische Politik war, entsprach durchaus dem Zuge seines Herzens. Preußen war jetzt wieder da, wo es seiner eigentlichen Überzeugung nach hingehörte. Preußen hörte jetzt bewußt und mit Entschiedenheit auf, deutsche Macht zu sein und wurde wieder europäische Macht, es trat wieder in den Bund der Mächte ein, welche die Erhaltung der Legimität um ihrer Interessen willen zum obersten Prinzip erkoren hatten, und, statt der Führer des deutschen Volkes zu sein, wurde es der gehorsame Diener der Allianzkräfte. Und es war nicht eigentlich Preußen, das der Reaktion der Macht unterlag: Deutschland unterlag ihr, weil Preußen selber Reaktionsmacht wurde. Manteuffel verkündete das laut und deutlich in jener Kammerverhandlung, in der die Opposition der Regierung mit Recht Verrat an der preußischen Ehre vorwerfen konnte: Manteuffel sagte da die Worte, die das Motto zu der ganzen weiteren Regierung Friedrich Wilhelms IV. bilden: „Es ist ein Wendepunkt in unserer Politik eingetreten; es soll entschieden mit der Revolution gebrochen werden.“

Was das im einzelnen bedeutete, das erfuhr man bald in Kurhessen und Schleswig-Holstein, wo die preußische Regierung in

ihrem Reaktionseifer den früheren Gegnern einfach alles überließ. Welch eine Verletzung des einfachsten Rechtsgefühles war es, Welch eine Verletzung des nationalen Empfindens, als man erfahren mußte, daß die treuen und tapferen kurhessischen Beamten, welche sich nur geweigert hatten, den Verfassungsbruch des Kurfürsten gutzuheißen und ihren Eid zu verletzen, mit Einquartierungen und Amtsentsetzungen drangsalirt wurden, daß ferner ein österreichisches Korps auf einer von preußischen Pionieren erbauten Brücke die Elbe überschritt und daß gegen die der Statthalterschaft gemachten Zusagen das Frontwerk von Rendsburg und die Zitadelle Friedrichsort, der Schlüssel von Kiel, den Dänen überliefert wurden! Heinrich von Schwerin gab dem Gefühl der überwiegenden Mehrzahl der Preußen und Deutschen den rechten Ausdruck, als er in der Ersten preußischen Kammer ausrief: „Das ist mehr als Straßburg. Straßburg ging wohl auch im Frieden verloren, aber es ward von einer Großmacht überfallen und weggenommen. Friedrichsort und Rendsburg sind gegen alle Politik und Recht und einem von einer Großmacht garantierten Vertrage zuwider von zwei deutschen Großmächten ausgeliefert und hingeopfert worden.“ Er fragte dann: „Sollen denn auf diese Weise alle geheiligten alten Grundsätze in Preußen nicht mehr gelten und mit Füßen getreten werden? Ist das etwa das verkündete Brechen mit der Revolution, wenn man auf diese Weise mit der ganzen rühmlichen Vergangenheit Preußens und zugleich mit aller Moral bricht? Sieht man denn nicht ein, daß dadurch die Revolution vielmehr fortgesetzt und gefördert wird, durch ihr schlimmeres Gegenstück, die Konterrevolution? Und glaubt man wirklich, daß ein solches unpreußisches Regiment, ohne Treue und Glauben, ohne Mut und Selbständigkeit, bestehen kann?“ Der Graf von Pourtales aber schrieb im Januar 1851 an Bunsen: „Unsere Geschichte kann nichts aufweisen, was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammentrommeln, um in Gala gehohlet zu werden, von Konzessionen Oesterreichs zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen, als Kuppler und Fehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbrieft lassen zu müssen, — das ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde.“ Diese und ähnliche Äußerungen bieten die herzerquickende Gewähr dafür, daß in den führenden Kreisen der alte Preußengeist noch

vorhanden war, allein unter dem Regime Manteuffel waren seine Vertreter zur ohnmächtigen Fronde verurteilt.

Manteuffel hatte jedenfalls von diesem Geiste auch nicht den leisesten Hauch. Der ganzen Richtung seines Wesens nach bureaukratischer Absolutist, im einzelnen ohne feste Überzeugung, war er in seinem Streben in erster Linie darauf bedacht, seinem Herrn in allem treu und ergeben zu sein — treu bis zur Selbsterniedrigung —, und war er stets bereit, auf Kommando einzuschwenken. Er war ein Minister, der wie gemacht war für diese Phase der königlichen Politik mit ihren widersprechenden Stimmungen und ihren herrischen Launen. In seinen Reden im Parlament tritt vor allem eine vollendete Selbstgewißheit hervor, gründliche Verachtung gegen alle „Ideologie“ und eine bemerkenswerte Geschicklichkeit, jeder, auch der zweifelhaftesten Sache, ein Mäntelchen umzuhängen und je nach Bedarf entweder das Register ironischer Überlegenheit oder priesterlicher Salbung zu ziehen.

Dieser Minister machte sich vom Standpunkt der preußischen Ehre nicht die mindesten Skrupeln. Er erfand das geflügelt gewordene Wort, daß der Starke wohl auch einen Schritt zurückweichen könne; die Vorgänge in Hessen betrachtete er nur unter dem Gesichtswinkel der Insubordination. Er nannte die Treue, mit der die hessischen Beamten ihren Eid bewahrten, eine Beamtenrevolution, die man in Schlafrock und Pantoffeln machen könne und die viel bedenklicher sei als eine solche, in der die Revolutionäre auf die Barrikaden steigen, und er besaß für das tief Beschämende, das die Auslieferung der Schleswig-Holsteiner an die Dänen hatte, in seinem legitimistisch verknöchertem Wesen kein Organ. Es war auch nicht sein Verdienst, daß auf den Dresdner Konferenzen, wo nach den Verabredungen von Olmütz die Verhältnisse Deutschlands neu geordnet werden sollten, Österreich nicht gleich auf einmal alle seine Herzenswünsche in Erfüllung gehen sah. Österreich verlangte nämlich zunächst die Aufnahme von Gesamtösterreich mit allen seinen 26 Millionen Nichtdeutschen in den Deutschen Bund — ein vortrefflich ausgedachter Plan, um Preußen zu einer Macht zweiten Ranges, zu einer mit den übrigen Königreichen gleichstehenden Macht herabzudrücken, ihm und allen anderen Bundesgliedern die Verpflichtung zur Unterstützung des österreichischen Unterdrückungssystems aufzuerlegen und zugleich durch die Tatsache, daß Gesamtösterreich die Hälfte des Deutschen Bundes bil-

den würde, Wien zum Mittelpunkte der deutschen Politik zu machen —, Oesterreich wünschte ferner eine neue Stimmenverteilung, durch welche es zusammen mit den Mittelstaaten, auf die es der Regel nach rechnen konnte, faktisch die Centralgewalt in Deutschland in die Hand bekommen und damit die Macht erlangt hätte, Preußens Einfluß auf das übrige Deutschland planmäßig zu untergraben, und Oesterreich verfolgte endlich auch den Plan, die Befugnis der einzelnen Bundesglieder, sich untereinander zu verbinden, also das Anierungsrecht, zu beschränken oder womöglich aufzuheben. Manteuffel wäre, wie gesagt, für alle diese Forderungen, die nur zur Vernichtung von Preußens Bewegungsfreiheit erdacht waren, um den Preis von Oesterreichs Hilfe gegen die „Revolution“ zu haben gewesen; wenn diese Forderungen dennoch scheiterten, so lag das an dem Widerspruche der Kleinstaaten, die von denselben mit Recht eine Mediatifizierung befürchteten, und an dem der übrigen Großmächte, welche in dem geplanten Siebzigmillionenreiche eine Gefährdung des Gleichgewichts erblickten.

Wiederherstellung des Bundestages. Bei dieser Lage der Dinge einigte man sich schließlich dahin, daß es das beste sei, den alten Bundestag einfach so, wie er gewesen war, wiederherzustellen. Preußen war ursprünglich auf die Dresdner Konferenzen eingegangen, weil es die sang- und klanglose Rückkehr zu diesem verhassten Institute hatte vermeiden wollen: es mußte jetzt diese Wendung noch als eine glückliche ansehen, wenn sie auch natürlich in der öffentlichen Meinung als die Besiegelung seiner Niederlage aufgefaßt wurde.

Welch ein Ausgang der Dinge! Bei Beginn der Konferenzen hatte Manteuffel gesagt: „Zeigen wir den deutschen Stämmen, daß ihre Regierungen den Willen, die Einsicht und die Kraft haben, vorhandene Mängel zu beseitigen, Gutes, Wahres und Festes zu begründen.“ Das war also das Gute, Wahre und Feste: die Wiederbelebung der Diplomatenversammlung in der Eschenheimergasse, von der Radowicz noch am 25. August 1849 gesagt hatte: „Niemand, der mit der nutz- und würdelosen Beschäftigung des Bundestages näher bekannt ist, wird sich ihm gegenüber eines Gefühles erwehren können, an demummer und Wehmut gleichen Anteil haben.“

Wie die jetzt aber in Berlin maßgebenden Kreise über dieses Ergebnis dachten, das geht am besten aus den Betrachtungen hervor, die Herr von Gerlach darüber in der Aprilrundschau der Neuen Preussischen Zeitung (1851) veröffentlichte. Er sagte da: „Es muß in diesem

Augenblicke durchaus nichts Neues zustande kommen, vielmehr muß zunächst die Ohnmacht der Revolution sich brechen an der Zähigkeit des Bestehenden, ehe von einer organischen legitimen Fortbildung die Rede sein kann. Unter dem Hohn und Spotte, unter den Verwünschungen der Nation ist der Bundestag schimpflich gefallen. Gerade dieser Hohn und Spott, gerade diese Verwünschungen, gerade dieser frevelhafte Übermut ist es, der gebüßt werden muß und nicht besser gebüßt werden kann als dadurch, daß man, nachdem alle Seifenblasen geplatzt sind, beschämt auf jenen Ausgangspunkt zurückgeht.“

Das Londoner Protokoll. Welch ein Triumph Oesterreichs darin lag — dafür hatte man damals in Berlin keine Empfindung. Ein Triumph Oesterreichs wurde in Berlin nur als ein Sieg der guten Sache angesehen und mit gefeiert. Friedrich Wilhelm hatte persönlich kaum je das Gefühl, eine Niederlage erlitten zu haben. Er empfand das Geschehene vielmehr als eine Befreiung aus unwürdigen Banden und hegte Dankbarkeit dafür in seinem Herzen. In diesem Sinne war er dann auch damit einverstanden, daß in Schleswig-Holstein, an dessen Schicksal die deutsche Bewegung sich eigentlich entzündet hatte, durch einen Spruch der Großmächte endlich Ruhe geschaffen wurde. Um diese Quelle der Unruhen nämlich für immer zu verstopfen, vereinigten sich Oesterreich und Preußen mit den übrigen Großmächten zu dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, wodurch das schleswig-holsteinische Landesrecht, das über die Erbfolge galt und das für den Fall des demnächstigen Aussterbens des dänischen Mannesstammes das Auseinanderfallen Dänemarks und Schleswig-Holsteins zur Folge haben mußte, vernichtet und der Prinz Christian von Glücksburg als künftiger Erbe von Dänemark und den Herzogtümern bezeichnet wurde.

Es gibt nichts, wodurch die preußische Politik von damals in ihrer eigentümlichen Verkümmernng besser charakterisiert wird, als dieses Londoner Protokoll, denn abgesehen von dem heillosen Widerspruch, in den sie sich dadurch verwickelte, abgesehen von der flagranten Rechtsverletzung, deren sie sich dadurch schuldig machte, lag in dieser Abmachung auch eine schier unglaubliche Schädigung der eigenen und damit der deutschen Interessen und eine tief demütigende freiwillige Unterwerfung unter den Übermut der Fremden. Die Fremden, d. h. vor allem Rußland und England, wünschten die Zerreißung des dänischen Gesamtstaates zu verhindern, weil er ihnen besonders geeignet erschien, eine maritime Entwicklung Deutschlands zu verhindern. In Rußland

insbesondere war man bei der traditionellen Freundschaft zwischen Rußland und Dänemark gewohnt, den Kieler Hafen als einen eventuellen Stützpunkt für die russische Flotte anzusehen und wollte dies angenehme Verhältnis nicht gestört sehen. Sehr charakteristisch ist in dieser Beziehung, was der genaue Kenner der russischen Verhältnisse, Theodor von Bernhardi, hierzu in seinem Tagebuche notiert: „Es ist mir aufgefallen, wie sich unsere (d. h. die russische) Diplomatie in ihren politischen Urteilen beständig in Widersprüche verwickelt. Man spricht pomphaft von Dänemarks Recht, davon, daß Schleswig-Holstein ein Sammelplatz alles revolutionären Lumpengesindels sei: ce sont des cordonniers qui veulent régner, voilà tout! — und dann ergibt sich doch wieder, daß man vor allem die holsteinischen Häfen nicht will in Deutschlands Hände fallen lassen und daß die ganze Frage sich darum dreht. Man lacht über die Einheit Deutschlands als über einen Gedanken aus dem Tollhause, und dann kommt es heraus, daß ein einiges und mächtiges Deutschland der russischen Anmaßung sehr hinderlich und beschwerlich sein würde.“ Bernhardi fügt dann die bedeutende Bemerkung hinzu: „Für mich knüpft sich noch eine andere Betrachtung daran. Diese Leute sind unwissend, leer, wenn auch listig, ohne Sinn für etwas anderes als die Interessen der niedrigsten Selbstsucht und wunderbar beschränkt. Ihnen ist das Schicksal der Völker anvertraut, und man wundert sich noch, wenn von Zeit zu Zeit der strafende Arm des Himmels in furchtbaren Revolutionen sichtbar wird.“¹⁾ Den Händen solcher Leute, die ihm aber das göttliche Recht der Legitimität repräsentierten, überließ damals der König von Preußen die Entscheidung über seine und Deutschlands Schicksale! Wie recht hatte der ehrliche, alte Urndt, wenn er damals in einem Briefe grollte²⁾: „Unserer Regierung hat leider jeglicher klare Weltblick, jeder gesunde Blick in die Zukunft, ja schlimmer — jeder verständige Blick auf Preußens geographische Notwendigkeiten bis diesen Tag gefehlt. Sie hat von Anfang an nicht verstanden, wo Deutschlands Zukunft und Preußens Leben liegt, wo das schändliche, treulose, lügenhafte Osterreich den Strick der Fremden mit zerren hilft, um Preußen und Deutschland auf immer zu erwürgen — nämlich Elbe und Weser den Fremden zu verraten und Preußen in den Sack

1) Aus dem Leben Th. v. Bernhardis II, S. 63.

2) Urndt, ein Lebensbild in Briefen, herausgegeben von Meißner und Geerds, S. 480.

zu schieben. O, daß unser Herr, der sonst so freundliche und liebenswürdige, ein bißchen von dem Blick und der Phantasie des Großen Kurfürsten hätte!“

Pfizer aber, der getreue, der als einer der ersten Preußens deutschen Beruf erkannt hatte, mußte in einer Schrift, die in Preußen alsbald verboten ward¹⁾, resigniert erklären, es scheine Preußens Natur zu sein, nach jedem Aufschwunge wieder in Mattigkeit zu versinken.

Die preußische Verfassung. Wenn nun Preußen alles, was im Jahre 1848 geschehen war oder was an dieses Jahr erinnerte, als eine Art politischen Sündenfalles wieder auszutilgen suchte, wie stand es da nun in seinem Inneren? Machte es wenigstens halt vor der eigenen Verfassung? Noch im Jahre 1848, am 5. Dezember, hatte König Friedrich Wilhelm IV., wie wir wissen, nachdem die Auflösung der preußischen Nationalversammlung ausgesprochen worden war, von sich aus dem Lande die verheißene Verfassung verliehen. Preußen war damit in die Reihe der konstitutionellen Staaten getreten und aus der Sonderstellung herausgekommen, die es durch seine absolute Verfassung unter den übrigen größeren Staaten Deutschlands bisher noch eingenommen hatte. Es war auf diese Weise innerlich dem übrigen Deutschland in derselben Zeit näher gekommen, in der es sich den Einheitshoffnungen der Nation versagte, und dieser Verfassung konnten sich somit vielleicht diejenigen getrösten, für die Preußen Deutschlands Hoffnung blieb. Machte die Gegenbewegung nun wenigstens vor dieser Verfassung halt oder wurde auch sie untergepflügt wie alles, was auf dem Boden des „tollen Jahres“ gesproßt hatte? Die Verleihung war nicht bedingungslos erfolgt; sie hatte stattgefunden vorbehaltlich einer Revision, die im ordentlichen Wege der Gesetzgebung vorgenommen werden sollte, und diese Revision war dann im Laufe des Jahres 1849 in großem Umfange erfolgt, nachdem die Regierung durch Verordnung vom 30. Mai 1849, also eigentlich durch einen kleinen Staatsstreich, ein neues Wahlgesetz verfügt und damit eine regierungsfreundliche und zur Verständigung bereite Mehrheit erzielt hatte. Hierauf erklärte der König in einer Botschaft vom 31. Januar 1850: „Die in der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 vorbehaltene Revision derselben sehen Wir jetzt als beendet an, haben die Verfassung mit sämtlichen von beiden Kammern übereinstimmend beschlossenen

1) Deutschlands Ausichten im Februar 1851.

Zusätzen und Abänderungen vollzogen und deren Publikation durch die Gesetzesammlung angeordnet," und auf dieses so zustande gekommene Staatsgrundgesetz leistete er am 6. Februar 1850 im Rittersaale des königlichen Schlosses zu Berlin den Eid. In der Rede, mit der er diesen Akt einleitete, sagte er im Anfange: „Das Werk, dem Ich heute Meine Bestätigung ausdrücken will, ist entstanden in einem Jahre, welches die Treue werdender Geschlechter wohl mit Tränen, aber vergebens wünschen wird, aus unserer Geschichte herauszubringen. . . . Es war das Werk des Augenblickes und es trug den breiten Stempel seines Ursprunges.“ . . . Wenn er dann fortfuhr: „Sie haben die bessernde Hand daran gelegt, Sie haben Bedenkliches daraus entfernt, Gutes hineingetragen," so durfte man erwarten, daß der König nunmehr die Überzeugung aussprechen würde, die Verfassung, wie sie jetzt vorliege, sei gut und heilsam, allein er sagte: „Sie haben Mir durch Ihre treffliche Arbeit und die Aufnahme Meiner letzten Vorschläge ein Pfand gegeben, daß Sie die vor der Sanktion begonnene Arbeit der Vervollkommnung auch nachher nicht lassen wollen, und daß es unserem erneuten redlichen Streben auf verfassungsmäßigem Wege gelingen wird, es den Lebensbedingungen Preußens immer entsprechender zu machen . . . Seine Lebensbedingung ist die, daß Mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht wird; — denn in Preußen muß der König regieren — —.“

Wenn man diese Worte genau erwägt, so wird man nicht anders sagen können, als daß sich der König damit selber als einen Gegner der neuen Verfassung bekannte, und zwar als einen sehr ernstern, denn es waren die „Lebensbedingungen Preußens“, die ihn in diese Gegnerschaft hincintrieben. Daß er den Eid trotzdem leistete, zeigt uns den König eben wiederum als den geistreichen Sophisten, der jeden Widerspruch hinwegzudeuteln vermag und dabei subjektiv stets das Gefühl der Wahrhaftigkeit sich zu bewahren weiß; allein welche Bürgschaft bestand bei einer solchen Lage der Dinge, daß die Verfassung, der letzte Hoffungsanker der Deutschgesinnten, auch wirklich bestehen blieb?

II. Die Reaktion der Idee.

Was bedeuten die Zeichen der Zeit?
Ist's Ebbe oder Flut? Gehen wir in Deutsch-
land und in Europa rückwärts oder vorwärts?
Wer wird siegen, Kirche oder Staat? Geist-
lichkeit oder Nation? Was ist die Zukunft?
Was ist die Gegenwart?

Bunzen, Die Zeichen der Zeit.

Monarchie und Konstitutionalismus. Nachdem die Macht ihr Werk verrichtet und die äußere Ordnung wiederhergestellt hatte, begannen nun auch die Ideen als solche wieder stärker in Wirksamkeit zu treten, die sich in den geschichtlich gewordenen Machtbildungen verkörpert hatten. Die Revolution hatte gemeint, über diese Machtbildungen hinwegschreiten zu können: jetzt aber nach dem Siege erhoben sich ihre Vertreter in erneutem Glauben an ihre Bedeutung und nahmen den eine Zeitlang aufgegebenen Kampf wieder auf. Es erhob sich so noch ein mächtiger Streit der Geister, in dem das Echte von dem Unechten, die Wahrheit von der Phrase sich sonderte, und in dem sich allmählich die Mittellinie herausstellte, auf der ein wirkliches Weiter-schreiten möglich war. Denn wie von der Ordnung der Dinge, die durch die Märzstürme beiseite gefegt worden war, durchaus nicht alles wert war, auf den Schutthaufen der Zeit zu vermodern, so war doch auch das System von Gedanken, das uns unter dem Namen des Liberalismus entgegentritt, noch weit davon entfernt, auf seine wahre Lebensfähigkeit geprüft zu sein.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß betrachtet werden, was sich in diesen Jahren im Inneren Preußens zutrug, muß Recht und Unrecht in dem erbitterten Kampf unterschieden werden, den die Vertreter der Idee des altpreussischen Staates gegen den modernen Geist unternahmen, seitdem sie durch die Umwandlung dieses altpreussischen Staates in einen Verfassungsstaat unsanft aus ihrer Ruhe emporgeschleudert waren.

Der Übergang Preußens zum konstitutionellen Wesen war wirklich für viele vielleicht etwas unvermittelt erfolgt, jedenfalls aber Klaffen zwischen den preussischen Traditionen einerseits und der konstitutionellen Doktrin andererseits Widersprüche, die auch durch den besten Willen nicht beseitigt werden konnten.

Die preussische Tradition war eine streng monarchische. Gewiß war Preußen nicht allein von seinen Herrschern gemacht worden, wenig-

stens konnte das mit Fug nicht mehr behauptet werden, seitdem im Jahre 1813 der verstümmelte Thron mit dem Gute und dem Blute des Volkes wieder zusammengefügt war, aber bis dahin und nachher noch oft genug trug doch alles, was diesen Staat auszeichnete, was ihn zu einem Musterstaate der gewissenhaften Pflichterfüllung, der hingebenden Arbeitsfreudigkeit, der aufopfernden Treue, der Ordnung und des Rechtes machte, beinahe ausschließlich königliches Gepräge. Wenn nun die neue Zeit eine neue Form für das staatliche Leben gebieterisch erheischte, so ergab sich eigentlich von selbst die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Neue Lust und Licht zur Entfaltung bekomme, ohne daß das Alte erstickt und erdrückt wurde. Wie konnte man daher im Ernst auf den Gedanken kommen — wie es doch wenigstens bei dem französisierenden Liberalismus stets der Fall war — die Lehre von der Souveränität des Volkes in ein Land zu verpflanzen, dessen Zustand und dessen Geschichte mit tausend und aber tausend Zungen den Ruhm und den Segen der Souveränität des Fürsten verkündete?

Es ist wohl sicher, daß der Versuch dazu nicht gemacht worden wäre, wenn das Königtum das stolze Vorrecht des Vorangehens, durch das seine Geschichte eine so unvergleichliche geworden war, auch jetzt ausgeübt hätte, wenn es die Bedürfnisse der Zeit erfaßt und kühn an ihre Befriedigung gegangen wäre. Das hatte aber eben — wie wir wissen — Friedrich Wilhelm IV. versäumt. Er hatte immer die Dinge sich entwickeln lassen wollen in der stolzen Zuversicht, daß er mit dem Zauber seiner Würde und seines Wortes die Bewegung im Notfalle stets werde bannen können, allein der königliche Wundermann hatte plötzlich zu seinem Entsetzen sehen müssen, daß der Zauber, auf den er vertraut hatte, versagte. Was dann geschehen war, war nur unter dem heftigsten Zwange geschehen. Es mußte vom Standpunkte der strammen Vertreter der preußischen Überlieferung als ein zweites Jena erscheinen, als ein zweiter Sieg der französischen Revolution, als dessen Folgen nun, wenn auch nicht fremde Truppen, so doch fremde Ideen im Lande herrschten. Daß der König schließlich eine Verfassung gegeben hatte, mußte im Lichte der bisherigen Entwicklung als eine schmählige Kapitulation erscheinen vor einem Feinde, den man bisher immer erfolgreich bekämpft hatte.

Wenn nun das Rütteln an den Bedingungen dieser Kapitulation auch nicht schön war, so wird es bei dieser Betrachtungsweise als menschlich immerhin verständlich scheinen. Es wird zu begreifen sein,

daß der König in dieser Verfassung eine Fessel sah, und daß er den Wunsch in seinem Inneren hegte, die Krone möglichst in derjenigen Machtvollkommenheit zu überliefern, in der er sie erhalten hatte.

Auf der anderen Seite: wenn man zugeben wird, daß die Herrschaft der liberalen Ideen, soweit sie ihren Ausdruck in dem Konstitutionalismus nach englischem, französischem und belgischem Muster fand, eine Art Fremdherrschaft war — wird man es dem deutschen und im besonderen dem preußischen Bürgertum verdenken können, daß es diese fremden Theorien als Hilfstruppen ins Land gerufen hatte? War ihm etwas anderes übrig geblieben? Fand es wohl im Lande selber, bei seinen Fürsten, bei den Ständen, die bisher mit den Fürsten die Lasten und die Vorteile der Herrschaft teilten, Verständnis und Entgegenkommen? Hatte es das preußische Volk gerade nicht mehr als irgendein anderer Teil des deutschen Volkes verdient, daß es endlich mündig gesprochen wurde und daß es mit herangezogen wurde zur Beratung und Entschließung über seine eigenen Angelegenheiten? War es nicht patriotisch und aufgeklärt genug? Alles Mahnen und Warnen war bisher doch aber umsonst gewesen! Da war es denn natürlich, daß das Volk anfang, sich auf seine Rechte zu besinnen, auf Grund deren es fordern konnte, was man bisher seinen Bitten dauernd versagt hatte. Und diese Rechte, wo konnte es sie anders finden als in dem Naturrechte, dessen Lehren mit so furchtbarer Beredsamkeit in der französischen Revolution verkündet waren? Auf Grund der Menschenrechte hatte das französische Bürgertum das System des feudalen Absolutismus umgestürzt, und auf diesen Boden stellte sich jetzt das preußische Bürgertum, namentlich des Westens, das in den Zeiten der französischen Okkupation die Segnungen der aus der französischen Revolution erwachsenen französischen Gesetzgebung kennen gelernt hatte und bei dem auch noch einige Reste altgermanischer Gemeinfreiheit bestanden. Es war begreiflich, daß diese Kreise, von tiefem und nach den bisherigen Erfahrungen nur zu sehr berechtigtem Mißtrauen gegen die Regierungsgewalt erfüllt, nur bei einem wirklich parlamentarischen System die Gewähr dafür finden konnten, daß die Wünsche des Volkes wirklich zur Geltung kämen. Je mehr bisher das Privilegium gegolten hatte, d. h. also der besondere Wert, der dem einzelnen durch seine Geburt oder durch die Gunst des Fürsten zukam, um so mehr wollte man jetzt überall die Mehrheit entscheiden lassen, in der der Einzelwert natürlich verschwindet. Daher erschien denn nun auch hier

die preußische Verfassung namentlich in der Form, in der sie aus der Revision hervorkam, als eine durchaus ungenügende Abschlagszahlung, die Fortgeschrittensten aber wollten von ihr als von einer „oktroyirten“ überhaupt nichts wissen.

Es lagen also hier Gegensätze und Aufgaben vor, die anders als auf dem Wege politischer Kämpfe nicht zu lösen waren, und daß solche Kämpfe kamen, wird kein Verständiger beklagen. Das Verderbliche war nur, daß in diesen Kämpfen von den Gegnern der neuen Zustände nicht um ein Mehr oder ein Minder gestritten wurde, sondern daß die Verteidiger des Alten es auf die völlige Vernichtung des Gegners anlegten und daß statt eines offenen und ehrlichen Streitens ein Guerillakrieg begann, d. h. also eine Politik der kleinen Überfälle und räuberischen Streifzüge, bei der wie bei jedem derartigen Kriege eine Menge schweren Unrechtes begangen wurde, bei dem die niederen Leidenschaften gerade so auf dieser Seite zu Worte kamen wie vorher auf der anderen Seite, und daher das Rechtsgefühl wie die Moral gleichmäßig Schaden litten.

Der preußische Adel. Bei diesem Kriege stellte sich nun freiwillig dem Könige eine Schutztruppe zur Verfügung, wie er sie besser sich nicht wünschen konnte: der grundbesitzende Adel nämlich, dessen politische wie soziale Vorrechte allerdings durch die Neuerungen der Revolutionszeit gleichmäßig bedroht waren und der ihnen daher mit tiefem Grolle gegenüberstand.

Vorrechte, Reste des Feudalismus, bestanden im Norden und Nordosten der preußischen Monarchie trotz der Hardenbergischen Gesetzgebung noch in sehr erheblichem Umfange. Hier nahm der grundbesitzende Adel noch eine wirkliche Herrenstellung ein. In dieser Stellung, auf die sich der Adel dadurch ein Recht erworben zu haben glaubte, daß er seit Jahrhunderten im engsten persönlichen Anschluß an den Träger der Krone dieser Krone stets mit Gut und Blut zu Diensten gewesen war, sah er sich nun plötzlich durch die Erschütterungen der Zeit aufgeschreckt. Seine Interessen wie seine Gefühle wurden gleicherweise durch alle die Veränderungen verletzt, die jetzt auf dem Gebiete der Verfassung nicht nur, sondern auch der Verwaltung, der Rechtspflege, des Heerwesens, der kirchlichen und endlich besonders auch der wirtschaftlichen Verhältnisse geplant oder ausgeführt wurden. Hier überall bestanden in diesen Familien, deren Glieder seit Generationen in engster Verbindung mit den öffentlichen Verhältnissen waren, feste

Überlieferungen, die mit dem neuen Geiste schlechtthin unvereinbar waren. Bisher waren sie gewöhnt gewesen, in dem Königtum das feste Bollwerk zu sehen, das sie ausgiebig gegen alles Drängen des Zeitgeistes beschützte, — nun aber war dieses Bollwerk plötzlich, über Nacht, zusammengesunken, und sie sahen mit einmal den Feind im Lager. Der Alarm weckte sie aus ihrer bequemen Haltung und rief sie in die Bresche. Es waren ihrer wenige im Vergleiche zu den vielen, die der Parole des Tages folgten, aber es war eine entschlossene Schar und um so kampfbereiter, je mehr für sie an Gefühls- und anderen Werten auf dem Spiele stand; ihr Widerstand war es, der zuerst dem Könige wieder Mut machte, haltzumachen im Zurückweichen, und zwar erstreckte sich dieser Widerstand gleichmäßig auf alle Ideen der Zeit, auf die Idee der Gleichheit nicht nur, sondern auch auf die Idee der Einheit, die in ihren Augen schon durch die Verbindung mit der liberalen Bewegung gewissermaßen infiziert war.

Der Gedanke der deutschen Einheit hatte an sich bei diesen ostelbischen Unentwegten nicht viel Verlockendes. Sie waren ganz und gar festgefahren in ihrem Preußentum und stellten insofern vielleicht den allerzähnesten Partikularismus dar. Preußen war ihrer Meinung nach auf alle Fälle sich selbst genug, und wenn nun gar der König von Preußen um eines einigen Deutschlands willen in den „konstitutionellen Schwindel“ hineingezogen werden sollte, dann waren sie sehr schnell mit ihrem Urteil fertig. Das allzu rasche und unüberlegte Wort des Königs: „Preußen geht von nun an in Deutschland auf“, konnte bei ihnen nur Entrüstung hervorrufen, Entrüstung und, insofern der König von Preußen selber dieses Wort gesprochen hatte, Beschämung. In trotziger Entschließung bekämpften sie also hier geradezu die königliche Politik, die für sie eine tief beklagenswerte Verfälschung preußischer Politik darstellte, und strebten danach, zunächst einmal den König von Preußen aus dem liberalen und großdeutschen Getümmel wieder herauszuhauen. War dies geschehen, dann konnte man weiter vielleicht daran gehen, auch im Inneren das echte Preußen wiederherzustellen und womöglich die Verfassung wieder zu beseitigen, denn diese erschien ihnen im Anfang wenigstens lediglich als ein Fremdkörper, den der preußische Organismus, wenn er gesund werden sollte, möglichst bald wieder abstoßen müsse.

Nun brachte sie diese Auffassung ja wohl freilich insofern in Gegensatz gegen den König selber, als dieser es doch gewesen war, der die

Verfassung gegeben hatte, allein dieser Gegensatz bestand doch mehr in der Form als in der Sache, denn auch der König hielt trotz aller Zugeständnisse, die er dem Liberalismus hatte machen müssen, im Grunde seines Herzens an dem Staatsideal fest, das ihn von Anfang an erfüllt hatte. Nach wie vor sah er, im schroffsten Gegensatze zu den modernen Gleichheitsideen, in dem Vorhandensein von Ständen eine gottgewollte Ordnung, die man nicht nur nicht zerstören dürfe, sondern sorgfältig erhalten müsse, da jeder einzelne der Stände seine besondere Aufgabe habe, die nur er in genügender Weise lösen könne. Insbesondere schien ihm der Stand der Grundherren mit seinen geschichtlichen Traditionen und seiner durch gesicherten Besitz gegebenen sozialen Stellung als der eigentlich staatserkhaltende Stand, und er empfand daher die Beeinträchtigung, welche die neueste Gesetzgebung den besonderen Vorrechten dieses Standes zugefügt hatte, so tief als nur irgend die Beteiligten selber.

Wir werden auch hier sagen müssen, daß diesem Standpunkte, der ja freilich auch durch die romantischen Neigungen des Königs bestimmt war, die Berechtigung nicht ganz abging. Das Vorhandensein einer wahren, allseitig unabhängigen und pflichtbewußten Aristokratie ist sicherlich ein Glück für ein Land, und die preussische Aristokratie insbesondere hatte von jeher den Beweis ihrer Fähigkeit im reichsten Maße erbracht: jede Seite der preussischen Geschichte berichtete von den Verdiensten, die der preussische Adel auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen Lebens um Krone und Land sich erworben hatte, und die doch den Beweis dafür bieten, daß sich in diesen Kreisen etwas wie politische Erbweisheit bildet und erhält — hatte doch der preussische Adel auch damals schon jene weit über das Durchschnittsmaß politischer Größe hinausragenden Männer unter sich, die die günstigen Vorurteile, die Friedrich Wilhelm IV. für seinen Adel hegte, in ungeahntem Umfange bewahrheiten sollten —, aber aus alledem folgte doch nicht, daß die Reste des Feudalwesens, welche sich in den politischen und wirtschaftlichen Vorrechten des Rittergutsbesizers erhalten hatten, und welche eine schwere Beeinträchtigung des kleinen Bürgers und des Bauern bedeuteten, für alle Zeiten erhalten bleiben mußten. Der Staat der allgemeinen Wehrpflicht konnte solche Ausnahmezustände auf die Dauer nicht dulden, und in der That war unter der Herrschaft der liberalen Partei eine neue Gemeindeordnung als Gesetz vereinbart worden, welche dem Bürger und Bauern auf dem flachen

Landen den adligen Herren gegenüber zu seinem Rechte verhalf. Diese Gemeindeordnung, in der die Gedanken der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung ihre Vollendung fanden, wurde nun, gerade wie es jene Gesetzgebung früher gewesen war, ein Gegenstand der heftigsten Angriffe des Grundadels, und in diesen Angriffen war es wirklich nicht das Staats-, sondern das Standesinteresse, welches vor allem das Wort führte. Es lag in dem Vorgehen der Aristokratie gegen die bereits gesetzlich bestehende Gemeindeordnung, ferner in dem Widerstande, den sie der Ausdehnung der Grundsteuerpflichtung auf die östlichen Provinzen entgegensetzte, und in vielen anderen Forderungen, die der Grundadel erhob, ganz einfach der Anspruch eines durch einseitige staatliche Fürsorge verwöhnten Standes, daß die übrigen Steuerzahler verpflichtet seien, Lasten weiter zu tragen, nur damit dieser bisherige Herrenstand auch weiter ein Herrndasein führen könne, es lag darin eine ganz unerträgliche Geringschätzung der Bedeutung der anderen Stände und insofern doch auch eine ganz ungeheuerliche Rückständigkeit. Manche dieser lärmenden Junker erinnerten in ihrer naiven Städte- und Kulturfeindschaft in bedenklicher Weise an die Rüdiger- und Ikenplize; es war nicht Erbweisheit, sondern es waren Erbvorurteile, die aus ihren Reden herausklangen, sie betrieben die Reaktion mit jenem Geiste, mit dem ehemals ihre Altvordern ihre Städtefehden betrieben hatten, und sie entsprachen in Wirklichkeit herzlich wenig dem glänzenden Bilde, das sich der poesiereiche König von dem „befestigten Grundbesitz“ zu machen beliebte.

Besonders häßlich wurde dieser Adelskrieg dadurch, daß die Regierung dabei offen Partei ergriff und mit allen Mitteln, welche Polizei und das neue Preßgesetz — es war am Tage vor der Enthüllung des Rauchschen Standbildes Friedrichs des Großen publiziert worden! —, an die Hand gaben, die Vertreter der gerechten Forderungen des Liberalismus drangsalierte.

Hartort und das Junkertum. Wir treffen auch hier wieder unseren alten Fritz Hartort in der ersten Reihe. Er, den wir als einen der mutigsten Verteidiger der monarchischen Institutionen gegen die Demokratie der Barrikade verlassen haben, er war jetzt wieder in die Opposition gedrängt.

In der Zeit vom Dezember 1850 bis Januar 1851, als die Kammer wegen der stürmischen Adreßdebatte von der Regierung vertagt worden war, hatte er an seine Wähler in der rheinischen Mark eine

Art Bericht geschrieben, den er „Bürger- und Bauernbrief“ nannte. Getreu seiner Pflicht als Vertreter des Volkes legte er dem Volke die Lage dar, wie sie durch die große Umkehr in der Politik und durch die sogenannte Bekämpfung der Revolution geschaffen war, und warnte vor den Untrieben der volksfeindlichen adligen Liga. Er zeigte, um was es dem Adel im Grunde zu tun sei, und fragte dann: „Wie aber steht denn die eigentliche Junkerpartei zum Könige? Sie ist es, welche einst ihrem Landesherrn, dem Kurfürsten Joachim, schrieb: Wenn wir dich kriegen, hängen wir dich! Sie ist es, welche dem König Friedrich Wilhelm I. die Steuern verweigerte und gegen welche dieser Monarch seine Souveränität hinstellte wie einen Felsen von Erz. Und dennoch frage ich: wieviel freies Bauerngut ist nicht seit jener Zeit verschwunden und Rittergut geworden? Die Junkerpartei ist es, welche die großen Bestrebungen des Freiherrn vom Stein um Eure Wohlfahrt eine Revolutionierung nannte, welche die Gesinnung des Volkes erlösete, deren unerschämte Schreier Friedrich Wilhelm III. auf die Festung schickte . . . Frei herausgesagt: die Junkerpartei ist zum Sturz der gegenwärtigen Verfassung entschlossen und hat den Entwurf zur beschränkten neuen, nach Art der Provinzialstände, bereits fertig. Man erspäht nur die Gelegenheit.“

Und so wenig Gutes Hartfort seinen Wählern von der inneren Lage sagen konnte, so wenig konnte er die äußere loben: „Österreich hat“, schrieb er, „ohne Krieg alles gewonnen und Preußen hat ohne Krieg alles verloren . . . Der alte Zieten nahm sein Hauptquartier in einem Tintenleck und machte zur Freude des großen Königs von hier aus Front gegen alle Feinde. Herr von Manteuffel dreht das Manöver um und kommandiert aus seinem Tintenfaß „Rehrt“ nach allen Seiten. Rehrt wurde gemacht gegen das allgemeine Wahlrecht, kehrt gegen die selbstgemachte Verfassung, gegen das Maibündnis und die treuen Freunde; kehrt gegen die Dänen, gegen die Bayern; kehrt in Baden und Hessen, in Warschau und Olmütz — kehrt überall, nur nicht dem Portefeuille.“

Der Brief war scharf geschrieben, überschritt indessen doch wohl kaum die Grenzen einer berechtigten Kritik. Aber die Regierung, die auf Grund einer Denunziation von dem Inhalt vor dem Druck Kenntniss erlangt hatte, wollte eine solche Kritik nicht dulden und beschloß, ein Exempel zu statuieren: Polizei erschien also in der Druckerei, konfiszierte das Manuskript und die fertigen Abzüge, und der Staatsanwalt

stellte Strafantrag „wegen Aufreizung gegen das Junkertum“. Die Kammer erteilte die Genehmigung zur Verfolgung Harforts — es war dies der erste Fall einer strafrechtlichen Verfolgung eines Abgeordneten —, der Verhandlungstermin wurde aber erst auf den 22. September 1851 anberaumt, um die Sache nicht von den Geschworenen, sondern — nach Vorschrift des neuen seit dem 1. Juli 1851 gültigen Strafgesetzes — von dem Kriminalgerichte entscheiden zu lassen.

Harforts Prozeß. Der Angeklagte verteidigte sich selbst. Er wies auf ein Schreiben Friedrich Wilhelms IV. vom 6. Dezember 1848 hin, worin dem Alterspräsidenten der Nationalversammlung und seinen Gesinnungsgenossen, „den treuen und edlen Preußen, die der Stimme der Ehre und der Pflicht ausschließlich Gehör gegeben hätten“, der wärmste Dank, die herzlichste Anerkennung des Königs ausgesprochen wurde. „Meine Herren“, sagte Harfort weiter, „ich gehöre zu den Männern, an welche der königliche Dank gerichtet war. Manche von ihnen lagen noch jetzt in den Kammern. Und wenn nun die schlagende Majorität derselben heute auf den Bänken der Opposition sitzt, einige von uns sogar auf der Bank der Angeklagten: muß da nicht in dem Unbefangenen der Gedanke Hamlets aufsteigen, daß irgend ein fauler Fleck sei in dem Staate Dänemark? Damals erhob ich meine Stimme im Interesse der Krone und der Ordnung gegen die Partei der Anarchie, und jene gaben mir Beifall, die mich heute verfolgen, obwohl die meisten sich hinter die Front begeben hatten. Heute will man wieder blinde Werkzeuge; man vergißt die eigene Erfahrung und die Lehre, welche Napoleon von seinem Staatsrate empfing: Sire, man kann sich nur auf das stützen, was fähig ist, Widerstand zu leisten.“ Er erinnerte dann an den Zusammenstoß Friedrich Wilhelms I. mit den Vertretern des adligen Grundbesitzes, als der Generalhufenschuß in Preußen eingeführt wurde und die Betroffenen die Behauptung wagten, daß das ganze Land ruiniert werden würde, worauf der König geantwortet habe: *Tout le pays sera ruiné? Nihil credo, aber das credo, daß der Junkers ihre Autorität werde ruiniert werden, und Harfort sagte, daß eine Partei, die der König „Junkers“ nenne, wohl auch ein Schriftsteller so nennen könne.*

Der Staatsanwalt erklärte selber, daß er die Anklage nur mit Widerstreben erhoben habe und daß er auf eine Geldstrafe von 50 Talern antrage, der Gerichtshof sprach aber in erster und zweiter Instanz den Angeklagten frei, was dem König zu einem ungnädigen Hand-

schreiben an den Justizminister wegen „des schlechten Geistes“ seiner Richter Anlaß gegeben haben soll.¹⁾

Hartfort ließ sich durch solche Erlebnisse nicht entmutigen und er setzte den Kampf gegen die Reaktion durch Reden und Schriften unermüdlich fort, aber freilich, dieser Kampf war vollkommen aussichtslos, die Gegner betrieben und entschieden alles nach ihrem Gutdünken, da sie die Mehrheit besaßen, und diese Mehrheit wurde durch die Wahlbeeinflussungen der Regierung nur immer erdrückender.

Das preußische Herrenhaus. Die Regierung ließ das Gesetz über die Gemeindeordnung einfach unausgeführt und stellte durch Verordnungen die alten Verhältnisse wieder her, nach denen in Provinz und Kreis der grundeingefessene Adel schlechthin ausschlaggebend war. Auf diese Weise näherte man sich wieder den vormärzlichen Zuständen, ohne daß ein Verfassungsumsturz nötig war, im Gegenteil, nachdem man die Kunst zu üben gelernt hatte, in der Zweiten Kammer der Regierung eine Mehrheit zu verschaffen, bedeutete die Verfassung sogar eine Stärkung der Regierungsmacht, auf die freiwillig zu verzichten eine Torheit gewesen wäre. Mit dieser gefügigen Mehrheit gelang es auch dem König, seinen Lieblingswunsch durchzusetzen, nämlich die Erste Kammer in ihrer Zusammensetzung dem doch immerhin demokratischen Verfahren der Wahl ganz zu entziehen und sie entsprechend dem eigenen ursprünglichen Verfassungsplan umzugestalten, in dem neben dem Volkshause eine Herrenkurie in Aussicht genommen war. Die Neubildung erfolgte auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1853 durch Verordnung vom 12. Oktober 1854 und machte aus der bisherigen Ersten Kammer das preußische Herrenhaus, in dem der „befestigte“ Grundbesitz von nun an sein unanfechtbares Bollwerk hatte. Nimmt man dazu, daß in der Zweiten Kammer, wie sie 1854 aus den Neuwahlen hervorging, die drei Fraktionen der Rechten zusammen zu mehr als $\frac{3}{4}$ aus Adligen bestanden, während die vier Gruppen des Zentrums und der Linken zusammen zu $\frac{1}{5}$ aus Bürgerlichen bestanden, so ist klar, daß man von einem Siege des Adels auf der ganzen Linie reden kann, einem Siege, der in dieser Form sich viel wirksamer darstellte, als eine Aufhebung der Verfassung jemals hätte sein können.

Es wird nun immer eine für die Bedeutung des Adels schwer zu

1) Berger, Der alte Hartfort, S. 471.

verwindende Tatsache bilden, daß die Periode der preußischen Geschichte, in der der Adel in diesem Umfange im Besitze der politischen Macht war, eine der unrühmlichsten der preußischen Geschichte gewesen ist. Es war eine Zeit, in der Preußen in der auswärtigen Politik durch freiwilliges Zurücktreten hinter Oesterreich beinahe die Stellung einer Großmacht einbüßte, in der im Inneren unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die angeblich bestehende Umsturzgefahr sich eine einseitige Klassenherrschaft breit machte, in der unter äußerem Festhalten an der Verfassung der Geist der Verfassung hundertfältig verletzt wurde durch Polizeiwillkür, Verfolgungssucht, Spionage und Angeberei, Maßregelungen einzelner, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, eine Zeit vor allem, in der nicht nur an den politischen Grundlagen gerüttelt wurde, sondern auch an den Grundlagen der Kultur, insofern nämlich der Geist in Schranken eingeschlossen, künstlich in diesem Vormachtstaate des Protestantismus die Erstarrung des Mittelalters wieder geschaffen werden sollte.

Evangelische Kirche und Christentum. Wir kommen hier zu der Tätigkeit einer zweiten Genossenschaft von Kämpfern, die sich dem Könige freiwillig zur Verfügung stellten und gerade wie die Feudalen rasch zur Macht gelangten, weil sie die innerste Überzeugung des Königs repräsentierten; es waren das die Vorkämpfer für das Reich Gottes, die Wortführer der Orthodogie.

Auch in ihren Augen war natürlich die Verfassung, insofern durch ihr bloßes Dasein der Grundsatz der Autorität verletzt wurde, ein Übel, allein sie erschien ihnen nur als eine der beklagenswerten Folgen der Hauptursache, aus der ihrer Meinung nach alle Leiden der Zeit erflossen. Diese Hauptursache war ihrer Meinung nach die Gottlosigkeit, der Unglauben, und wir wissen, daß auch das wiederum im Grunde zugleich die Ansicht des Königs war.

Und ein Körnchen Wahrheit ist auch hier nicht zu verkennen. Unzweifelhaft war in den Wirren der Zeit viel Frevelsinn hervorgetreten, viel Roheit, blutiger Haß und Verfolgungssucht, und wer konnte, wenn er unvoreingenommen urteilen wollte, völlig leugnen, daß vieles von dem, was Abscheu erregen mußte, nicht hätte geschehen können, wenn in den Massen mehr wahre Religion gewesen wäre? Freilich konnte dem, der darüber Klage führte, sofort erwidert werden: Wie könnt ihr Religion bei den Massen erwarten, wenn ihr selbst keine habt? Schlagt an eure Brust: habt ihr getan, was eure Christenpflicht

von euch verlangt? Habt ihr euch um die Mühseligen und Beladenen gekümmert, habt ihr versucht, ihnen nahezukommen, Licht in die Nacht ihres Elends zu bringen? Wer ehrlich war, mußte auf diese Frage verstummen. Die Gesellschaft hatte ganz gewiß hier ihre Pflicht versäumt, mochte man nun von Christenpflicht oder von Menschenpflicht sprechen, aber sie erhielt gerade jetzt einen Antrieb, das Versäumte nachzuholen, der von weittragender Bedeutung werden sollte. Johann Heinrich Wichern, der Begründer des Rauhen Hauses in Hamburg, sprach auf dem Wittenberger Kirchentage den Gedanken aus, der ihm schon lange aufgegangen war, daß der an den Heiden geübten Mission eine heimische, an den gefährdeten Gliedern des eigenen Volkes versuchte innere Mission zur Seite gehen müsse, und unter dem Eindrucke dessen, was man erlebt hatte, wurde dieser Gedanke zur Tat; er gab den Anstoß dazu, daß der Protestantismus aus der starren Selbstgenügsamkeit seines Glaubensstolzes heraustrat und daran ging, den Glauben in Werke umzusetzen, und es begann nunmehr, von Jahr zu Jahr zunehmend, eine christliche Liebestätigkeit, die, ohne viel an die Oberfläche zu treten, in aller Stille die schönsten Früchte zeitigte und so manchen Krankheitskeim am sittlichen Körper unserer Nation zerstören sollte.

Allein es muß freilich gleich hinzugefügt werden, daß dieser Geist echten Christentums nur an einzelnen Stellen hervortrat. Im ganzen äußerte sich die religiöse Bewegung vorwiegend auf kirchlichem Gebiete, d. h. in Bestrebungen, den kirchlichen Zusammenhang als solchen wieder mehr zu betonen, also nicht von innen nach außen, sondern von außen nach innen zu wirken.

Die Wortführer dieser Bewegung verkanteten bei ihren Klagen über den „Unglauben“ völlig, daß dieser sogenannte Unglaube eigentlich nur in einer Entfernung von den kirchlichen Symbolen bestand und daß diese Entfernung nur dadurch unkirchlich wurde, daß die protestantische Kirche ihrerseits in Verfassung und Lehre stehengeblieben war, während das allgemeine Zeitbewußtsein fortgeschritten war. Die protestantische Kirche stand den modernen Forderungen gerade so unzugänglich gegenüber, wie einst die Papstkirche im Anfange des 16. Jahrhunderts jenen damals modernen Anschauungen gegenübergestanden hatte, wie sie Luther in seiner Schrift an den christlichen Adel formuliert hatte. Niemals deckte der Name des Luthertums weniger die Sache als bei denen, die sich damals mit Vorliebe

nach dem großen Bahnbrecher der geistigen Freiheit nannten und die in Wahrheit starre Vertreter der Unfreiheit waren. Wie der Kardinal Cajetan dem tapferen Mönche, so hielten die protestantischen Zionswächter dem Geiste der Zeit, der sich in Zweifeln aller Art äußerte, die Autorität der Schrift drohend entgegen. Autorität hier und überall, das war ihre Losung. Der Geist der Neuerung, der schlechtweg als Geist des Abfalls bezeichnet wurde und der allerdings an allem Festen auf allen Lebensgebieten rüttelte, er sollte in allen seinen Äußerungen ohne Unterschied bekämpft werden. Die Tradition und die kirchliche Organisation wurden wieder heilig gesprochen, die Kirche als solche wurde als die beste Schule der Autorität bezeichnet, die auch im Staate vor allem not tue, die Kirche wurde zu einer staatlichen Zwangsanstalt erniedrigt, Kirche und Staat flossen den Wortführern der kirchlichen Reaktion zusammen.

Reform der Kirchenverfassung. Unter dem Einfluß dieser Richtung geriet zunächst der König in der Frage der Kirchenverfassung, der er ja, wie wir wissen, eine besondere Aufmerksamkeit widmete, von seinem kirchlichen Idealismus, der freilich ebenso unpraktisch wie ungeschichtlich war, völlig ab. Die Durchführung des Gedankens der Selbstverwaltung der Gemeinde erschien ihm jetzt als eine Demokratisierung der Kirche. Aus der Reform der Kirchenverfassung wurde also gar nichts, die Entwicklung vollzog sich nicht im Sinne der Minderung der Macht des Kirchenregiments, sondern im Sinne einer Steigerung. Es wirkte hier wieder die Abneigung des Königs gegen die Verfassung mit: war er in weltlichen Dingen an dieselbe gebunden, so wollte er in geistlichen Dingen den alten Absolutismus um so strenger bewahren. Die Verfassung statuierte ja im Prinzip eine Trennung von Staat und Kirche. Nun gut! Mußte bei dem „Racker von Staat“ das Mitsprecherecht der Vertreter des Volkes geduldet werden, so sollte in der Kirche wenigstens der König allein zu entscheiden haben! Der König behielt sich allerdings dabei immer vor, daß er dieses Kirchenregiment nur solange behalten wollte, bis er es in die „rechten Hände“ legen könnte, allein dieselben wollten sich während seiner Regierung nicht finden. So erfolgte also die Einsetzung des Oberkirchenrats rein aus königlicher Machtvollkommenheit heraus. Der Oberkirchenrat sollte die Begründung einer selbständigen evangelischen Kirchenverfassung anbahnen, er wurde aber in Wirklichkeit

nur ein Hort des Starrsten Luthertums und zugleich für den König ein Organ, das ihm dazu diene, die Kirche in allen äußeren und inneren Angelegenheiten ganz und gar nach seinem Sinne umzugestalten, die Kirche zu einem gefügigen Werkzeuge seiner Politik zu machen: aus dem schlechten Geiste der Zeit war seiner Meinung nach alle Verwirrung entstanden, am Geiste mußte daher wiederum, wie einst zur Zeit der Karlsbader Beschlüsse, der Heilungsprozeß ansetzen, der Geist der Zucht und des Gehorsams mußte wieder allgemein werden, und das konnte am besten durch die Kirche vermittelt werden, die jetzt als wichtigsten Satz des Neuen Testaments den Satz verkündete, ein jeder habe der Obrigkeit untertan zu sein, denn es sei keine Obrigkeit ohne von Gott.

Politisch-religiöse Intoleranz. In der Praxis ergab sich aus dieser Richtung der königlichen Politik im allgemeinen und aus der Auffassung der streng lutherischen Partei im besonderen unter der Ägide des Kultusministers Karl von Raumer eine rücksichtslose Verfolgung aller derer, die nicht genau dem allein seligmachenden Schema der königlich approbierten Denkweise entsprachen, oder die nicht bereit und rasch genug waren, ein Opfer ihrer Gesinnung zu bringen.

Die Hauptstadt des Staates, dessen großer König einst gesagt hatte, daß ein jeder nach seiner Fassung selig werden möge, wurde zur Hochburg der Intoleranz; aber nicht bloß in der Kirche selber wurde nur die strengste Orthodoxie geduldet, sondern das ganze geistige Leben der Nation sollte schablonisiert werden. Der Geist der Forschung, der freie Gedanke wurde, soweit es irgend angänglich war, aus Preußen ausgewiesen. Die Naturwissenschaften konnten freilich nicht füglich aus der Welt geschafft werden, die Geisteswissenschaften bekamen aber diesen kulturfeindlichen Geist gründlichst zu spüren: „Die Wissenschaft muß umkehren“, durfte damals Stahl, der bedeutendste Wortführer dieser ganzen Richtung, in der Stadt der Intelligenz laut verkünden, er durfte in einem von den höchsten Herrschaften besuchten Vortrage die eigentlich katholische Behauptung aufstellen, daß die Toleranz eine Tochter des Unglaubens sei. Dementsprechend wurden auf die theologischen Lehrstühle der Universitäten nur Anhänger der strengsten Richtung berufen, „und was die andern Fakultäten anlangt, so wurde wenigstens der jüngeren Generation der Akademiker gegenüber die Weisung des Königs, niemanden zu befördern, der 1848 kirchlich

oder politisch hervorgetreten war, genauestens befolgt und so manche bedeutende Kraft verdrängt oder lahmgelegt.“¹⁾)

Am stärksten konnte sich der herrschende Geist natürlich in der Schule offenbaren, die ja der ministeriellen Beeinflussung stets das weiteste Feld bietet. Hier konnten solche Attentate auf vernünftigen Fortschritt und gesunde Volksaufklärung wie die bekannten, von dem Dezerenten für Seminar- und Volksschulwesen Stiehl ausgearbeiteten drei Regulative vom Jahre 1854 keimen, in denen unter anderem sich die Bestimmung findet, daß aus der Privatlektüre der Seminaristen die „sogenannte klassische Literatur“ ausgeschlossen sein sollte, dagegen die Kinderschriften von Barth und die Märchen der Gebrüder Grimm empfohlen wurden, welche ferner den Unterricht in der allgemeinen Weltgeschichte in den Seminarien untersagten, dagegen von jedem Präparanden verlangten, daß er mindestens 50 Kirchenlieder herfagen könne.

„Obgleich diese Regulative in pädagogischer und didaktischer Hinsicht einen Fortschritt bezeichneten, wurden sie doch ein besonders wirksames Mittel, um das heranwachsende Geschlecht dem herrschenden System zu unterwerfen und das Streber- und Muckertum groß zu ziehen. Auch auf dem höheren Schulwesen, so sehr es unter Leitung des fest im Boden des Humanismus wurzelnden, aber auch für die neuen Bildungselemente der Zeit empfänglichen Wieje gedieh, lastete der Geist der Frömmelei und des Servilismus, der jenen Tagen überhaupt die Signatur gab.“²⁾)

Sollen wir weiter noch von der harten und ungerechten Behandlung sprechen, welche damals die Dissidenten erfuhren, sollen wir den kurzfristigen Versuch erwähnen, die Ehegesetzgebung in dem Sinne zu verbessern, daß die Ehescheidung so sehr als möglich erschwert wurde, daß es den Pfarrern ins Belieben gestellt wurde, Geschiedenen die Einsegnung einer neuen Ehe zu verweigern, sollen wir des rückschrittlichen Geistes gedenken, der das 1851 zum Abschluß gebrachte Strafgesetzbuch erfüllte? — das Angeführte genügt, um erkennen zu lassen, daß das Preußen jener Zeit darauf und daran war, sich zu einem weltlichen Spiegelbilde der römischen Kirche zu entwickeln. In allem Wesentlichen war man bereits einig, und dieser innerlichen Annähe-

1) Prutz, Preuß. Gesch. 4, 323 u. 324.

2) Prutz, a. a. O.

rung an den Geist des Katholizismus, welche die Herrschaft der lutherischen Orthodorie in Preußen herbeiführte, entsprach denn natürlich auch die äußere Behandlung, welche die katholische Kirche hier in dem protestantischen Vormachtstaate erfuhr. Es war in der That natürlich, denn die katholische Kirche stellte eben einfach in der Vollendung dar, was den Staatsrettern der Reaktion als Ideal vorschwebte: eine auf dem Grundsätze der Autorität aufgebaute Organisation, welche in ihrem Dasein wie in ihrem Wirken einen lebendigen Widerspruch bildete gegen die Forderung der ungehinderten und freien Entwicklung des menschlichen Geistes.

Begünstigung der katholischen Kirche. Die katholische Kirche war somit ein weiterer hochwillkommener Bundesgenosse im Kampfe gegen den Zeitgeist, und es war selbstverständlich, daß ihr die volle Gnaden-sonne der königlichen und staatlichen Huld leuchtete. Während für die evangelische Landeskirche die in den Artikeln 12 und 15 der Verfassung enthaltenen Grundsätze über das Verhältnis von Staat und Kirche nur eine verstärkte Abhängigkeit brachte, brachten diese Artikel der katholischen Kirche die volle Freiheit. Da die Staatsbehörden von der Ansicht ausgingen, daß durch die einschlägigen Artikel der Verfassungsurkunde die entgegenstehenden Bestimmungen älteren Rechtes aufgehoben seien, so ergaben sich im Laufe der Zeit für die römische Kirche folgende neue Bestimmungen: Wegfall der bisher notwendig gewesenenen Genehmigung des Staates zur Abhaltung von Synoden, Wegfall der staatlichen Aufsicht und Kontrolle über die Vorbildung der Geistlichen, Wegfall der staatlichen Genehmigung zur Besetzung kirchlicher Ämter, Zulassung ausländischer Geistlicher zur Seelsorge lediglich auf Grund bischöflicher Genehmigung, Wegfall der staatlichen Aufsicht über die Verwendung des Kirchenvermögens, Wegfall der staatlichen Genehmigung zum Eintritt in ein Kloster usw., — in der That, Herr von Manteuffel, unter dessen Ministerpräsidentschaft der Kirche diese selbst in katholischen Staaten unerhörte Machtstellung eingeräumt wurde, hatte den Piusorden, mit dem der Papst ihn zierte, reichlich verdient. Preußen wurde ein evangelisches Rom. Die Jesuiten, deren Hauptquartier in Westfalen war, begannen ihre Missionen. Berlin sah die erste Fronleichnamsprozession, und bei der Feststellung der kulturgeschichtlichen Epochenbilder, die als Wandgemälde für das Neue Museum bestimmt waren, gelang es Kaulbach nur mit der größten Mühe, eine Darstellung des Reformationszeitalters durchzusetzen.

„Revisions“-Politik des Bundestages. So war also das herrschende System in Preußen auf Rückschritt gerichtet auf allen Gebieten, und mit dieser von den nationalen Zukunftshoffnungen weit hinwegführenden Politik fand es bei den anderen Bundesstaaten viel mehr Bereitwilligkeit zur Gefolgschaft, als es vorher mit seiner Unionspolitik gefunden hatte. Wenn es galt, die Ideen der Freiheit und Einheit zu bekämpfen, da machte sich die Union der Regierungen von selber, und der Ausschuß, der zu diesem Zwecke im Schoße des neu erstandenen Bundestages gebildet war, fand mit seiner systematischen Bekämpfung der volkstümlichen Staatseinrichtungen keine erheblichen Schwierigkeiten.

In Kurhessen, in Bremen, in Frankfurt, in Hamburg, Hannover, Lippe-Detmold, Nassau, Waldeck, Oldenburg, Sachsen, Hessen-Darmstadt, überall wurde rückwärts revidiert. Bayern und Württemberg hielten sich von der unter preussisch-österreichischer Ägide betriebenen bundestäglichen Reaktionsmache frei, der Herzog Ernst von Koburg wagte sogar einen offenen Protest, in Mecklenburg-Schwerin kam es dagegen unter starken Einwirkungen von Berlin her zu einer Nachblüte der Demagogenverfolgung. Nachdem erst durch den völlig rechtlosen Freienwalder Schiedsspruch der Großherzog dazu aufgefordert war, den alten Landtag wieder zu berufen, und damit die Ritterherrschaft wiederhergestellt war, erfolgte im März 1853 auf geradezu lächerliche Verdachtsmomente hin die Verhaftung des ersten Präsidenten der Mecklenburger konstituierenden Versammlung, Moritz Wiggers', und mehrerer seiner Gefinnungsgeossen. Nach 3 1/2-jähriger Untersuchungshaft kam es zum Spruche: Wiggers wurde wegen „versuchten Hochverrats“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, und dieses empörende Urteil ward auch wirklich rechtskräftig, die Gnade des Großherzogs, an die sich der unglückliche Mann auf Anraten der Richter wandte, wurde umsonst angerufen! Er sollte es büßen, daß er es gewagt hatte, das mecklenburgische Junkerregiment, dessen sittenmörderische und landverwüstende Wirkung Fritz Reuter in seinem „Kein Hüßung“ gebrandmarkt hat, zu erschüttern.

Ultramontanes. Und so wie überall die politische, so blühte auch überall damals in deutschen Landen die kirchliche Reaktion. Was in dieser Richtung in Preußen geschah, wo alle Übel der Zeit mit dem Weihwedel gebannt werden sollten, war nur der besonders auffallende

Ausdruck des Geistes der ganzen Zeit. Wieder einmal trieb die Revolutionsfurcht die Welt in das System des Autoritätsdienstes und half dem Schifflein Petri, das so frisch auf der Woge der Zeit einherfuhr, weiter vorwärts. Die Zeiten der Gegenreformation wiederholten sich. Unter der Konnivenz aller staatlichen Gewalten erhob sich der Ultramontanismus zu immer kühnerem Hoffen. In stiller, aber wirksamer Arbeit schritt er dem letzten und höchsten Ziele zu, der Wiedergewinnung des deutschen Geistes. Eine klerikale Demagogie bildete sich aus, die geschickt Presse und Vereine in ihre Dienste stellte. 1850 wurde der westfälische Freiherr von Ketteler Bischof von Mainz und begann bald eine ungemein kräftige Propaganda. Der badische Kirchenstreit, das Dogma von der unbefleckten Empfängnis, das österreichische Konkordat waren laut redende Bulletins von dem Siegeszuge des hierarchischen Gedankens. 1855 wurde in Deutschland mit vielem Geräusch die Bonifaziusfeier begangen und damit die Erinnerung wieder wachgerufen an die Unterwerfung Deutschlands unter die Herrschaft des päpstlichen Stuhles. Ketteler konnte damals in einem Hirtenbriefe die Worte wagen: „Wie das Judentum seinen Beruf auf Erden verloren hat, als es den Messias kreuzigte, so hat das deutsche Volk seinen hohen Beruf für das Reich Gottes verloren, als es die Einheit im Glauben zerriß, welche der heilige Bonifazius gegründet hatte. Seitdem hat Deutschland fast nur mehr dazu beigetragen, das Reich Christi auf Erden zu zerstören und eine heidnische Anschauung hervorzurufen. Seitdem ist mit dem alten Glauben auch die alte Treue mehr und mehr geschwunden und alle Schlösser und Kiegel, alle Zuchthäuser und Zwangsanstalten vermögen uns nicht das Gewissen zu ersetzen.“

Die „Zeichen der Zeit“. Diese Herausforderung blieb nicht ohne Antwort. Bunsen griff in seinen Briefen an E. M. Arndt diese und andere „Zeichen der Zeit“ auf, um eine große Anklage gegen den hierarchischen Geist, der jetzt durch die Welt gehe, zu formulieren. Er forderte vor seinen Richterstuhl nicht nur den katholischen Verunglimpfer der Reformation, sondern auch den evangelischen, den Berliner Professor Stahl, und zeigte, daß dieser Letztere mit seinen Lehren tatsächlich nur der kräftigste Bundesgenosse des streitbaren Mainzer Bischofs sei: „Wer für Geistesdruck“, sagte er, „und Knechtung des Geistes arbeitet, ja wer nicht mit aller Treue und Kraft die Freiheit des Gewissens und Geistes im Glauben fördert, der arbeitet für den Jesuitis-

mus, und soviel an ihm ist, für seiner eigenen Gemeinde und Heimat Untergang und Verderben. Ist er aber Protestant, so ist er doppelten Abscheus und Mitleidens wert.“ Und über Stahls „christlichen Staat“ äußerte er: „Wenn nach solcher Theorie unser Rechtszustand christlich gemacht werden soll, so haben wir nicht allein gar keine Verteidigung mehr gegen die Verfolgungen unserer Glaubensbrüder, über die wir uns beschwerten, sondern auch gar keine rechtliche Gewähr für das Bestehen irgendeiner Freiheit, weder der politischen, noch der religiösen, noch der geistlichen überhaupt.“

Solche Äußerungen waren gewiß beachtenswert und beweisen, daß die herrschende Richtung den Sieg noch nicht in Händen hatte, sie waren aber doch nur vereinzelt, und das war eigentlich das bedeutsamste Zeichen der Zeit. Ein großer Teil des deutschen Volkes stand den öffentlichen Angelegenheiten müde, mutlos und hoffnungslos gegenüber und ließ sie gehen, wie sie eben gingen. Die Enttäuschung war nach dem großen Aufschwunge allzu grausam gewesen. Die meisten wandten sich tief angewidert ab von allem Politischen und stürzten sich in die praktischen Aufgaben, die aus den mächtigen Fortschritten der Technik auf allen Gebieten erwachsen. Die materiellen Interessen rissen mit unwiderstehlicher Gewalt immer größere Bestandteile des Volkes in ihre wirbelnden Kreise. Gar bald hören wir Warnungsrufe vor der überhandnehmenden Oberflächlichkeit und Genußsucht. Es zeigte sich eben auch in der Gestaltung der deutschen Volkseele im allgemeinen, was es heißt, um seine Hoffnungen betrogen zu werden. Sehen wir auf der einen Seite krampfhaftes Versuche, abgestorbene Ideale wieder zu neuem Leben zu erwecken, so sehen wir auf der anderen Seite frivole Proteste gegen jeden Idealismus, sehen wir Blasiertheit oder Materialismus, oder endlich unbefriedigtes Hin- und Herschwanken zwischen den verschiedenen Extremen, Zwiespältigkeit der Geister, vielfältig gebrochenes Interesse, Neigung zur Reflexion, zwischendurch dann ein erneutes Aufkeimen radikaler Zukunftspanthasien, die Ahnung ganz neuer Probleme, die durch das Heranwachsen der Städte und die Entstehung wimmelnder Proletariatsmassen gestellt sind, — das deutsche Volk im ganzen in einem Zustand nervöser Überspannung oder Erschlaffung, zu einer Sammlung seiner Kräfte damals weniger disponiert denn je, die Aussichten auf Einheit damals auf dem Tiefpunkt angelangt, das nationale Gefühl verwirrt, die alten Hemmnisse gesteigert oder neu belebt und

dazu neue Hemmnisse im Wachstum begriffen: die internationalen Mächte der sozialen Demokratie und der römischen Hierarchie! Es war die zwölfte Stunde der deutschen Einheitsgeschichte. Wenn jetzt nicht bald das Werk getan wurde, dann war es zu spät. Mit den Kräften, die in der Zeit selber lagen, war es nicht möglich gewesen und war es jetzt weniger möglich denn je. Es war eine andere, eine neue Kraft nötig, und diese konnte nur von daher kommen, von wo überhaupt nur der Menschheitsgeschichte neue Kräfte zuwachsen, — von der Natur einer großen Persönlichkeit.

III. Der Prinz von Preußen und Otto von Bismarck.

Große Männer, sie bilden, redend und handelnd, den inspirierten Text jenes göttlichen Buches der Offenbarungen, dessen Kapitel je ein ganzes Zeitalter umfassen und das wir — Geschichte nennen.

Carlisle, Sartor resartus.

1.

Der Prinz von Preußen war, als er durch die Erkrankung seines Bruders zur Regierung berufen wurde, ungefähr so alt wie die Idee der deutschen Einheit. Diese Idee, sie war, wie die Prinzessin im Märchen, von der bösen Fee, die an der Wiege des deutschen Volkes gestanden hatte, zum Zauberschlaf verurteilt worden, weil sie vorwiegend den Faden hatte spinnen wollen, als es noch nicht an der Zeit gewesen war, — war in dem Prinzen von Preußen jetzt der gekommen, der sie erlösen sollte?

Jugend- und Lehrjahre. Prinz Wilhelm hatte seine Mutter weinen sehen über die preußische Schmach und den Zusammenbruch des preußischen Staats, er hatte den Befreiungskampf mitgekämpft, in dem das preußische Volk das Joch der Franzosen von sich warf, und er trug mit Stolz auf seiner Brust das Kreuz von Eisen.

Es lag in diesen Schicksalen eine Weihe, die seinem Wesen ein unverlierbares Gepräge verlieh. Er war in den Kämpfen, die der Befreiung und der Wiederherstellung Preußens und Deutschlands galten, gewissermaßen zum Ritter des deutschen Volkes geschlagen worden, und Ritterlichkeit in des Wortes edelster Bedeutung war und blieb auch der Grundzug seines Charakters.

Er hatte dann — selbst noch ein Jüngling — das Scheitern der Hoffnungen, die namentlich die deutsche Jugend auf das Befreiungswerk gesetzt hatte, lebhaft mitempfunden und er hatte unmutig erklärt, daß das deutsche Volk um seine Hoffnungen betrogen worden sei.

Dann war auch er, in demselben Maße, wie die nationalen Impulse abebbten und die stille Arbeit des Friedens in den engeren Grenzen des partikularen Daseins begonnen hatte, ganz und gar hingenommen worden von den Aufgaben seines militärischen Berufes, dem er sich mit ganzer Hingabe widmete, da er seinem Wesen, das auf Ordnung, Pünktlichkeit, strengste Pflichterfüllung gerichtet war, vollkommen entsprach. Er war nicht nur so obenhin Soldat, wie es so viele Prinzen sind, die eben nur den Uniformrock anziehen, weil ihnen der Zivilrock zu schlicht erscheint und weil sie schließlich irgend etwas doch sein müssen, sondern er war Soldat mit Leib und Seele, er wurde militärischer Fachmann durch und durch, und er gewann dadurch zu dem spezifischen Preußentum eine noch intimere, noch lebendigere Beziehung, als sie schon durch seine Geburt als preußischer Prinz gegeben war. Durch diese Geburt war er in eine Tradition hineingestellt, die sich, je reifer er wurde, um so mächtiger geltend machte; allein in der Armee sprach nicht bloß die Vergangenheit, sondern mit ihr zusammen auch die Gegenwart täglich zu ihm mit vernehmlicher Sprache. Gewiß ist auch das preußische Beamtentum eine Institution, die, aus dem Wesen des preußischen Staates geboren, eine unvergleichliche Schulung hätte gewähren können, allein in dem Heere kommt der ursprüngliche Geist des Preußentums doch am reinsten zum Ausdruck: jene schlechtthin selbstverständliche Bereitschaft, die Persönlichkeit einzuordnen in das große Ganze, die grenzenlose Dienstwilligkeit, die restlose Hingabe an die einmal durch die Überlieferung bestimmte Form, die Freude an dieser Form um ihrer selbst willen, die Begeisterung auch für das an sich Geistlose, die Größe auch im Kleinen. Das preußische Heer ist eine auf das Weltliche übertragene Hierarchie; es trägt alle Kennzeichen der Hierarchie, die sein weltlicher Zweck zuläßt, ja die Zugehörigkeit zu ihr erzeugt sogar eine dem Religiösen verwandte beglückende Zuversicht. In dieser Hierarchie nun stieg der Prinz von Stufe zu Stufe, jede Erhöhung seines Ranges durch ehrliche Arbeit, durch wirkliches Dienen er- und verdienend.

Gedanken über das Heerwesen. In welchem Maße dies der Fall war, das vermag man aus der Sammlung seiner militärischen Schriften zu ersehen, die seit einigen Jahren vorliegt. Diese Schriften atmen alle den Geist der wärmsten inneren Anteilnahme an der Sache. Der Verfasser umfaßt alles, was zum Ganzen des Heerwesens gehört, mit gleicher Liebe, mag es sich dabei um das unendlich Kleine des Samaschendienstes handeln, wie um Dienstjackett, graue Hosen, Tornister; Disziplinarstrafen, oder um die großen Fragen der Heeresorganisation. Und in bezug auf diese großen Fragen nun gewahren wir mit Staunen, wie frühzeitig bei ihm schon die Gedanken vorhanden sind — und zwar offenbar auf Grund eigener Beobachtung und Erfahrung —, die ihn später zum Reformator des preussischen Heeres machten, wie frühzeitig er schon ein Fürsprecher langer Dienstzeit war und ein Verteidiger des Instituts der Landwehr in der Form, wie sie ursprünglich erdacht war. Er wurde in diese Position gedrängt in jener lauen Friedenszeit, in der, allerdings auch infolge der Knappheit der öffentlichen Mittel, Kompromiß auf Kompromiß gemacht wurde. Als im Jahre 1832, nachdem die Dienstzeit schon faktisch stark herabgedrückt war, der Vorschlag zweijähriger, ja anderthalbjähriger Dienstzeit auftauchte, da erhob er mehrfach warnend seine Stimme. In einer eigenhändigen Eingabe vom 9. April¹⁾ setzte er mit Wärme die Gründe auseinander, die für die volle Zeit von drei Jahren sprechen. Besonders interessant ist, was er neben den rein militärischen an politischen Erwägungen vorträgt: „Die Tendenz der revolutionären“, schreibt er, „oder liberalen Partei in Europa ist es, nach und nach alle die Stützen einzureißen, welche dem Souverän Macht und Ansehen und dadurch im Augenblicke der Gefahr Sicherheit gewähren. Daß die Armeen die vornehmlichsten dieser Stützen noch sind, ist natürlich; je mehr ein wahrhaft militärischer Geist dieselben beseelt, je schwerer ist ihnen beizukommen. Die Disziplin, der blinde Gehorsam sind aber Dinge, die nur durch lange Gewohnheit erzeugt werden und Bestand haben und zu denen daher eine längere Dienstzeit gehört, damit im Augenblicke der Gefahr der Monarch sicher auf die Truppen rechnen könne. Dieser blinde Gehorsam ist es aber gerade, was den Revolutionären am störendsten entgegentritt. Direkt können sie und dürfen sie diesem Geist nicht entgegentreten;

1) Militärische Schriften Kaiser Wilhelms I. I, 154.

daher haben wir in allen Staaten, wo Konstitutionen und Kammern existieren, gesehen, welcher Weg von jener Partei eingeschlagen wurde um zu ihrem Zweck, der Untergrabung des militärischen Geistes, zu kommen. Überall wurden die heftigsten Debatten über das Militärbudget erhoben, und, obgleich es gewöhnlich schon sehr gering in den Konstitutionen angenommen worden, um sich nur ‚Liebes Kind‘ bei den Kammern zu machen, so wurde es doch gewöhnlich noch modifiziert und damit in jeder neuen Ständeversammlung noch fortgeföhrt. Dadurch wurde allenthalben nicht nur die Anzahl des zu haltenden Militärs stets verringert, sondern auch die Dienstzeit so kurz festgesetzt, daß an die Aufrechterhaltung oder Erzeugung eines militärischen Geistes gar nicht zu denken ist. Durch dies Verfahren ist in allen konstitutionellen Staaten der Militärstand untergraben worden, und die neuesten Erfahrungen liefern dazu den Beweis.“

„Wenn also jezt auch unserer Armee eine nur zweijährige Dienstzeit zugemutet werden soll, so fürchte ich, daß wir uns dadurch einen Kriegerstand erziehen, der weit entfernt ist, ein gediegener und zuverlässiger im Augenblick der Gefahr zu sein! Wir werden zwar eine Masse dressierter und exerzierter Männer haben, aber keine Armee, die ein Soldatengeist belebt. Wer weiß, was wir uns dadurch bereinst bereiten!“

Und über die Landwehr sagte er in einer Anlage: „Wenn die Landwehr einst im Kriege den gehegten Erwartungen entsprechen soll, so muß sie auf die Basis zurückgeführt werden, auf welcher ihre Existenz beruht, sie muß nämlich aus lauter Leuten bestehen, welche ihre völlige Ausbildung in der Linie erhalten haben und durch diesen Dienst zu Soldaten geworden sind und nicht bloß zu exerzierten Menschen. Die Dienstzeit bei der Linie muß daher eine solche Dauer haben, daß jener Zweck auch erreicht wird, weil sonst der ganze Sinn verloren geht, in welchem die preußische Landwehr erdacht ist.“

Diese Ansichten legte er in ausführlichen Denkschriften nieder, in denen er die gewichtigen und verführerischen Voten der zum Teil hervorragenden Offiziere zu bekämpfen suchte, welche unter Hinweis auf die übertriebenen Paradekunststücke, mit denen allerdings viel kostbare Zeit vertragen wurde, der Verkürzung der Dienstzeit das Wort redeten. Als die Entscheidung nahte, wendete sich Prinz Wilhelm noch einmal in einem besonderen Schreiben an den königlichen Vater, um ihm

seine Ansicht ans Herz zu legen. Er erklärte der Behauptung des Generalleutnants von Grolmann gegenüber, der gesagt hatte, er könne in 16 Monaten einen Menschen vollkommen auszerzieren und keldienstfähig machen: er könne das schon in 8 bis 10 Monaten fertig bringen, aber weder in 8, 10 noch 16 Monaten erziehe man einen Soldaten, der es dem Geiste nach sei, und er schließt diesen Brief mit den Worten: „So stehen wir am Wendepunkte dieser ins tiefste Innerste mich erschütternden Frage, deren Lösung das Schicksal des Vaterlandes und des Thrones in sich schließt!“ Er unterzeichnet den Brief: „tief ergriffen und schmerzlich bewegt.“ Dieser Brief zusammen mit den übrigen Äußerungen sind Dokumente, die den Schlüssel zum Verständnis alles Späteren enthalten. Als der Sechzigjährige die Macht erlangt hatte, das auszuführen, was der Sechszunddreißigjährige bereits mit solcher Klarheit erkannt und was er durch die spätere Erfahrung immer wieder bestätigt erhalten hatte, — war es zu verwundern, daß er da alles an alles setzte?

Seine politische Stellung. Der Prinz von Preußen war aber nicht nur Soldat; seine militärischen Ausführungen zeigen, daß er auch in politischen Dingen eine sehr feste Haltung einnahm, und daß er ein entschlossener Gegner der liberalen Ideen war, die für ihn mit revolutionären Ideen schlechthin gleichbedeutend waren. Es konnte dies kaum anders sein bei der auch bei ihm herrschenden überlieferten Anschauung, für die die königliche Gewalt im wesentlichen auf dem militärischen Imperium beruhte, die sich also einen König von Preußen ohne dieses Imperium nicht denken konnte, und nachdem sich herausgestellt zu haben schien, daß der Konstitutionalismus mit einem starken Königtum unvereinbar sei; nehmen wir dazu, daß Prinz Wilhelm schon als Soldat geneigt sein mußte, auch in politischen Dingen die Autorität für das Wesentlichste zu halten, so begreifen wir, daß er ein Heil für den preußischen Staat nur sehen konnte in der Erhaltung des Zustandes, wie er unter Friedrich Wilhelm III. sich herausgebildet hatte. Dieser hatte in seinem Testament ausdrücklich vor einer Beschränkung der Kronrechte durch Reichsstände gewarnt: nur und ausschließlich zur Garantielleistung bei Aufnahme neuer Schulden sollte eine derartige Versammlung berufen werden; daran hielt sich Prinz Wilhelm und er legte daher, sobald sein Bruder mit seinen Verfassungsexperimenten hervortrat, wiederholt feierlich Verwahrung ein gegen die Pläne des Bruders, die trotz aller Verklausulierung seiner

Befürchtung nach notwendig zum konstitutionellen Wesen führen mußten. Er betrachtete sich als den geborenen und berufenen Bewahrer des altpreussischen Wesens und des altpreussischen Königtums, als den Fortsetzer der Politik des Vaters, und zwar war auch hier wieder die Sorge für das Heer, das durchaus als königliche Armee weiter bestehen sollte, entscheidend, und es beirrte ihn dabei auch nicht, daß er zu den Zeitideen in noch stärkeren Gegensatz als sein Bruder geriet. Allerdings als er pflichtgemäß alles erschöpft hatte, was sich gegen die Pläne des Königs sagen ließ, und er ihre Verwirklichung damit doch nicht hatte abwenden können, als er sich gezwungen gesehen hatte, das königliche Patent vom 3. Februar 1847, das den Vereinigten Landtag ins Leben rief, an erster Stelle mit zu unterschreiben, da stellte er sich dann auch ganz und gar auf den neuen Boden, und zwar nun viel entschiedener als der Bruder. Mit den Worten: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zugrunde. Möge das neue ebenso erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ruhm und Ehre geworden ist“, — mit diesen Worten zog er energisch die Konsequenz des Geschehenen. Man merkt den Worten die Beklommenheit der Stimmung an. In der That sah der Prinz von Preußen das alte Preußen nur mit Schmerzen dahingehen, er erkannte das Neue mit freudloser Resignation an, aber er erkannte es an und war entschlossen, den jetzt geschaffenen Rechtszustand ehrlich und treu zu achten. Er zog sich aus der bisher verteidigten Stellung zurück, weil er ihre Unhaltbarkeit eingesehen hatte, aber freilich zog er sich sofort in eine andere zurück, die er nun um so fester verschauzte und mit um so größerer Zähigkeit verteidigte: was das Königtum an Boden noch besaß, das wenigstens sollte ihm nun auch bleiben.

Sturmjahre. Es ist bekannt, daß ihm auch dies — zunächst wenigstens — nicht gelang. Die Revolution kam, und da der königliche Feldherr selber die Fahne im Stiche ließ, blieb auch dem Prinzen keine andere Wahl als schleuniger Rückzug. Er war persönlich bedroht. Schon im April 1847 hatte ihm der Pöbel die Fenster eingeworfen, und jetzt mußte der Prinz geradezu die Flucht ergreifen. Obwohl er an dem verhängnisvollen 18. März in Wahrheit keinen einzigen Befehl erteilt hatte — wenn er auch natürlich, freilich ohne allen Erfolg, zu kräftigeren Maßregeln geraten hatte — wurde er doch von der geschäftigen Legende zum Kartätschenprinzen gestempelt. Der volkstüm-

liche Haß gegen „das Militär“, der an der Bewegung von 1848 einen so großen Anteil hat, traf naturgemäß besonders den Mann, den man als den hervorragendsten Vertreter der militärischen Anschauungen kannte und dessen Einfluß auf den an sich unmilitärischen König in üblicher Übertreibung als ein unheilvoller angesehen wurde. Das spezifisch preussische Wesen galt als personifiziert in dem Prinzen Wilhelm. Wie das Heer, so mußte daher auch sein vornehmster Vertreter aus der Hauptstadt weichen. Anders schien die bürgerliche Freiheit nicht gesichert zu sein.

Die Wirkungen, welche diese schmerzlichen Ereignisse und peinlichen Erfahrungen auf den Prinzen Wilhelm ausübten, waren sehr tiefgehende. Es vollzog sich unter ihrem Einflusse eine Annäherung an die politischen Ideen der Zeit. Es geschah mit Reserve, aber es geschah. Wichtiger in dieser Beziehung als der heimische Wirrwarr war der Anblick des englischen Lebens. In England hatte es tatsächlich seit der Einrichtung des eigentlich konstitutionellen Lebens keine Revolution mehr gegeben, und der Augenschein lieferte den Beweis, daß konstitutionelle Formen und strenger Konservatismus miteinander vereinbar seien. Es schien in diesen Formen sogar eine Gewähr der Dauer für die bestehenden Verhältnisse zu liegen, gegen die die Minderung der Herrschgewalt der Krone vielleicht weniger in Betracht kam. Und so legte sich denn eine neue Schicht von Gedanken über die bisherigen politischen Überzeugungen des Prinzen. Er hörte auf, diese Formen an sich zu bekämpfen, er nahm nach seiner Art die darauf zielenden Forderungen der Zeit als eine nicht weiter zu bestreitende Tatsache hin und beteiligte sich sogar selber an der Debatte, die sich über die Frage der zukünftigen Gestaltung Preußens und Deutschlands erhob.¹⁾

Politische Gedanken. Seine Bemerkungen zu Dahlmanns Entwurf und zu der deutschen Wehrverfassung sind bedeutsame Meilensteine in seiner Entwicklung. Sie zeigen, daß er das Prinzip konstitutionellen Wesens annahm, daß er aber zu retten suchte, was noch zu retten war: nämlich die Selbständigkeit der Fürstengewalt, namentlich der großen Einzelregierungen und dann die gesunden Grundlagen des Heerwesens. Entscheidend war für seine Bereitschaft zu Konzessionen die große Aussicht, die das Drängen der Zeit seinem preussischen Ehr-

1) Dieser und die folgenden Absätze stützen sich vornehmlich auf Erich Marcks, Kaiser Wilhelm.

geiz eröffnete. Damals tritt zuerst ein Einfluß seiner Gemahlin hervor, und zwar war ihr vorherrschender Gedanke der: die konstitutionelle Bewegung als Wind für die Segel einer preußischen Politik zu benutzen, die auf die Hegemonie in Deutschland gerichtet sein sollte. Der Prinz scheint diesen Gedanken angenommen zu haben, ohne daß er sich gerade mit ihm völlig identifiziert hätte. Wir haben auch Äußerungen von ihm, die sich in anderer Richtung bewegen. So schrieb er im Mai 1849: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern. A la Gagner geht es nun einmal nicht“, aber wir hören doch zugleich auch, daß er mit seiner Gemahlin entschieden für Annahme der Kaiserkrone gewesen sei, und jedenfalls gegen eine Verständigung mit Oesterreich, wie sie dem König immer vorschwebte. Er war daher auch ein Anhänger der Unionspolitik, in der er eine Annäherung an die friderizianischen Bahnen begrüßte. Er beklagte es aufs tiefste, als es mit dieser Politik nicht vorwärts ging; im Mai 1850 setzte er seine Gedanken darüber mit überraschender Klarheit in einer Denkschrift auseinander, welche durchaus den Eindruck erweckt, daß hier ein Mann spricht, der zur Lösung der großen Zeitfragen berufen ist, und er mußte dann den unsäglichen Schmerz erleben, alle seine Hoffnungen scheitern zu sehen, ja mehr als das: er mußte sein Preußen das Klaudische Joch durchschreiten sehen, das ihm die Schwäche und Haltlosigkeit seines Königs, die reaktionäre Verbissenheit seiner Minister und das verwegene Drauflosgehen des österreichischen Staatlenkfers bereiteten. Zu dem Schmerz über den 18./19. März trat der ohnmächtige Grimm über die Novemberereignisse 1850: erst die verspätete und gar nicht mehr recht ernstgemeinte Mobilmachung und dann die Schmach von Olmütz. Niemand empfand diese Niederlage vielleicht tiefer als der Prinz Wilhelm, der so recht als die Verkörperung der preußischen Ehre gelten kann. Je größere Hoffnungen er gehegt hatte, um so schmerzlicher traf ihn jetzt die Enttäuschung. „Ja wohl“, schrieb er im April 1851 an Rakzer, „es war im November ein zweites 1813 und vielleicht noch erhebender, weil nicht ein siebenjähriger fremdherrschaftlicher Druck diese Erhebung hervorgerufen hatte, es war ein allgemeines Gefühl, daß der Moment gekommen sei, wo Preußen sich die ihm durch die Geschichte angewiesene Stellung erobern sollte! Es sollte noch nicht sein! Aber so bald sehe ich jetzt dazu keine Aussicht; es muß wohl noch verfrüht gewesen sein, und ich glaube, wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr.“

Stille Jahre. Das klang sehr resigniert, und Resignation und Verbitterung bilden denn auch bei ihm die Signatur der Jahre, die den großen Erschütterungen der Revolutionszeit zunächst folgten. Auch von seiner Bereitwilligkeit, die Zeitideen anzuerkennen, war er zurückgekommen: das autoritative System schien ihm jetzt wieder das allein gedeihliche. Allein das waren Anwandlungen, die vorübergingen. Auf die reine Negation konnte sich ein Mann wie der Prinz Wilhelm nicht zurückziehen. Gerade die rücksichtslose Reaktion, die jetzt in Berlin getrieben wurde, trug mit dazu bei, daß er sich in der Überzeugung von der Notwendigkeit verfassungsmäßiger Zustände in Preußen aufs neue befestigte, und auch der Gedanke blieb bei ihm jetzt — wohl hauptsächlich durch die Einwirkung seiner Gemahlin — der vorherrschende, daß Preußen zu der ihm in Deutschland gebührenden Stellung wohl am besten durch eine innere Politik komme, die ihm die Sympathien der gothaisch gesinnten Kreise erhalten könnte.

Im Vordergrund seines Interesses stand aber jetzt wieder ausschließlich das Heer. Daß die Militärmacht Preußens eigentlicher Lebensnerv sei und auch der wahre Hort Deutschlands, das kann man bei ihm als das schließliche Ergebnis der Revolutionsjahre bezeichnen. Gerade im Feldzuge in der Pfalz und Baden war ihm das als greifbare Tatsache erneut vor Augen getreten. Die Fürsorge für das Heer bildete daher von jetzt an noch mehr als bisher den eigentlichen Angelpunkt seines Denkens; es war ihm klar geworden, daß auf diesem Wege schließlich die Lösung aller anderen Aufgaben zu finden sei. Ganz positiv wurde in seinem Kreise der Plan verfolgt, durch Militärkonventionen den Anschluß der Kleinen an Preußen anzubahnen und auf diese Weise eine Hegemonie Preußens, wenigstens in einem Teile Deutschlands herbeizuführen, also ein Seitenstück etwa zum Zollvereine zu schaffen, auf diese Weise die deutsche Frage allmählich auf einem der wichtigsten Gebiete wenigstens praktisch zu lösen, ohne doch den legitimen Bestand zu zerstören und ohne auch zugleich die populäre Aktion wieder zu beleben, — und aufs engste hängen damit zusammen die Bestrebungen des Prinzen, dieses preußische Heer durch rastloses Weiterarbeiten immer mehr zu einem Zustande höchstmöglicher Vollendung zu führen. Daß es diesen Zustand noch nicht erlangt hatte, das hatte ihm die Mobilmachung aufs neue bewiesen: „Viele Mängel“, schrieb er in jenem Briefe an Rakmer, „sind durch

die Mobilmachung zur Sprache gekommen, die größtentheils von mir seit lange erkannt worden. Möge man jetzt die Augen öffnen und bessern.“ Daß in dieser Beziehung das Nötige geschah, dafür zu sorgen, war er durch die hohe militärische Stellung, die er einnahm — er wurde 1854 Generaloberst der gesamten Infanterie — in der Lage, und er benutzte diese Möglichkeit nach Kräften. In politischen Dingen stand er grollend, aber völlig unfähig die Dinge zu ändern — manchmal in offenem Bruche mit dem Berliner Hofe — zur Seite, in militärischen Dingen wußte er aber seiner Meinung Gewicht zu verschaffen: er ruhte nicht, bis seiner Forderung nach Einführung einer längeren Dienstzeit wenigstens insoweit Genüge geleistet war, daß die Dienstzeit auf zweiundeinhalb Jahre ausgedehnt wurde, er erwarb sich ferner ein wesentliches Verdienst um die weitere Einführung des Zündnadelgewehres, er studierte mit seinen vertrauten militärischen Freunden, unter denen damals schon Roon war, unermüdet die Möglichkeit einer gründlichen Reform der Armeeverfassung, kurz: das Heerwesen war dank seiner Fürsorge der einzige Teil des staatlichen Daseins, in dem in dieser trostlosen Zeit etwas Gedeihliches zuwege gebracht wurde.

Berufung zur Regierung. Da kam 1857 die Erkrankung des Königs und dann die langsame Auflösung, wodurch Prinz Wilhelm erst zur Stellvertretung, dann zur Regentschaft und damit zu verantwortlichem Handeln auf dem weiten Gebiete der Politik berufen wurde, von dem er sich in den letzten Jahren ganz zurückgezogen, das er nur von außen als unzufriedener Beobachter betrachtet hatte. Prinz Wilhelm befand sich an der Schwelle des Greisenalters, als diese neue gewaltige Aufgabe an ihn herantrat. Er hatte sich an den Gedanken gewöhnt, daß das große Vermächtnis der Zeit unmittelbar seinem Sohne zufallen werde, und er erbte in den Grundfesten seines Wesens angesichts der Aufgaben, die ihm jetzt plötzlich zugewachsen waren.

So vieles, ja alles war dem Bruder mißlungen, dem glänzenden, so vielseitig begabten, geistreichen Manne, der den einfachen, schlichten Prinzen Wilhelm so unendlich zu überragen schien, — und das, was dem von der Natur so verschwenderisch begabten Manne versagt geblieben war, der Erfolg, sollte dieser nun ihm zufallen? Der Prinzregent war sich in seiner Bescheidenheit wohl selber kaum dessen ganz bewußt, was ihm für seinen großen Beruf in seinem Wesen zu-

statten kam. Gewiß, er hatte gar nichts Geniales an sich, er war vielleicht eher das Gegenteil. Ein sehr feiner Menschenbeobachter sagte von ihm damals: „Der Prinz hat viel von seinem Vater: Vorliebe für das Soldatenwesen und namentlich eine entschiedene Abneigung gegen geniale Leute; er liebt die schlichten, hausbackenen Naturen.“ Er war aber dafür auch fern von dem Wahne, alles zu können, alles besser zu wissen, in alles eingreifen zu dürfen, er war fest in seinen Überzeugungen, aber er trieb mit diesen Überzeugungen keinen Kult, und er hatte Respekt vor der Wirklichkeit und den Dingen, wie sie nun einmal waren; er war fromm, aber er war frei von jeglicher Bigotterie, er war Protestant durch und durch, d. h. er war tief durchdrungen von der Hoheit und Selbständigkeit des weltlichen Staates und völlig unzugänglich der Verführung, die die Weltkirche auf so künstlerisch und phantastisch angelegte Naturen, wie Friedrich Wilhelm gewesen war, ausübte; er erwies sich später bei der eigentlichen Thronbesteigung nicht frei von Königsromantik, aber er war für die verwirrenden Ideen der Mystik doch zu nüchtern, er war einseitig in seinen Interessen, aber insolgedessen auf dem einen Gebiet des Heerwesens wirklicher Sachmann und wußte daher Sachkenntnis auch bei anderen zu schätzen, er war stark abhängig von Traditionen, aber von denen, die zu hegen er in erster Linie berufen war, nämlich von den echten preussischen Traditionen, und ihre Größe berauschte ihn nicht, sondern war für ihn stets eine Mahnung zur Demut.

Durch diese Eigenschaften war der Prinzregent dazu befähigt, das eine zu vollbringen, was vor allem not tat, dafür nämlich zu sorgen, daß Preußen wieder es selber wurde, daß das, was diesen Staat groß gemacht, was ihm zu seiner Bedeutung für Deutschland verholfen hatte, wieder zur Geltung kam, daß die preussische Staatskraft von der Umwucherung mit allem möglichen ihr Fremden frei gemacht, daß sie wieder aktionsfähig gemacht wurde: was Preußen an sich und für Deutschland sein konnte, das stellte der Prinzregent wieder her, indem er mit dem System des Bruders entschieden brach, oder den Bruch wenigstens anbahnte. Darin liegt seine epochemachende Bedeutung. Hier aber, hier liegt auch ihre Grenze: er führte Preußen bis an die Schwelle der heroischen Entschliessungen; zu diesen Entschliessungen selber bedurfte es einer anderen Kraft.

2.

Wenn man von der Betrachtung der Natur und der Politik des Prinzregenten zu der Gestalt Otto von Bismarcks übergeht, so ist es, wie wenn man aus einem einfachen, aber wohlgepflegten Parke in einen frischen, großen, grünen Wald eintritt: wohliges Behagen und eine Art von ehrfürchtigem Schauer erfüllt uns, wenn wir uns in den Bann dieser großen Menschennatur begeben; auch hier ist unendliche Kraft und Fülle, durchaus eigenartiges Wollen und Weben, unermessliches Treiben und Sprießen — ein Rauschen ewigen Geistes.

Umwelt und Eigenwelt. Es ist viel gesucht und geforscht worden über die Jugend und Vorgeschichte, über Herkunft und Wachstum dieser wunderbaren Persönlichkeit, aber viel Förderung des Verständnisses ist dadurch nicht geboten worden: das Haus und die Eltern, die Schule, die Universität, Staats- und Heeresdienst, Gutsverwaltung, Deichhauptmannschaft, — das alles hat wohl Anteil gehabt an der Bildung Otto von Bismarcks, aber bestimmend wurden diese Einwirkungen doch nicht. Am meisten hat vielleicht Bedeutung für die innere Entwicklung die stille Zeit, die zwischen dem Austritt aus dem Staatsdienste und dem Jahre 1848 liegt. In dieser Zeit scheint sich sein Wesen geklärt zu haben, scheint er durch umfassende Lektüre seinen Gesichtskreis mächtig erweitert zu haben. Das Entscheidende bleibt doch aber: in allem Wesentlichen brauchte er nicht erst zu werden, da war er, d. h. die Natur hatte ihn geschaffen zu einem Manne von phänomenalem Tatsachensinn, von durchdringendem Scharfblick, von dämonischer Willensstärke, von unverwüthlicher Lebens- und Arbeitskraft und von unerschütterlichem Mute. Das alles besaß er, und eben weil er eine so ganz eigenartige, in sich geschlossene Persönlichkeit war, so widerstrebte er jeder Schulung, paßte für ihn keine Schablone der Meinung und des Lebensganges, konnte und mußte er sich dann, als er durch die Stürme der Zeit herausgetrieben wurde zum Schutze der Ordnung, selber den Weg bahnen, der allein zum Ziele führen konnte.

Als er zuerst wieder nach langen Jahren der Zurückgezogenheit ins öffentliche Leben eingreift, oder besser: als er zuerst beginnt, sich dem Eingriff der Zeitideen in die bestehenden Verhältnisse zu widersetzen, tritt er sofort als ein fertiger und ganzer Mann hervor, von einer Sicherheit des Urteils, Klarheit der Überzeugung, von einer Befestigung

freudigkeit und einer ehernen Unererschrockenheit, die ihn sofort dem besondern Hasse der Gegner bezeichnen. Als Sproß eines alten märkischen Adelsgeschlechtes, das von jeher neben Bewirtschaftung der heimischen Scholle nur Kriegsdienst und Herrendienst gekannt, als Ur-entel und Enkel von Männern, die dem großen Friedrich geholfen hatten, seine Schlachten zu schlagen, die sich zu den verschiedenen Zeiten, zuletzt in den Freiheitskriegen, mit den Franzosen gemessen hatten, lebt und webt er in den großen Erinnerungen der preußischen Monarchie. Er ist preußischer Edelmann in des Wortes schönster Bedeutung: Stolz auf die Größe der preußischen Geschichte, auf die Macht der preußischen Krone, freudiger Stolz auf die traditionelle Bedeutung des preußischen Adels, der aber niemals zur Hoffärtigkeit ausartet, trogige Liebe zu allem echt Heimatlischen, das war es, was sein Wesen ausmachte, und das war es, was ihn in den Kampf hineinriß, als mehr und mehr durch die von Westen herübergekommene Strömung der Geister, durch die Emanzipationsbewegung des dritten Standes der ganze bestehende Zustand bedroht wurde, und als dann plötzlich der Hort dieses Zustandes, das preußische Königtum, kraftlos vor der Märzrevolution zusammensank. Die Not seines Königs, das war es, was ihn zunächst in die Schranken rief: er bestieg sein Streitroß, angetan mit dem glänzenden Panzer seiner Überzeugungstreue, er legte die Lanze ein seines Geistes und Wises, und er ritt an gegen die Feinde seines Herrn.

Im Jahre 1848. Nichts ist bezeichnender für ihn als die Geschichte, die er selber in seinen Gedanken und Erinnerungen erzählt: wie am 20. März 1848 die Bauern in Schönhausen ihm gemeldet hätten, Deputierte aus Tangermünde seien dagewesen und hätten die Forderung überbracht, es sollte auf dem Turme die schwarzrotgoldene Fahne aufgezogen werden, und wie er dann die Bauern gefragt habe, ob sie sich wehren wollten, was sie ihm mit einem freudigen Ja beantwortet hätten; wie dann die Bauern tatsächlich die Städte aus dem Dorfe gedrängt hätten, er selber aber eine schwarzweiße Fahne habe aufziehen und das Dorf unter Austeilung von Jagdgewehren in Verteidigungszustand habe setzen lassen — hier, in dieser rücksichtslosen Entschlossenheit, die geradeswegs auf ihr Ziel geht und den Gegner mit gleichen Waffen bekämpft, nichts zu dulden entschlossen ist, was gegen das eigene Gewissen geht, hier haben wir den ganzen Bismarck. Der Vorgang ist zugleich gewissermaßen typisch für sein ganzes

weiteres Handeln, denn das ist eben die Quintessenz davon: er zieht die schwarzweiße Fahne auf und bringt dem Königtum, das von den Städten verlassen oder bedroht ist, und das auch von der Beamten-schaft in diesen Tagen der Heimfuchung nur lau verteidigt wurde, den Zuzug der frischen und lebendigen Kräfte vom Lande her, auf denen die Macht des preußischen Königtums von jeher recht eigentlich beruhte und an denen dann auch die Revolution, soweit sie nur auf Zerstörung ausging, gescheitert ist.

Da er in jenen kritischen Märztagen dem König persönlich nicht nahekommen konnte, so schrieb er ihm einen Brief, um ihn daran zu erinnern, daß er noch Freunde habe, und dieser Brief übte als erster spontaner Beweis der alten Treue eine solche Wirkung auf den König aus, daß dieser ihn dauernd in dem Sturmjahre auf seinem Schreibtische liegen hatte, um sich an seinem Anblicke zu stärken. Bismarck konnte zunächst nichts weiter tun als Mut einsprechen und durch tapferes Bekennen bei anderen Gleichgesinnten Mut erzeugen, das tat er aber auch, wo sich Gelegenheit fand: er war unter den wenigen, die gegen die Adresse stimmten, mit der der Zweite Vereinigte Landtag am 2. April 1848 dem Könige für seine Zugeständnisse seinen Dank aussprach. „Die Vergangenheit“, sagte er in der Rede, in der er seine Abstimmung motivierte, „ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, akzeptiere, so will ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich dafür danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß.“ — Mit diesen Worten nahm er Abschied von dem alten Preußen, er nahm aber nicht Abschied, um sich nun grollend zurückzuziehen, sondern er tat es, um sich in den Kampf dafür zu werfen, daß wenigstens das neue Preußen nicht unwürdig des alten werde.

Bismarck, der „Junfer“. Er wird nun Parteihaupt und Parlamentarier. Er schafft recht eigentlich erst die Partei, an deren Spitze wir ihn jetzt sehen, die Partei der Agrar-Aristokratie, der „Junfer“. Viele von ihnen, wir wissen es, verteidigen nur ihr Standesinteresse, Bismarck hingegen faßt den Kampf auf als einen Kampf um die Grundlagen der preußischen Größe; er hat stets das Ganze im Auge und

vertritt seinen preußischen und monarchischen Standpunkt in unfehlbarer Sicherheit, völlig unbeirrt durch die konstitutionellen Theorien, wie auch durch die Mehrheitsbeschlüsse der Frankfurter Paulskirche und durch die Unionsbestrebungen der eigenen Regierung, deren Schwächen ihm von Anfang an offenbar sind. Als die Kommission des Preußischen Abgeordnetenhauses am 6. September 1849 der Kammer vorschlug, zu billigen, was die Regierung bisher zu dem Zwecke, einen Bund im Bunde herzustellen, getan hatte, da legt er seinen abweichenden Standpunkt in einer Rede dar, die man nicht wird lesen können, ohne von Bewunderung ergriffen zu werden für die adlerartige Schärfe, mit der das Auge Bismarcks Vergangenheit und Gegenwart Preußens erfaßte.

Er wies nach, daß die für den engeren Bund in Aussicht genommene Verfassung notwendig das spezifische Preußentum vernichten müsse, und daß es doch dieses spezifische Preußentum gerade gewesen sei, welches soeben als letzte Rettung habe angerufen werden müssen: „Es war der Rest des verkehrten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und der lebendigen Wechselwirkung, die zwischen König und Volk besteht; es war die Anhänglichkeit der preußischen Bevölkerung an die angestammte Dynastie, es waren die alten preußischen Tugenden von Ehre, Treue, Gehorsam und Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offizierkorps, ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen . . .“ Er sprach es ganz offen aus, daß diese Armee keine dreifarbigigen Begeisterungen hege, daß in ihr ebensowenig als in dem übrigen preußischen Volke das Bedürfnis nach einer nationalen Wiedergeburt zu finden sein werde, daß sie zufrieden sei mit dem Namen Preußen und daß sie stolz sei auf diesen Namen. Er verkündigte mit diesen Worten jenen massiven preußischen Partikularismus, der ihm den Namen eines verlorenen Sohnes Deutschlands einbrachte, der aber doch gerade für Deutschland die Erlösung gebracht hat. Denn Bismarck ist durchaus nicht etwa deutscher Staatsmann gewesen, schon ehe er den deutschen Staat gegründet hatte: vorher war er preußischer Staatsmann, nur preußischer Staatsmann, aber eben auch ganz preußisch, ganz erfüllt von dem Bewußtsein, daß der Staat Friedrichs des Großen dazu berechtigt und berufen sei, in Deutschland die entscheidende Rolle zu spielen. Es war damals gerade viel von Friedrich

dem Großen die Rede. Die Unionépolitik erinnerte an den Fürsténbund, und es war in jener Kammer Sitzung gesagt worden, in dem Antrage der Kommission liege eigentlich eine Rückkehr zur Politik Friedrichs II. Da sagte Bismarck: „Dies ist eine Gleichstellung, an die ich nicht glaube; Friedrich II. hätte das Gutachten nicht gemacht; ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Rationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt hätte, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute wie zu den Zeiten unserer Väter der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um eine Verteidigung unserer Grenze, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruche mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein sollte, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen.“

In diesen Worten zeigt bereits der Löwe seine Tage; hier verkündete er, wie er deutsche Politik verstand: lediglich als eine Manifestation preußischer Macht, als eine Vergrößerung preußischer Ehre.

Bismarck am Bundestage. Dieser brennende preußische Ehrgeiz brachte vollends den Staatsmann in ihm zur Entwicklung, als er im Jahre 1851 als Bundestagsgesandter nach Frankfurt geschickt worden war: die Ehre Preußens, sie war sein Leitstern bisher gewesen, und, wir wissen es, zur Unehre Preußens, ihm zum Trost, ihm zur Zügelung war der Bundestag von Österreich und den Königreichen wieder ins Leben gerufen worden —, mit diesem einen Worte ist deshalb schon gesagt, wie sich die Stellung Otto von Bismarcks am Bundestage gestalten mußte.

Es gab in der That keinen Ort in der Welt, an dem sich das Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Macht Preußens und seiner Geltung so fühlbar machte als in Frankfurt, am Bundestage.

Wir wissen, daß der Bundestag von 1851 nur dem äußeren Anscheine nach die Wiederherstellung der alten Ordnung bedeutete, daß er in Wahrheit vielmehr etwas anderes war, nämlich ein mächtiges

Werkzeug einer bewußt vorwärtsdrängenden österreichischen Aktionspolitik. In der That, die Bekämpfung des preußischen Unionsplanes, der zunächst die Wiederherstellung des Bundestages gegolten hatte, genügte durchaus nicht. Oesterreich wollte auch für die weitere Zukunft und für seine dauernde Sicherung gesorgt wissen, und dazu bedurfte es nicht nur einer beständigen Abwehrbereitschaft, sondern auch eines ganz positiven Vorgehens, der rücksichtslosen Bekämpfung der Träger des deutschen Staatsgedankens, der systematischen Zurückdrängung Preußens, das durch das Schwergewicht seiner Macht von selber immer dann hervortrat, wenn es sich um die Vertretung und Sicherung der deutschen Interessen handelte. Die österreichische Politik mußte also eine Verbindung der Metternichschen und der Rannichschen Politik darstellen, sie mußte sich zum Ziel setzen, die preußische Rivalität zu beseitigen, sie mußte versuchen, die alleinige Führung im Deutschen Bunde zu gewinnen als wirklich entscheidendes Mittel, um die Krise, die das Revolutionsjahr über Oesterreich gebracht hatte, endgültig zu überwinden, sie mußte den deutschen Dualismus rückgängig machen, sie mußte versuchen, Preußen nicht nur nicht mehr als Großmacht erscheinen zu lassen, sondern es tatsächlich auch von seiner Großmachtstellung herunterzubringen, um für jetzt und alle Zeiten vor einer Wiederkehr des preußischen Ehrgeizes bewahrt zu sein.

Es war diese Politik Oesterreichs, wie wir uns erinnern, eine notwendige Folge der eigentümlichen Schwierigkeiten, die sich aus der inneren Lage Oesterreichs ergaben.

Die Politik Neu-Oesterreichs. Während das Oesterreich von 1815 sich von dem übrigen Deutschland abgeschlossen, die nationale Idee geächtet hatte, hatte das Oesterreich von 1851, das durch die Revolution hindurchgegangen war, und das nur mit Not der Gefahr der Zertrümmerung entgangen war, als besseres Mittel gefunden, die eigene deutsche Bevölkerung zu versöhnen, indem sie ihr die Genugthuung der deutschen Hegemonie verschaffte und durch die Deutschen die anderen Völkerschaften niederhielt. Es war dieses System in der That das einzige System, das wenigstens die Möglichkeit des Gelingens bot. Die Völkerschaften als solche durften, wenn die Einigkeit bestehen bleiben sollte, nicht wieder zu Worte kommen; der Konstitutionalismus war unter den besonderen Verhältnissen Oesterreichs eine Unmöglichkeit, mußte notwendig zur inneren Lähmung führen: nur der Cäsarismus konnte retten.

Fürst Felix Schwarzenberg hat zuerst dieses System erfunden und in seiner Art glücklich und glänzend vertreten —, in seiner Art, denn an sich konnte ein System nicht wirklich glänzen, das so viel Brutalisierung guten Rechtes in sich schloß, daß nur möglich war bei einer steten Übersteigerung der eigenen Macht, bei reklamehafter Übertreibung des eigenen Wertes. Schwarzenberg drückte aber nur am schneidigsten aus, was die Stimmung aller leitenden Kreise in Österreich war. Wir finden sie alle erfüllt von dem Gefühl, daß Österreich ein hohes Spiel machen müsse, daß es sich rühren müsse, daß alle Mittel gelten müßten, wir finden sie aber auch erfüllt von der Zuversicht, daß es Österreich nicht fehlen könne, erfüllt von jener naiven Selbstgewißheit, die schon Kaiser Friedrich III. mit seinem A & S O U¹⁾ auszudrücken liebte.

Der Umstand, daß Preußen so rasch bereit gewesen war, die Unionsgedanken aufzugeben, und sich sogar schließlich so rasch mit der Wiederberufung des Bundestages einverstanden erklärt hatte, hatte nicht etwa zur Folge gehabt, daß Österreich nunmehr mit dem wiedergewonnenen Preußen eine Politik des herzlichen Einvernehmens führte, sondern im Gegenteil: die Nachgiebigkeit Preußens hatte die Tatenlust der Männer Neu-Österreichs nur gesteigert. Sie hielten den Zeitpunkt, das letzte Ziel zu erreichen, für besonders geeignet. Schwarzenberg hatte die Parole ausgegeben: „Man muß Preußen erst erniedrigen und dann vernichten.“ Der erste Teil des Programms war schon halb und halb erreicht, man entnahm daraus die Zuversicht für die Ausführung auch des zweiten Teiles. Preußen war für das damalige Österreich der Feind schlechweg. Daß es sich seines Wesens freiwillig ganz und gar entäußert hatte, daß es allem Ehrgeiz entsagt hatte, daß es wie ein reuiger Liebhaber zurückgekehrt war, das half alles nicht: man glaubte ihm nicht mehr; es war durch die Ereignisse selber zu sehr als der Rivale Österreichs gekennzeichnet worden, und man sah mit dem Instinkte des Hasses voraus, daß es durch die Ereignisse wieder in die Richtung der Unionspolitik getrieben werden würde, es mochte wollen oder nicht. Österreich und die Seinen behandelten Preußen also stets, als ob es ehrgeizige Bestrebungen verfolgte, und richteten danach ihr Benehmen ein; sie suchten es beständig in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen, waren auch in

1) Alles Erdreich Ist Österreich Untertan.

untergeordneten Fragen bereit, sich gegen Preußen zusammenzuschließen, suchten es in der Politik durch die Paragraphen des Bundesrechtes und die Fußangeln der Geschäftsordnung auf Schritt und Tritt zu hemmen. Die Bundesverfassung, die Oesterreich Preußen wieder aufgenötigt hatte, war also in Wahrheit für Preußen das Netz, das Nyctämeestra Agamemnon überwarf, ehe sie ihn erschlug, und das Ergebnis aller Selbstbemühungen Preußens war demnach nicht ein scheidlich-friedliches Nebeneinandergehen Preußens mit Oesterreich und den anderen Bundesregierungen, sondern in Wirklichkeit ein beständiger kleiner Krieg, Frankfurt und der Bundestag waren der Schauplatz dieses Krieges, und Bismarck, von Freunden, wie er glaubte, zu Freunden geschickt, sah sich zu seiner Überraschung von Kugeln empfangen.

Er fand sich mit wunderbarer Schnelligkeit in die neue Lage.¹⁾ Schon in den ersten Berichten, die er von Frankfurt nach Berlin schickte, erkennen wir den Meister, der die Situation mit einem Blicke durchschaut hat, und der sich in seiner Beurteilung der Tatsächlichkeiten ebenso unzugänglich für die legitimistische Doktrin erweist, wie er es für die demokratische gewesen war. Er verstand es, durch den „Nebel der Phraseologie“ hindurch den Dingen ins Herz zu sehen. Er stand den historischen und politischen Dingen mit dem Gleichmut des beobachtenden Naturforschers gegenüber, betrachtete das Verhältnis zu den anderen Staaten von vornherein nicht anders als vom Standpunkte des gesunden staatlichen Egoismus. Frei von jeder Voreingenommenheit bestimmte er die Größen- und Gewichtverhältnisse der Mächte, die für Preußen in Betracht kommen konnten, und stellte danach seine Politik oder vielmehr besser seine politischen Ratschläge ein. Er erfaßte mit verblüffender Sicherheit, was das Oesterreich, wie es damals war, für eine Politik treiben müsse, er bestimmte aus seinen natürlichen Lebensbedingungen die notwendigen Bedürfnisse der verschiedenen Staaten, ließ dem Gegner den eigenen Scharfsinn, die eigene Umsicht, die eigene Kälte und richtete danach seine Partie ein. Auf diese Weise entrückte Bismarck die Politik völlig allem Gefühlsmäßigen, insbesondere allem Persönlichen und machte sie annähernd zu einer exakten Disziplin. Und das alles handhabte er schon gleich von An-

1) Ausführlicheres über Bismarcks Frankfurter Aufenthalt in meinem Buche: Geschichte der Freien Stadt Frankfurt a. M. III, 2, 46 ff.

fang an mit souveräner Sicherheit. Nichts ist belehrender, nichts für die Erkenntnis dieses Geistes fruchtbarer als die Lektüre der Berichte und Briefe aus jener Frankfurter Zeit. Man wird kaum zu viel sagen, wenn man behauptet, daß er in allen Fragen, in denen das preußische Interesse in Betracht kam, von vornherein das Richtige sah und riet, und zwar vertrat er seinen Standpunkt stets mit einem Geist, einer Sachkenntnis, einer Beredsamkeit, die es fast unbegreiflich erscheinen lassen, daß sein Rat nicht immer den Ausschlag gab.

Bismarcks Stellung zur orientalischen Frage. Öfters war es allerdings tatsächlich der Fall, kamen die für die auswärtige Politik entscheidenden Direktiven von ihm, insbesondere während des Krimkrieges. Welch ein Gestrüpp von Unklarheiten, von Gefühlsduselei tritt uns da in Berlin entgegen! Haltlos schwankte man hier zwischen allen möglichen Sympathien und Antipathien hin und her. Der König fand ja allerdings, daß Rußland im Unrecht sei, weil es den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, aber er wollte ihm doch deshalb nicht wehe thun, da Rußland das Christentum gegenüber dem Halbmond vertrat. „Gräßlich“ war es deshalb für den König, zu sehen, daß die Westmächte die Türkei unterstützten. Die tiefe Abneigung, die er an sich gegen Napoleon als „die Inkarnation der Revolution“ hegte, fand dadurch besondere Nahrung. Für England wieder empfand der König an sich lebhafteste Sympathien, allein dieses England hatte so oft die Revolution unter seinen Schutz genommen, daß ihm auch von dieser Seite her ein Grauen ankam. Für Oesterreich hatte der König eine unbegrenzte Hinneigung, aber das Herausfordernde des österreichischen Tones verletzte doch auch ihn gelegentlich, so daß er eine Weile schmolte, dann aber gleich für neue Gefälligkeiten zu haben war, wenn Oesterreich wieder ein wenig schmeichelte, — allen diesen Gefühlswallungen nun gegenüber vertrat Bismarck von Anfang an den realpolitischen Standpunkt, daß die orientalischen Wirren Preußens Interessen nicht berührten, und daß daher eine kühle neutrale Haltung die einzig mögliche Politik sei. Dieser Standpunkt erscheint uns heute als ein selbstverständlicher — Welch ein Aufwand von Geist und Geduld aber war dazu nötig, um bei den ewigen Schwankungen in Berlin die richtige Mittellinie aufrechtzuerhalten! Er verrichtet manchmal eine wahre Sisyphusarbeit, und das Unbehagen über diesen Zustand entreizt ihm den ehrgeizigen Wunsch, nur einmal sechs Monate das Ruder in die Hand nehmen zu können, um

dem Gangen und Bangen schwebender Pein ein Ende machen zu können, allein er harrt doch aus, sein göttlicher Humor gibt ihm nicht zum wenigsten die Kraft dazu, und er hat schließlich die Genugtuung, daß es doch bei dem bleibt, was er von Anfang an geraten hatte, wobei freilich die Latenschen Friedrich Wilhelms vielleicht den eigentlichen Ausschlag gab, denn eine völlige Anerkennung der Richtigkeit seiner politischen Gedanken konnte Bismarck bei diesem Könige nicht erlangen, und zwar um so weniger, je klarer sie ihm selber geworden waren.

Preußen, Österreich und der Bund. Die Orientkrise hatte seine Studien über die österreichische Politik und über den Bund zum Abschluß gebracht. Er hatte erkannt, daß Preußen einer Wiederbelebung jener Politik gegenüberstand, aus der für Friedrich II. die Notwendigkeit des Siebenjährigen Krieges erwachsen war, und er zog in unfehlbarer Konsequenz die Folgerung, daß die gleichen Ursachen auch die gleichen Folgen haben müßten. „Ich will“, so lauten die lapidaren Worte seines berühmten Schreibens an Manteuffel vom 26. April 1856, „nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen.“ „Der deutsche Dualismus hat seit tausend Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen reguliert, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können.“¹⁾ Die Notwendigkeit eines solchen Krieges ergab sich für Bismarck aus dem Verhältnis der beiden Staaten in diesem Deutschen Bunde, der in seiner damaligen Verfassung eine der wesentlichsten Grundlagen der österreichischen Machtstellung war, auf die Österreich niemals gutwillig verzichten konnte, der aber für Preußen tatsächlich nur eine Fesselung, eine Bindung bedeutete. Wirkliche Bundeshilfe konnte Preußen von keinem seiner angeblichen „Verbündeten“ erwarten. „Ihre Regierungen“, so schrieb er in bitterer Ironie, „werden in landesväterlicher Weisheit den richtigen Moment ermessen, wo die Sorge für das Wohl ihrer Untertanen ihnen den Übergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweisbaren Pflicht macht.“ — Fühlten sich diese Bundesregierungen aber innerlich Preußen gegenüber von

1) Poschinger, Preußen am Bundestag II, 359.

jeder Verpflichtung frei, so waren sie umgekehrt in ihrer Mehrheit stets geneigt, die österreichischen Mächtschaften am Bunde zu unterstützen und Preußens Macht zur höheren Ehre Deutschlands knebeln zu helfen. Diese Praktiken waren für Preußens Geltung in Deutschland sehr peinlich, indem es mit scheinbarem Rechte als Störenfried hingestellt werden konnte. Die österreichische Politik hatte sich geschickt ein populäres Mäntelchen umzuhängen verstanden, indem sie alle wichtigen Entscheidungen in den engeren Rat verwies, wo Preußen nur mit einer Stimme vertreten war, und wo nicht nach Stimmeneinheit, wie im großen Räte, sondern nach Stimmenmehrheit entschieden wurde. Nun war ja allerdings die Forderung der Stimmeneinheit gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jede Entscheidung — denn wann wäre je in einer wichtigen Frage Stimmeneinheit möglich gewesen? — die Entscheidung nach Stimmenmehrheit gab der Bundesinstitution also tatsächlich mehr Beweglichkeit, aber bei der Stimmenverteilung, welche einem Bundesstaate, der noch nicht die Größe eines preußischen Regierungsbezirkes hatte, gerade so viel Einfluß gab als dem ganzen preußischen Staate, bedeutete diese neue Praxis die fortwährende Gefahr einer Majorisierung Preußens, diese Praxis zwang also natürlich Preußen zu beständigem Protestieren, und dies gab wiederum den Gegnern Stoff zu heuchlerischen Klagen über Preußens angebliche Unverträglichkeit. Es ergab sich daraus die Notwendigkeit entweder einer Änderung dieses Bundesverhältnisses, das seinem ursprünglichen Sinne völlig entfremdet war, oder schließlich einer Sprengung desselben, denn Preußen war ohne den Bund mächtiger als in ihm und mit ihm. Keines von beiden war zu erreichen ohne eine Auseinandersetzung mit Österreich, und diese Aussicht zwang dazu, rechtzeitig sich um andere und verlässlichere Freunde umzutun. Bei einer Umschau ergab sich für Bismarck als die für eine Besserung der deutschen Verhältnisse wirksamste politische Freundschaft die französische; er stand nicht an, diese Folgerung wirklich zu ziehen und in seinen Berichten zu empfehlen; er wies darauf hin, daß es schon genüge, nur die Möglichkeit einer solchen Allianz zu zeigen, um Preußens Stellung in Deutschland zu verbessern — wenn aber schon die übrigen Ratsschläge Bismarcks bei Friedrich Wilhelm und seinen durchaus in den Anschauungen der Heiligen Allianz fortlebenden Räten nur bedingte Anerkennung fanden, so erschien das Anraten eines engeren Verhältnisses mit Napoleon III. denn doch geradezu als machia-

vellistisch: ein solches Bündnis erschien wie ein Inzest, erschien als ein Paktieren mit der Revolution, mit dem Prinzip des Bösen selber. Vergebens wandte Bismarck alle seine Beredsamkeit, die Fülle seines historischen und politischen Wissens auf, um diesen Einwurf zu entkräften, der Gedanke blieb in Berlin unfaßbar, und auch in der Politik am Bunde fand keine grundsätzliche Änderung statt. Bismarck ließ trotzdem nicht ab zu warnen und zu mahnen; er formulierte seine Sätze immer schärfer: „Oesterreich“, schrieb er am 3. Juli 1857, „tritt erobernd auf gegen unsere Position in Deutschland, und man will uns vorwerfen und übelnehmen, daß wir uns verteidigen, statt daß man uns beistehen und Oesterreich vorhalten sollte, daß es den Deutschen Bund mutwillig sprengt, wenn es fortfährt, Preußen mit Bundesmajoritäten unterdrücken zu wollen . . .“ „Nicht durch das Rücken vor österreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die notwendigen Konsequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu besseren Verhältnissen in Deutschland kommen können.“¹⁾ —

Also: eine entschlossene, auch vor Krisen nicht zurückschreckende Politik war es, die Bismarck Oesterreich gegenüber anriet, allein eine solche Politik war unter Friedrich Wilhelm IV. ausgeschlossen. Dieser König war von seinen romantischen Phantastereien zu sehr umnebelt, um sich zu einem energischen Schritt in die Wirklichkeit hinein aufzuraufen zu können, und die Ratgeber, die ihn umgaben, änderten daran auch nichts, weil sie desselben Sinnes mit ihm entweder wirklich waren oder wenigstens zu sein vorgaben.

Wurde das nun anders, als nach der Erkrankung des Königs Prinz Wilhelm erst als Stellvertreter, dann als Regent die Leitung der preussischen Geschicke übernahm? War Prinz Wilhelm geneigt, die kühnen Gedankengänge des Frankfurter Bundestagsgesandten gutzuheißen, die Preußen auf den steilen Weg der Tat hinwiesen?

Daß es anders unter ihm werden müsse, das verstand sich für ihn und für jeden Kundigen von selbst. allein die Richtung, in der er sich zunächst entwickelte, lag doch sehr weit von dem ab, was Bismarck als notwendig erkannt hatte. In der Gestaltung der politischen Haltung des Prinzregenten war, wie wir wissen, in den letzten Jahren der Einfluß seiner Gemahlin Augusta stark hervorgetreten. Im Gegen-

1) Poschinger a. a. O. IV, 283.

Ja zu der übertriebenen Russenfreundschaft des Berliner Hofes war am Koblenzer Hofe eine stärkere Hinneigung zu den Westmächten, insbesondere zu England, kultiviert worden, die ja dann auch in der Vermählung des Sohnes des Prinzen mit einer englischen Prinzessin einen deutlichen Ausdruck fand. Die Prinzessin Augusta glaubte, daß gegen die Gefahren der Zeit nur in einem entschiedenen Anschluß an die liberalen Gedanken Rettung zu finden sei, sie glaubte aber auch, daß darin das sichere Mittel zu großen politischen Erfolgen liege. Sie vertrat die Ansicht, daß die deutsche Frage am besten dadurch zu lösen sei, daß Preußen sich beim deutschen Volke durch volkstümliche Einrichtungen und Regierungsweise beliebt mache. Sie meinte, Preußen werde auf diese Weise von selber an die Spitze Deutschlands gelangen, und sie hatte ihren Gemahl ganz für diese Meinung zu gewinnen gewußt. Das neue Ministerium, das nach der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen gebildet wurde, war denn auch entschieden liberaler Färbung und enthielt in Herrn von Schleiß, der das Auswärtige übernahm, einen Mann ihres besonderen Vertrauens. In der Ansprache, die der Prinzregent an das neue Ministerium richtete, wurde dementsprechend das Programm der auswärtigen Politik mit den Worten formuliert: Preußen müsse mit allen Großmächten in freundschaftlichem Vernehmen stehen, aber ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. In Deutschland müsse Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Momente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverein es sei, der jedoch einer Reform bedürfe. . . Die Welt müsse wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit sei."

Diese Worte kündigten gewiß alles andere eher als eine kühne Initiative an und mußten dem Vertreter einer solchen Initiativpolitik in Frankfurt sagen, daß seine Zeit jedenfalls noch nicht gekommen sei. Er hatte einen Augenblick den Eindruck, daß seine Laufbahn überhaupt zu Ende sei, und erwog in einem Briefe halb scherzend, halb ärgerlich den Gedanken, sich unter die Kanonen von Schönhausen zurückzuziehen. Der Gedanke, von Frankfurt fort zu müssen, war ihm wirklich schmerzlich, denn er war gern in Frankfurt und glaubte, hier am Bundestage, diesem „Fuchsbau, den er bis auf die letzten Notlöcher kenne“, auch an seinem richtigen Platze zu sein. Er hatte soeben noch

IV. Die neue Ära und ihr Scheitern. Die Weltlage im Jahre 1859 65

eine große Genugtuung gehabt: er hatte bei dem erneuten Ausbruch des Konfliktes zwischen den holsteinischen Ständen und Dänemark zu einem festen Auftreten des Bundes gegen Dänemark geraten, der Prinzregent hatte sich Bismarcks Ratschlägen gefügt, er hatte sich um Österreichs Widerspruch nicht gekümmert, der Bund hatte eine Exekutionsdrohung gegen Dänemark erlassen, und Dänemark hatte daraufhin nachgegeben. Es war damit der Beweis erbracht worden, daß Preußen allein eigentlich mächtiger sei als zusammen mit Österreich, aber trotz dieses entschiedenen Erfolges seiner Diplomatie mußte er doch den Frankfurter Posten aufgeben, weil diesen die siegreiche Partei für einen der Ihrigen erkoren hatte. Bismarck wurde allerdings nicht genötigt, den Dienst zu verlassen, denn die Versetzung nach Petersburg war an sich eine Anerkennung und bewies, wie hoch der Prinzregent die diplomatischen Talente Bismarcks einschätzte, allein den eigentlichen politischen Entwürfen Bismarcks bereitete die „neue Ära“ ein vorläufiges Ende.

Der Prinzregent und Otto von Bismarck gingen zunächst auseinander, nicht als Gegner, durchaus nicht, nicht einmal in Verstimmung; nur in der praktischen Politik waren sie nicht eines Sinnes. Der Prinzregent glaubte hier den rechten Weg erkannt zu haben und war entschlossen, ihn zu verfolgen. Und wohin führte dieser Weg?

Nach Olmütz führte er sicherlich nicht, dafür bürgte der Preußenstolz und der Fürstenstolz des Prinzregenten, aber ganz gewiß, — er führte auch nicht nach Königgrätz.

IV. Die neue Ära und ihr Scheitern.

O! Nur ein kräftiges Wort, ein Mann, eine Tat, damit die Deutschen sich nicht vor der Welt und vor sich selbst schämen müssen, Deutsche zu sein!

Deutsche Vierteljahrsschrift 1859.
(3. Heft, S. 243.)

Die Weltlage im Jahre 1859. Kurz nach der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen geriet der Stein ins Rollen, der schließlich die Zerstörung der Verträge von 1815 in Italien und in Deutschland und die Lösung der italienischen und deutschen Frage herbeiführen sollte.

Der Zerfall der Allianz der drei Mächte, welche sich durch diese Verträge, durch den darin zum Ausdruck kommenden Gedanken der

Legitimität und durch den gemeinsamen Gegensatz gegen alles, was von diesem Standpunkte aus als Revolution galt, zusammengehalten fühlten, — der Zerfall dieses Bundes, der durch den Übermut Rußlands herbeigeführt war, bahnte dem Ehrgeiz der Westmächte, vor allem Frankreichs, die Wege. Mit der Niederlage Rußlands im Krimkriege war mit einem Male das gewaltige Gewicht der Macht und des Machtzaubers verschwunden, das bis dahin den Schwerpunkt Europas nach dem Osten verlegt hatte, und die Wage zeigte Neigung, nach der entgegengesetzten Richtung auszuslagen. Die Machteinbuße, die der Imperialismus des Ostens erlitten hatte, kam dem Imperialismus des Westens zugute, der Bann, der seit dem Einzuge Kaiser Alexanders I. in Paris über Europa gelegen hatte, war nun endlich gebrochen, und alle die Kräfte, die durch das Übergewicht Rußlands niedergehalten waren, erhoben sich erleichtert, um sich nun endlich zur Geltung zu bringen. Das Scheitern der Bewegung von 1848, mochte man dabei an die nationalen oder an die politischen Ziele denken, konnte am letzten Ende als ein Sieg Rußlands dargestellt werden — war doch ein russisches Heer Österreich behilflich gewesen, die ungarische Rebellion niederzuschlagen, war es doch ein russisches Machtgebot gewesen, das bei Preußens Rückzug in der Unionsfrage entscheidend gewesen war —, es war daher begreiflich, daß man überall da, wo man an diesen nationalen und politischen Zielen festhielt, die Niederlage und Demütigung Rußlands jubelnd begrüßte, und daß man die Zeit für gekommen erachtete, die versteckte Fahne der Freiheit und der Einheit wieder hervorzuholen. So haben wir es also seit dem Pariser Frieden von 1856 mit zwei neuen Bewegungen in der europäischen Welt zu tun: erstens mit dem neu erwachenden Ehrgeiz Frankreichs, die seit dem Sturze Napoleons I. verlorene Vormachtstellung in Mitteleuropa wiederzugewinnen — wozu die Schwächung Rußlands und die Verfeindung Rußlands und Österreichs die Möglichkeit bot —, und zweitens mit den sich neu wieder belebenden nationalistischen Bestrebungen in Italien und Deutschland, mit erneuten Angriffen auf die bestehenden, aus den Zeiten der heiligen Allianz herrührenden Zustände, mit immer heftiger werdendem Mitteln der populären Elemente an dem Fürstenrechte, das sich immer noch als eine bisher unübersteigliche Barre den Volkswünschen entgegensetzte.

Es wurde nun entscheidend für den weiteren Verlauf der Dinge, daß zwischen diesen beiden Bestrebungen eine Annäherung stattfand

daß Napoleon III. in den nationalen Wünschen des italienischen und deutschen Volkes die Kräfte zu erkennen glaubte, mit deren Hilfe er an sein Ziel gelangen konnte: mit Hilfe der populären Elemente hatten die Fürsten einstens den französischen Imperialismus umgestürzt, mit Hilfe derselben Elemente plante der Neffe des großen Napoleon seine Wiederaufrichtung, und in der That, der Plan war vorzüglich ausgedacht, denn die Zustände in Italien und Deutschland waren so heillos verfahren, der Entschluß Oesterreichs, diese Zustände aufrechtzuerhalten, war so fest, die Fürsten hingen mit einer solchen Zähigkeit an ihrer souveränen Vollgewalt, die Völker kehrten aber gerade jetzt mit einer solchen Hefigkeit zu ihren Zukunftshoffnungen zurück, daß die Gelegenheit zur Einmischung, die Gelegenheit, die verschiedenen rivalisierenden Kräfte gegeneinander auszuspielen, nicht fehlen konnte. Die Zeit barg also die größten Gefahren. In der ungestillten, jetzt mächtig wieder angeregten Sehnsucht der Völker nach nationalen Staatsgebilden lagen die Keime zu den schwersten inneren und äußeren Verwickelungen, in dem französischen Imperialismus lag für Deutschland und Italien die Möglichkeit einer Wiederkehr der Fremdherrschaft oder wenigstens empfindlicher nationaler Verluste; wer jener Sehnsucht Genüge schuf und dabei diese Gefahren vermied, der Ödipus, der das Rätsel der Sphinx löste, der war zur Herrschaft berufen!

Die italienische Krise und die preussische Politik. In Italien kam die Gärung am frühesten und am heftigsten zum Ausbruch. Schon lange galten die Fürsten von Piemont als diejenigen, die dazu ausersehen waren, Italien zu einen. Aber sie waren allein Oesterreich nicht gewachsen. Der Versuch von 1849 war völlig gescheitert. Der Versuch wurde jetzt erneuert, nachdem Graf Cavour mit Napoleon ein Bündnis abgeschlossen hatte. Freilich war der Preis, den Napoleon für seine Hilfe forderte — das 1815 im zweiten Pariser Frieden von Frankreich wieder abgerissene Savoyen und Nizza — sehr hoch, und der Verlust dieser Länder für Piemont sehr schmerzlich, doch die französische Hilfe bot die einzige Möglichkeit, das österreichische Übergewicht zu brechen und die italienische Frage in monarchischem Sinne zu lösen, und so ging denn Viktor Emanuel voran.

Die Lage, die so für Oesterreich geschaffen war, war objektiv nicht unbedenklich. Wenn es auch 1849 glänzend gesiegt hatte und seine Heere von Siegeszuversicht erfüllt waren, so war die französisch-sardinische Waffengemeinschaft doch sehr ernst zu nehmen, und Oesterreich

mußte jedenfalls in Italien seine ganze Macht aufbieten, wenn es das Feld behaupten wollte.

Wenn wir nun diese Situation vom Standpunkte der späteren Ereignisse aus betrachten, so drängt sich uns der Gedanke auf, daß doch durch diese italienischen Dinge für Preußen eine unvergleichliche Gelegenheit gegeben war, endlich seine Stellung zu Österreich im Bunde zu verbessern und die 1850 gescheiterte Unionspolitik zu erneuern. Friedrich Wilhelm IV. wäre ja natürlich zu einer solchen Politik nicht fähig gewesen, er hätte den bloßen Gedanken als eine Versündigung betrachtet, war aber vielleicht der Prinzregent, der an seiner Stelle regierte, für eine derartig kühn ausgreifende Politik zu haben? Es zeigte sich sehr bald, daß das nicht der Fall war. In dem Ausdruck „moralische Eroberungen“ lag für ihn der Verzicht auf jede andere Art, den preußischen Einfluß in Deutschland zu dem herrschenden zu machen. So sehr er auch an den Beruf Preußens glaubte, in Deutschland schließlich eine führende Stellung einzunehmen, so standen doch seine politischen Entwürfe vor den Rechten seiner Mitfürsten stille. Der Gedanke der Legitimität nahm auch ihn ganz gefangen, er war in diesen Fragen der Politik von seinem Bruder nur in der Nuancierung verschieden. Wenn er in der inneren Politik dem Liberalismus Zugeständnisse zu machen sich bereit gefunden hatte, so wollte er wenigstens in der äußeren Politik, wo er sich freier fühlte, den entschieden konservativen Zug seines Wesens um so kräftiger betonen.

Die Möglichkeit also, daß aus den Wirren der Zeit etwa die Begründung einer festeren Zentralgewalt in Deutschland hervorging, mußte bei dieser Gesinnung des Prinzregenten als ausgeschlossen gelten, aber allerdings konnte seit der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen Wilhelm noch etwas anderes als ausgeschlossen gelten: daß nämlich Preußens Kräfte für eine andere als eine preußische oder unzweifelhaft deutsche Politik aufs Spiel gesetzt wurden, oder daß der Ehre Preußens auch nur entfernt zu nahe getreten wurde. Dies wäre aber der Fall gewesen, wenn die Entwürfe, die damals Österreich hegte, zur Ausführung gekommen wären.

In Österreich war man nämlich durchaus nicht eingeschüchtert. Im Gegenteil, man war entschlossen, den aufgezwungenen Kampf mit aller Kraft aufzunehmen und ihn jedenfalls mindestens dazu zu benutzen, die gegenwärtige Machtstellung dauernd zu befestigen. Aber nicht nur das: wenn die österreichischen Waffen glücklich waren, wenn es gelang,

den Angriff nicht nur abzuwehren, sondern den Angreifer sogar zurückzudrängen, Frankreich zu besiegen und damit den Napoleonismus, wie sicher voranzusehen war, zu stürzen; wenn es also gelang, Europa vor dieser neuen Vorherrschaft zu retten, dann war die Tat vollbracht, als deren Preis die Wiederherstellung des alten Reiches der Habsburger winken zu müssen schien, dann herrschte der Doppeladler vom Belt bis nach Sizilien.

Dies zu erreichen, genügten natürlich die Kräfte Oesterreichs nicht. Um dies zu erreichen, mußte es Oesterreich gelingen, den Deutschen Bund und Preußen in den Kampf mit fortzureißen. Und war dies so unmöglich? Es schien nicht. Man mußte nur dreist auftreten, man mußte nur so tun, als ob Preußen und die übrigen Bundesstaaten Oesterreichs Vasallen seien, man mußte die Erinnerungen aus der Zeit des ersten Napoleon wieder beleben, man mußte den alten Teutonenzorn gegen die unruhigen Gallier wieder ansuchen, — dann konnte es doch wohl nicht fehlen. Der Erfolg war in dem Falle sicher, wenn es wirklich gelang, die anderthalb Millionen Streiter, die Oesterreich, Preußen und der Bund zusammen ausbringen konnten, unter die Waffen zu rufen.

Es war nun eine peinliche Enttäuschung für Oesterreich, daß das nicht gelang. So schlau auch die österreichische Diplomatie verfuhr, sie scheiterte schließlich, und zwar war hier doch eigentlich entscheidend der feste Wille des Prinzregenten, nur kraft eigener Entschliebung und in einer Haltung in den Kampf zu ziehen, die der Großmachtstellung Preußens würdig war. Der Plan, durch Bundesbeschlüsse Preußen ins Schlepptau zu nehmen, scheiterte. Der Prinzregent wahrte seiner Politik volle Selbständigkeit und verlangte für den Ernstfall für sich das Oberkommando über alle nicht-österreichischen Bundes-truppen. Die ungebührlichen Zumutungen Oesterreichs fanden bei ihm also eine entschlossene Abwehr. Aber nur in dieser negativen Seite der Sache war er völlig gut beraten. Was die eigentliche positive Aktion anbetrifft, so traf er da doch nicht das Richtige und zeigte entschieden zu viel Entgegenkommen, wenn er sich unter jener Bedingung des Oberbefehls bereit erklärte, in den Krieg einzutreten, falls die Franzosen und Piemontesen den Mincio überschritten. Denn was ging Deutschland schließlich der Mincio an? Es ist nicht wahrscheinlich, daß Preußen, wenn es um dieses Mincio willen am Rhein zum Kriege gekommen wäre, im Falle des Sieges eine einigermaßen ausreichende

Entschädigung für seine Opfer davongetragen, und daß es bei einem solchen Kriege viel mehr als Ehre gewonnen hätte, denn jeder preußische Erfolg wäre in Wien vielleicht noch schmerzlicher empfunden worden als in Paris.

Das wußte niemand besser als Bismarck, der von Petersburg aus die Dinge mit der größten Unruhe verfolgte.¹⁾ Die künstlich erregte Kriegsstimmung gegen Frankreich hatte ihn nicht einen Augenblick irremacht. In einem vertraulichen Brief an den Bruder äußerte er derb aber schlagend: „Ich bin in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813er von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen“, und am 2. Juli schrieb er: „Unsere Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein, und haben wir erst den ersten Schuß am Rhein abgefeuert, so ist es mit dem italienisch-französischen Kriege vorbei, und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne“. Bismarck sah voraus, daß Österreich es ganz gewiß nicht dulden würde, daß Preußen eine glänzende Siegerrolle spielen werde, und das schmerzte ihn. Zu seinem Glück kam nun aber der Prinzregent gar nicht in die Lage, diese Erfahrung machen zu müssen, denn Österreich sah schon in jener Forderung des Oberkommandos eine Anmaßung, durch die es auf das äußerste alarmiert wurde. Österreich traute Preußen einen viel größeren Ehrgeiz zu, als dieses in Wirklichkeit besaß, und Franz Joseph entschloß sich lieber dazu, durch die Preisgabe Mailands den Krieg zu beendigen, als durch die Annahme der preußischen Hilfe Preußen die Möglichkeit zu militärischen Triumphen zu geben. Der Krieg nahm auf diese Weise — zum allgemeinen Erstaunen — ganz plötzlich ein Ende, und der plötzlich abgeschlossene Frieden²⁾ war, da es Österreich nun einmal nicht gelungen war, den Deutschen Bund und Preußen sich nachzuziehen, für Österreich jedenfalls verhältnismäßig ein recht günstiger

1) Am 4. Mai 1859 schrieb er an Schleinitz: „Ein Krieg, den wir im Bunde mit Österreich und den deutschen Mittelstaaten führen, kann uns nicht wohl irgend ein wünschenswertes Äquivalent für die Anstrengungen und Gefahren gewähren, welche er mit sich bringt, und der Sieg, zu welchem wir Österreich verhelfen würden, bringt Konsequenzen mit sich, vermöge deren wir demnächst von Österreich und seinen Bundesgenossen schwerlich weniger zu befürchten haben würden als von Frankreich im Falle einer Niederlage Österreichs“. (Die polit. Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris. Hrsg. v. Raschdau. I, 64.)

2) Vorfriede von Villafranka (11. Juli 1859).

Abſchluß, denn er ſetzte Preußen in der öffentlichen Meinung in eine höchſt ungünſtige Beleuchtung. Preußen erſchien in der öffentlichen Meinung als der unverbesserliche Zauderer, der ſich niemals dazu entſchließen kann, Ernst zu machen. Es hatte bereits mobil gemacht, und nun war es wieder nichts geworden, gerade wie vor Olmütz! Von außen geſehen, konnte die Politik Preußens in der Tat nur einen ſchwächlichen und tatenscheuen Eindruck machen, und ſo lebhaft es ſich auch gegen den perfiden Vorwurf Oſterreichs, daß es von ſeinem beſten Bundesgenoſſen im Stiche gelassen ſei, verwahrte: es blieb in der öffentlichen Meinung namentlich Süddeutschlands doch etwas an ihm hängen. Dieſer italieniſche Krieg, der für eine ſelbſtbewußte und kühne preußiſche Politik ſo unvergleichliche Gelegenheiten geboten hätte, endete alſo ſchließlich mit einer Minderung der preußiſchen Geltung, ſo korrekt auch die preußiſche Haltung geweſen war. Sie war aber eben nichts als korrekt, und man erwartete von Preußen mehr. „Daß Preußen ſo gar gewiſſenhaft und rechtſchaffen, ſo ganz ohne Selbſtſucht iſt“, ſchrieb damals ein angeſehenes Organ Süddeutschlands¹⁾, „das iſt das Allerschlimmſte, darüber kommt es nie zu kräftiger Aktion; in dieſer Tatloſigkeit muß es verſumpfen und erſticken.“ Dieſer Zurückhaltung Preußens gegenüber machte die Politik Oſterreichs, man mochte von ſeinen Zielen denken, was man wollte, doch einen friſcheren Eindruck; ſein kühnes Drauſosgehen konnte ſogar in gewiſſer Weiſe imponieren. Oſterreich hatte im ganzen in dieſer italieniſchen Kriſe nicht ſchlecht abgeſchnitten, es hatte in Deutschland an Wertſchätzung gewonnen, was es in Italien an Land und Leuten verloren hatte, und die großdeutſchen Regungen treten ſeit dieſer Zeit in Süddeutschland wieder ſtärker hervor. —

Wiedererwachen der nationalen Strebungen. Es war eine Zeit, in der die Geiſter wieder ſtark in Gärung gerieten, in der das Verlangen nach einem deutſchen Geſamtſtaate wieder mit elementarer Heftigkeit ſich hervordrängte. Die Tatſachen redeten doch eine allzu deutliche Sprache. Daß Sturm in Sicht war, das kündeten alle Zeichen, und ſollte Deutschland nun wieder, allen Winden preisgegeben, ziellos umherſchwanken, ſollte es nicht endlich aufhören, ſeine Geſchicke aus der Hand der Fremden demütig entgegenzunehmen zu müſſen, ſollten

1) Deutſche Vierteljahrsſchrift 1859. 3. Heft, 244.

die Deutschen dauernd ausgeschlossen sein aus dem Rat der Nationen?¹⁾ Nicht nur die äußeren Ereignisse drängten zu diesen Betrachtungen. Es wurde in diesem Jahre in Deutschland ein Jahrestag begangen, der mächtig dazu beitrug, das Gefühl der Einheit wieder zu verstärken und dem politischen Denken erneute Schwungkraft zu geben: es war der hundertjährige Geburtstag von Friedrich Schiller. Diese Geburtstagsfeier war ein Fest der Deutschen, wie die Welt bis dahin noch keines gesehen hatte, sie war zugleich in der völligen Ursprünglichkeit, der Innigkeit und Echtheit der Empfindung, die dabei zum Ausdruck kam, der Ausdehnung der Feier über die ganze bewohnte Erde, wo nur einige Deutsche beisammen waren, eine Rundgebung nationalen Geistes, die bei den anderen Völkern Staunen und Bewunderung, ja sogar einen Anflug von Neid erweckte, und in der sich die Deutschen selber wieder mit Stolz ihrer Einheit im Geiste bewußt wurden. Mit einem schier unwiderstehlichen Drange hatte sich das deutsche Volk dieser Gelegenheit bemächtigt, sich seiner selbst wieder bewußt zu werden; je stärker der Materialismus der Zeit war, um so mehr reizte es, sich wieder einmal in die Höhen des Idealen tragen zu lassen, je matter und müder die Zeit war, um so mehr wollte man sich erlaben in dem Stahlbade des Schillerschen sittlichen Idealismus, je armseliger der Anblick der äußeren Verfassung der deutschen Dinge war, um so mehr sehnte man sich nach dem Anblick des inneren Deutschlands, des geistigen Deutschlands, in dem Schiller als Fürst waltete und in dem sich alle diejenigen, die die deutsche Muttersprache redeten, als gleichberechtigte Bürger zusammensanden. Je mehr man Grund hatte, sich der geringen Geltung des deutschen Namens in den weltlichen Dingen zu schämen, um so mehr wollte man schwelgen in dem stolzen Anblick der Großthaten des deutschen Geistes: es war ein Fest, in dem sich gerade wie in Schillers Wesen Begeisterung und Sehnsucht mischten, ein Fest, in dem das deutsche Volk das beste seines eigenen Wesens verherrlichte, in dem es zu dem Edelsten, das aus ihm heraus geboren war, sich aufs neue bekannte.

Daß ein Fest, das in diesem Grade die Volksseele bis in die Tiefen aufregte, in seinen Folgen auf die weitere Entwicklung Einfluß ausüben mußte, das versteht sich von selber. Die Erregung wogte noch

1) Diese Worte wurden zuerst niedergeschrieben in einer Zeit, in der man die stolze Zuversicht hegen konnte, daß dieser Zustand durch die Gründung des Reiches für alle Ewigkeit überwunden sei.

lange nach. Sie zeigt sich im politischen Leben darin, daß ganz im allgemeinen das Tempo und die Tonstärke sich steigerten: das Schillerfest hat dazu beigetragen, daß die nationale Idee nun wieder als ein machtvolles Imponderabile in den Gang der Tatsachen eingriff. Das Schillerfest steigerte die politische Energie, verstärkte die Sehnsucht nach großer, die Dinge unter sich zwingender Tat, und es trug also mit dazu bei, den Drang der Zeit zu vermehren, allein, was nun diese Tat selber anlangt, was die praktische Lösung der Aufgaben der Gegenwart betrifft, so war es doch vielleicht eher eine Hemmung als eine Förderung, denn die Lösung konnte, wie wir heute wissen, anders als auf dem sogenannten kleindeutschen Wege, dem Wege der Bildung eines engeren Bundes mit preußischer Spitze, nicht erfolgen, und das Schillerfest hatte gerade die Idee der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu machtvoller Anschauung gebracht; die Begeisterung, die das Fest erweckt hatte, mußte also dem Gedanken, das Werk der Einigung ohne die deutschen Brüder Oesterreichs zu vollbringen, geradezu entgegenwirken.

Wie stark sich im übrigen dem nüchternen, ohne alle Sentimentalität nur die Realitäten erwägenden politischen Verstande gerade dieser kleindeutsche Gedanke aufdrängte, das beweist die Gründung des Nationalvereins, welche ebenfalls in dem großen Epochenjahre 1859 erfolgte. Diese Gründung stellt eine Wiederanknüpfung an die besten politischen Gedanken dar, welche vor zehn Jahren herangereift waren, damals aber nicht in die Scheuern hatten gebracht werden können.

Die Anfänge des Vereins liegen in einer am 17. Juli in Eisenach tagenden Versammlung einer Anzahl von Patrioten, meist früherer Mitglieder der Frankfurter Linken, unter Leitung von Schulze-Dehnsch. Man einte sich über folgende Sätze: „1. Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes, die durch den zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossenen Frieden eher vermehrt als vermindert worden sind. 2. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands, und sie können nur durch eine schleunige Änderung in dieser Verfassung beseitigt werden. 3. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der Deutsche Bundestag durch eine feste, starke und bleibende Zentralregierung Deutschlands ersetzt und daß eine deutsche Nationalversammlung einberufen

werde. 4. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die wirksamsten Schritte zur Erreichung dieses Zieles nur von Preußen ausgehen, es ist also dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme. 5. Zu diesem Zwecke und zu kräftigerer Wahrung der deutschen Interessen nach außen sind einstweilen und bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen auf Preußen zu übertragen.“ — Zwei Tage später fand in Hannover unter der Führung Rudolf von Bennigsens, des Führers der Opposition in der Zweiten hannoverschen Kammer, gleichfalls eine Vereinigung liberaler Männer statt. Man begnügte sich hier, die Notwendigkeit einer Reform des Bundes auszusprechen, die die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands in die Hände Preußens zu legen hätte. Auf einer dritten Versammlung, die am 14. August wieder in Eisenach stattfand, traten die bisher gesonderten Gruppen auf Grund jener fünf etwas modifizierten Punkte (die Forderung der sofortigen Übertragung der militärischen und diplomatischen Leitung auf Preußen war fallen gelassen) zusammen und vollzogen damit um der nationalen Aufgaben willen eine Fusion der gemäßigten und unterschiedenen Liberalen, der Konstitutionellen und der Demokraten; sie setzten sich zum Ziel, alle Gleichgesinnten in ganz Deutschland in einer großen deutschen Nationalpartei zu vereinigen.

Dieses nächste Ziel wurde am 15./16. September zu Frankfurt a. M. erreicht. Es waren hier etwa 150 Personen aus allen Teilen Deutschlands zusammengekommen. Die alten Gegensätze der Paulskirche, die Fragen, ob mehr die Einheit oder mehr die Freiheit, ob ein Kleindeutschland oder ein Großdeutschland zu erstreben sei, traten hier schon deutlicher hervor. Man begnügte sich daher mit der Annahme des Vereinsstatutes, in dem als Zweck des Vereins ziemlich unbestimmt die Einigung und freiheitliche Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes angegeben wurde. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes wurden ausdrücklich nur die gesetzlichen Mittel der Agitation bezeichnet, Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Flugschriften, Zeitungen, Versammlungen; im weiteren bestand vor allem die Absicht, in allen deutschen Kammern ein einheitliches Auftreten des Liberalismus herbeizuführen.¹⁾

1) Vgl. meine Geschichte der Freien Stadt Frankfurt a. M. III, 2, 119 ff.

Wir haben es also hier mit einem erneuten, dem letzten Versuche des deutschen Liberalismus zu tun, von sich aus die große Angelegenheit der Nation zur Lösung zu bringen, und wir müssen mit Dank und Verehrung der mutigen und hochgesinnten Männer gedenken, die es noch einmal unternahmen, aus den Trümmern der deutschen Hoffnungen einen Bau zustande zu bringen. Es waren zum großen Teile ernste und besonnene Männer, die aus der Vergangenheit gelernt hatten, die aber vermeiden wollten, was vor zehn Jahren die gleiche Unternehmung zum Scheitern gebracht hatte, und die schon durch ihren Charakter dafür bürgten, daß sie nur im Sinne des Rechtes und der Ordnung vorgehen wollten, die von der reinsten Vaterlandsliebe getragen waren. Allein auch dieser Versuch, mochte er unter noch so loyalen Formen erfolgen, brachte die Frage der deutschen Einheit nicht um einen Schritt der Lösung näher, er führte vielmehr nur eine Verschärfung der Gegensätze herbei und hätte wahrscheinlich schließlich mit einer Wiederholung der Ereignisse von 1849 und damit wohl mit erneuter Reaktion geendigt. Denn die Regierungen waren nun einmal im Besitze der Macht und waren ohne Zwang zur Nachgiebigkeit nicht bereit. Eine Ausnahme machten nur der Herzog Ernst von Coburg-Gotha, der den Nationalverein unter seinen Schutz nahm, und 1861 der Großherzog von Baden, der sich öffentlich für die Ziele des Vereins erklärte und Herrn von Roggenbach zum auswärtigen Minister machte. Die übrigen aber, insbesondere die Mittelstaaten, blieben völlig unnahbar. Die Freie Stadt Frankfurt versagte dem Verein die Erlaubnis, in Frankfurt seinen Sitz zu nehmen, so daß Coburg gewählt werden mußte. Hessen-Darmstadt stellte am Bundestage den Antrag, den Verein zu unterdrücken, andere Staaten verboten ihn von sich aus und gingen gegen die Mitglieder mit Strafen vor. Diese Verfolgungen machten natürlich für den Verein die beste Propaganda, so daß seine Verbreitung rasch wuchs, allein sie hatten ebenso natürlich auch zur Folge, daß die Sprache des Vereins in seinen Kundgebungen schärfer wurde. Es dauerte nicht lange, so bekannte er sich offen zu der Reichsverfassung von 1849 und glitt damit schon bedenklich zu den revolutionären Traditionen hinüber, zu der Drohung mit dem Zwange von unten her. Die Begründer und Leiter wollten das nicht; sie wußten wohl, daß die Hoffnung auf freiwillige Verzicht bei den meisten deutschen Fürsten eine eitle sei, und hatten wohl auch an die Anwendung eines wenn auch noch so sanften Druckes gedacht

aber sie hatten dabei ihre Hoffnung auf Preußen gesetzt, und es erging deshalb vor allem in ihren Beschlüssen aufs neue der Ruf an Preußen, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen; es erging dieser Ruf insbesondere unter Bezugnahme auf den „Systemwechsel“, „durch den Preußens Regierung ihrem Volke und ganz Deutschland gezeigt habe, daß sie als ihre Aufgabe erkannt habe, ihre Interessen und die ihres Landes in Übereinstimmung zu bringen, und daß sie für einen solchen Zweck Opfer an ihrer Machtvollkommenheit, sowie die Betretung neuer und schwieriger Bahnen nicht scheue“.¹⁾

Und welches war nun die Antwort, die auf diesen Ruf, der an Preußen erging, erfolgte? Man konnte im Anfange zweifelhaft sein. Einer Stettiner Deputation, die den Prinzregenten um Schaffung einer deutschen Zentralgewalt anging, antwortete der Prinzregent ablehnend, er erkannte aber in seiner Antwort die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Kräfte und einer Umgestaltung der Bundesverfassung an. Diese Antwort konnte als ein Bekenntnis zu den Bestrebungen des Nationalvereins aufgefaßt werden und beunruhigte die übrigen Regierungen lebhaft. Die Wiener Regierung wandte sich beschwerdeführend an die Berliner, daß sie in ihrer unmittelbaren Nähe Umtriebe wie die des Nationalvereins dulde, die das Bestehende gefährden könnten, und nun drückte das preußische Ministerium in einer Depesche vom 23. September seine volle Überzeugung dahin aus, daß die Bundesverfassung allerdings weder die Unabhängigkeit des Vaterlandes, noch die Entwicklung seiner geistigen und materiellen Kräfte garantiere, — Äußerungen, die dazu angetan waren, die Aufregung der deutschen Höfe noch zu steigern. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die Regierungen von etwaigen ehrgeizigen Bestrebungen Preußens jetzt so wenig wie früher zu befürchten hätten, denn die positiven Vorschläge, mit denen die Regierung des Prinzregenten nunmehr hervortrat, hielten sich in den bescheidensten Grenzen, stellten den Grundsatz der wesentlichen Erhaltung des Bestehenden voran und hätten eher einen Rückschritt als einen Fortschritt bedeutet. Und in diesen Reformvorschlägen, die im Grunde keine waren, lag de facto auch eine Verleugnung der Lockungen des Nationalvereins; denn seitdem die Erinnerung an 1849 in dessen Aufrufen erschienen war, zürnte der Prinzregent geradezu:

1) Aus der Erklär. d. Hannoveraner Versamml. Vgl. Schwab, Nationalverein S. 6, Anm.

der Gedanke, die Agitation des Nationalvereins auch nur als Druckmittel gegen die anderen Regierungen zu benützen, war ihm ein völlig unmöglicher.

Bundesreformpläne. Auch eine Verwendung der französischen Begehlichkeiten etwa nach dem Muster der Cavour'schen Politik — natürlich ohne Opferung deutscher Grenzgebiete — lag dem ehrlichen und ritterlichen Sinn des Prinzregenten vollkommen fern. Die Sache wäre ja ungemein leicht zu machen gewesen; Napoleon III. proklamierte so laut als möglich, daß den nationalen Bestrebungen die Sympathie Frankreichs sicher sei, und es schwirrten auch Gerüchte umher, daß Preußen mit Frankreich eine Verbindung abgeschlossen habe, der Prinzregent beeilte sich aber, derartige Gerüchte aufs bündigste zu widerlegen. Wenn behauptet wurde, daß er mit Napoleon Pläne schmiede, die auf eine gemeinsame Vererbung der deutschen Fürsten hinzielten, so bewilligte er jetzt allerdings dem Kaiser Napoleon die von diesem gewünschte Unterredung in Baden, allein er lud zu dieser Zusammenkunft gleichzeitig auch die deutschen Fürsten ein, um damit ihm und der Welt zu zeigen, daß er sich mit sämtlichen Fürsten solidarisch fühle. Das war sehr loyal, sehr ritterlich, aber nicht sehr politisch, denn wozu einen Trumpf wegwerfen, selbst wenn man ihn gar nicht ausspielen will? — Wohin übrigens diese gewissenhafte Rechtsschutzpolitik führte, das zeigte das Verlangen der Fürsten, das gleich hier noch in Baden sehr lebhaft hervortrat: der Prinzregent möge sich mit ihnen zu einem Vorgehen gegen den Nationalverein verbünden! Das wäre eine Art Neuauflage der Karlsbader Beschlüsse gewesen, und hierfür war nun freilich der Prinzregent nicht zu haben. Im übrigen aber verlor die preussische Politik trotz allen guten Willens des Prinzregenten immer mehr die Fühlung mit den nationalen Ideen und fiel immer mehr zurück in konservative Bahnen. Die jetzt folgenden Zusammenkünfte in Teplitz mit dem österreichischen Kaiser und in Warschau mit dem russischen Kaiser konnten wirklich die Erinnerung an die Zeiten der Kongresspolitik wieder wachrufen. Allein diese Zeiten waren denn doch entschieden vorüber: über die Bedürfnisse der Nationen ließ sich durchaus nicht mehr zur Tagesordnung übergehen. Das Beispiel des italienischen Volkes, das sich so eben auf dem Wege der Revolution zum größeren Teile um die Fahne des Hauses Savoyen scharte und die Fürsten vertrieb, die sich so lange seiner Sehnsucht widersezt hatten, war eine Mahnung, die nicht mehr zu überhören war. Wirklich erkannten auch die Regierungen, daß Ge-

fahr im Verzuge sei, und daß etwas geschehen müsse, sie wollten auch gerne den Wünschen der Nation genügen, sie kamen aber bei allen Plänen, die auf einen engeren Bund mit preußischer Spitze hinausliefen, über die Furcht vor Mediatisierung nicht hinweg. Es traten daher jetzt Pläne auf, die sich als sehr deutschnational gaben, deren eigentlicher Zweck aber war, die Mediatisierung der anderen durch Preußen zum Zweck der Begründung einer Einheit dadurch zu vermeiden, daß die anderen umgekehrt Preußen mediatisierten. Diese Absicht lauerte in der Tat hinter dem Beust'schen Reformprojekte.¹⁾ Preußen sah sich durch dergleichen Bestrebungen in die Verteidigung gedrängt, und die Zeit mußte kommen, wo es erkannte, daß es entweder Hammer oder Amboss sein müsse. Am 20. Dezember 1861 erfolgte die Ablehnung des Beust'schen Projektes durch Preußen: der vorgeschlagene Weg wurde als ungangbar bezeichnet und auf die Union als den einzig möglichen Weg hingewiesen, — die Dinge begannen sich also zuzuspitzen. Auf dem Wege der Union war Preußen schon einmal gewesen; es war umgekehrt, da es sich den Gefahren nicht gewachsen glaubte: jetzt war es wieder an dieser Stelle angelangt; war denn nun zu erwarten, daß es diesmal anders handeln werde als ehemals? Die Wahrscheinlichkeit sprach eher dagegen als dafür, denn bei dem Leiter der preußischen Politik — und das war bis dahin der Prinzregent, seit 1861 der König Wilhelm ganz persönlich — fehlte es dazu an der inneren Freiheit, an der nötigen Entschlußkraft, und nun kam noch dazu, daß Preußen damals durch schweren inneren Konflikt gelähmt war, einen Konflikt, der so sehr die Grundlagen seines staatlichen Daseins bedrohte, daß an ein Emporklimmen auf steilen und gefährvollen Pfaden nicht zu denken zu sein schien.

Die Heeresreform. Der Konflikt, der diese lähmende Wirkung ausübte, war zunächst ein Streit um die Neugestaltung der preußischen Wehrkraft. Dieser Streit war aber rasch zu einem Prinzipienkampf ausgewachsen, in dem es sich schließlich um die ganze weitere Zukunft des preußischen Staates drehte.

Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, datiert von dem ersten Tage der Übernahme der Gewalt durch den Prinzregenten; denn in dem, was das Heer anging, gab es für ihn keinen Zweifel und kein

1) Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe-Schillingenfürst I, 123: „Das Projekt des Herrn von Beust ist nichts als ein Schachzug gegen Preußen“.

Zögern. In den Fragen der auswärtigen und auch der inneren Politik fehlte es ihm wohl an der rechten Zuversicht, war er gelegentlich gehemmt durch persönliche Einflüsse und Rücksichten: in militärischen Dingen wußte er genau, was not tat. Er hatte sich lange Jahre darauf beschränken müssen, nur immer zu drängen und zu mahnen. Jetzt stand er an oberster Stelle, und nun sollte rasch geschehen, was seiner lange gehegten, heiligen Überzeugung nach geschehen mußte.

Mit sicherem Blick fand er die Männer heraus, die er als Gehilfen zu seinem Werke brauchte. Zum Teil standen sie ihm schon seit längerer Zeit nahe, wie Gustav von Alvensleben, Clausewitz, Roon, Voigts-Rheß, zum Teil ertor er sie erst jetzt zu Genossen, wie Edwin von Mantuffel, den er in der Stellung eines Chefs des militärischen Kabinetts vorfand und der ihm bald ein werter Vertrauter wurde, Helmuth von Moltke, den er an die Spitze des Generalstabes berief; und dann war eine seiner ersten Maßregeln, daß er erst von Clausewitz, dann von Roon Denkschriften einforderte über die Reformen, über deren Notwendigkeit im allgemeinen er mit sich selber bereits vollkommen ins klare gekommen war.

Einigkeit herrschte darüber, daß das Heer Preußens, so wie es war, den Anforderungen einer großen Politik nicht genüge, daß mit der allgemeinen Wehrpflicht, auf deren wirkliche Durchführung man aus Sparsamkeit verzichtet hatte, Ernst gemacht werden, und daß die dreijährige Dienstzeit vollständig durchgeführt werden müsse. Dieser letztere Punkt war, wie wir wissen, das *Ceterum censeo* des Prinzregenten seit vielen Jahren, es war gewissermaßen sein militärisch-politischer Glaubenssatz geworden, an dem überhaupt nicht zu rütteln war, allein hier erhoben sich die ersten Schwierigkeiten. Der Kriegsminister von Bonin, der um seiner liberalen Gesinnungen willen im Ministerium war und der die Aufgabe hatte, das Programm der militärischen Reformpartei, an deren Spitze der Prinzregent selber war, dem Lande gegenüber zu vertreten, geriet gar bald in ein Kreuzfeuer von Motiven und Anforderungen, dem er erlag. Er machte politische und finanzielle Nebenrücksichten geltend und versuchte einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen, für den auch Roon sich schließlich geneigt fand, obwohl dieser dabei einen Teil seiner Forderungen unberücksichtigt gelassen sah. Da war es der Prinzregent, der in der schneidigsten Weise an den weitestgehenden Forderungen festhielt. Am 3. Dezember 1859 setzte er im Ministerrate in langer Rede nochmals seine Ansichten auseinander und erlangte, daß

sämtliche Minister — mit Ausnahme von Bonin, der ausscheiden mußte — sich auf sein Reformprogramm verpflichteten. Am 5. Dezember vollzog er dann die Ernennung Moon's zum Kriegsminister, der sich durch seine furchtlose Entschlossenheit, seinen Geist, seine Redegabe als der Mann gezeigt hatte, der fähig war, dem Widerspruche gegenüber, der nach der Entlassung des liberalen Bonin in verstärktem Umfange in dem Parlamente zu erwarten stand, die Forderungen des Prinzregenten zu vertreten.

Dieser Widerspruch erscheint heute als ein schwerer taktischer Fehler der Liberalen: bei der gewaltigen Stellung, die die Gegner der Liberalen noch in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes hatten, bei der offenkundigen Schwierigkeit, die für den Prinzregenten deshalb überhaupt bestand, in liberalem Sinne zu regieren, hätten, so meint man, die Liberalen durchaus ihr Bedenken zurückstellen müssen, um sich regierungsfähig zu erhalten. Mußten sie das aber wirklich?

Es scheint doch, daß man auch hier wieder zu sehr nach dem schließlichen Erfolge urteilt. Konnten denn, so muß man fragen, die Liberalen überhaupt etwas anderes tun als zu widersprechen? — Sie konnten es nicht, wenn sie das bleiben wollten, was sie waren, denn es handelte sich bei der Militärvorlage für sie um mehr als um bloße Bedenken finanzieller oder konstitutioneller Natur: es handelte sich für sie um das Ganze des politischen Lebens überhaupt, denn die Vorlage war in ihrer vorausichtlichen Gesamtwirkung derjenigen Entwicklung, wie sie den Liberalen als wünschenswert erscheinen mußte, gerade entgegengesetzt.

Die Liberalen betrachteten an sich die stehenden Heere als ein Übel, ein Übel, das man vielleicht augenblicklich hinnehmen müsse, aber doch als ein Übel, das man, wenn irgend möglich, zu mindern suchen müsse. Man wird diesen Standpunkt als theoretisch folgerichtig bezeichnen müssen. In einem großen stehenden Heere hat die Monarchie immer eine Waffe, die einer rein bürgerlichen Ordnung der Dinge, d. h. vor allem der Macht einer Volksvertretung, gefährlich werden kann: der Herr einer großen, rein königlichen Armee in einem Verfassungsstaate ist ein Diktator, der freiwillig die Beile aus den Rutenbündeln entfernt hat.

Mit der bürgerlichen Emanzipationsbewegung beginnt daher auch ein Rütteln an der Einrichtung der stehenden Heere und ein Zurückgehen auf die antike Institution der Waffenpflicht des ganzen Volkes.

In Preußen hatte die Regierung selber unter dem Einflusse der Not der Zeit eine Veränderung ins Werk gesetzt, welche durchaus von diesem Geiste beherrscht war. Seitdem im Jahre 1806 das alte preussische Heer durch das Heer der französischen Revolution zertrümmert war und dann eine Neuschöpfung nötig geworden war, hatte man in der Landwehr ein Institut geschaffen, das dem Heerwesen einen volkstümlichen Charakter zu geben geeignet war, das Heer dem bürgerlichen Ideale, wonach es nur das Volk in Waffen ist, näher brachte, und die Landwehr hatte ja auch in den Jahren 1813 und 1814 den Beweis erbracht, daß die Begeisterung bis zu einem gewissen Grade die militärische Ausbildung zu ersetzen vermöge.

Die Landwehr war daher das Schoßkind aller Vertreter der bürgerlichen Anschauung. Hier schien der Weg gewiesen, der nur mit Entschlossenheit weiter verfolgt werden müsse. Das Eintreten für eine möglichst lange Ausbildung galt als rückständig, als eine Befürwortung des ganz überflüssigen Paradebrills und Gamaschendienstes. Die Hauptsache erwartete man auch in Zukunft von der flammenden Begeisterung wie Anno 1813, und wenn dagegen eingewendet wurde, daß auf eine solche elementare Erregung der Volksleidenschaften doch nicht immer zu rechnen sei und damit der Erfolg eines Krieges sehr auf den Zufall gestellt werde, so hieß es wiederum: wenn es sich um Daseinsfragen, um Fragen, die das Volk wirklich etwas angingen, handele, dann werde diese nötige innere Anteilnahme gewiß nicht fehlen, es sei aber gerade der Segen der Landwehr-Einrichtung, daß sie „Kabinettskriege“ unmöglich mache und daß sie dazu zwingt, die Volksstimmung als einen Faktor mit in die politische Rechnung einzustellen.

Gerade dieser Faktor der Volksstimmung nun führte in der Geschichte der Landwehr die Krise herbei. Als nämlich die Zeiten des Zwiespaltes zwischen König und Volk kamen, als der Ruf nach Verfassung immer vernehmlicher ertönte und der König in Gegensatz gegen die Wünsche des Volkes trat, da zeigte sich mit einem Male die Gefahr, die das Vorhandensein der Landwehr für die königliche Macht bedeutete. Wie war die Lage? Die Landwehr bildete damals einen integrierenden Teil der Feldarmee. Es konnte keine Division mobil gemacht werden ohne gleichzeitige Einberufung der Landwehrbataillone. In der Landwehr war also die Möglichkeit des Einbruches der Tagesstimmungen, der politischen Gegensätze in das Heer gegeben. Jede Mobilisierung ward zugleich eine Art von Plebiszit. Die

Erfahrungen, die man in dieser Beziehung im Jahre 1849 vor dem Feldzuge gegen die badischen Rebellen mit Meutereien nicht geringen Umfangs machte, waren eine Lehre, die sehr eindringlich war und welche die Landwehr, die, so wie sie allmählich geworden war, in militärisch-technischer Beziehung ohnehin eine sehr fragwürdige Einrichtung war, in den Augen aller zuständigen Beurtheiler als gerichtet erscheinen ließ. Die Landwehr — von den bürgerlichen Politikern als der verheißungsvolle Anfang einer schließlichen Erfüllung der volkstümlichen Ideale hoch gepriesen — erschien den Vertretern der echten preussischen Tradition, und das war vor allen anderen der Prinzregent, als der Keim alles Übels, als der Abfall von den bewährten Grundsätzen, als der Holzwurm in dem festen Gefüge des preussischen Heeres.

Hier mußte gründlich geholfen werden. Der Plan des Prinzregenten ging also darauf, die Landwehr aus dem organischen Verbande mit der Linie herauszunehmen, die Feldarmee aus den drei Jahrgängen des stehenden Heeres und den vier folgenden der Reserve zusammenzusetzen, die Landwehr aber als Veteranenarmee in das zweite Treffen zu stellen, die nur im Falle der Noth zu den Waffen gerufen werden sollte; die Voraussetzung war dabei natürlich, daß die stehende Armee durch vermehrte Rekruteneinstellung bis zur wirklichen Heranziehung aller Dienstfähigen bedeutend vergrößert wurde, so daß die Feldarmee ohne Landwehr ungefähr dieselbe Stärke aufwies wie früher mit Landwehr. — Es lag in diesen Neuerungen die Beseitigung aller bisher empfundenen Mängel. Was insbesondere die Landwehr betrifft, so war sie, wie bemerkt, auch rein militärisch eine Quelle von Verlegenheiten geworden, da sie zum Theil aus Leuten bestand, die überhaupt noch nicht gedient hatten, die also an sich einen lästigen Ballast und auch insofern ein Element der Störung bildeten, als die Anforderungen der militärischen Disziplin für sie etwas ganz Neues waren, als ferner gerade sie leicht den Ansteckungsstoff politischer Gedanken in den Heerkörper brachten — das sollte jetzt alles aufhören: die Reform ließ solche Elemente in dem Kriegsheere nicht mehr zu; sie machte das Heer jünger, größer und einheitlicher, sie schuf eine Kriegsmaschine von vollendeter Präzision, ein völlig willenloses, ungeheuer mächtiges Werkzeug in der Hand des königlichen Feldherrn, sie war also, vom militärischen Standpunkte, eine glänzende Lösung, sie war aber, sozusagen, zu militärisch, sie nahm, wie man meinte, zu wenig Rücksicht auf die Tragkraft des Landes, und sie war deswegen und besonders auch

wegen des Mißtrauens, das sie gegen die Landwehr zeigte, und wegen ihrer Zurückdrängung tief unpopulär, denn sie erschien als ein Rückfall in die Zeit des Absolutismus.

Und in der That, sie war auch etwas Derartiges. Es handelte sich ganz gewiß bei dem Plane des Königs auch um eine politische Angelegenheit. Es ist verkehrt, Heerwesen und Staatswesen so streng scheiden zu wollen, wie das gewöhnlich geschieht. Das Heerwesen ist ein Stück Staatswesen. So wie die bürgerlichen Politiker die Landwehr von 1813 behalten wollten als Garantie einer künftigen völligen Verbürgerlichung des Heeres, so wollten der Prinzregent und die Seinen zu den alten Überlieferungen des preußischen Heeres als einer rein königlichen Institution wieder zurück. Der politische Gedanke, der in der Militärreform steckte, war der, daß das Heer wieder werden und bleiben sollte der Hort des wahren Preußentums, also auch der Hort der Monarchie, die ja im wesentlichen in Preußen als militärisches Imperium entstanden war. Was dieser Monarchie auf der einen Seite durch die notwendigen Zugeständnisse an den bürgerlichen Geist der Zeit verloren gegangen war, das sollte ihr auf der anderen Seite wieder zuwachsen. Wenn die zivile Seite des Staates — sozusagen — ziviler geworden war, so sollte die militärische um so militärischer werden, das Heer sollte nicht der Exponent der Volkskraft, sondern der der Königskraft sein. Das war der eigentliche Sinn der Heeresvorlage, sie war, wenn auch in allem einzelnen aus militärischen Gesichtspunkten aufs beste begründet, im ganzen doch tatsächlich eine politische Aggressionsbewegung, — kann es da wundernehmen, daß die Liberalen sich quer stellten und Widerstand erhoben? Wenn sie die politische Tendenz nicht selbst witterten, so hätte sie der lärmende Beifall, den der Reformplan bei den Gegnern fand, aufmerksam machen müssen. Und nun vergessen wir nur nicht zum weiteren Verständnis des Widerspruchs, wie heiß der Boden noch war, auf dem man tritt! Welche Drangsalierungen hatten die Vertreter der bürgerlichen Weltanschauung von ihren übermütigen Gegnern hinnehmen müssen, wie sehr war die Verfassung ihrem ursprünglichen Geiste entfremdet worden! Wie tief hatte sich in der langen Zeit der Reaktion die Verbitterung eingefressen, wie tief mußte noch das Mißtrauen sitzen, — und da kam jetzt diese Militärvorlage, von den Gegnern dieser bürgerlichen Weltanschauung mit Enthusiasmus begrüßt, eingebracht im Namen eines Fürsten, der von 1848 her doch jedenfalls nicht als ein Beförderer populärer Be-

strebungen gelten konnte: wenn sich da die Herzen verhärteten, war das so sehr zu verwundern?

Es kommt noch allerlei dazu, die Haltung des Abgeordnetenhauses zu erklären. Daß die Regierung bei der Durchführung der Sache in allem einzelnen immer geschickt gewesen sei, wird man nicht behaupten können, schwächend war auch für die Position der Regierung, daß sie in sich nicht einig war, daß das Ministerium, welches den Sturmlauf gegen die Staatsauffassung des Liberalismus zu unternehmen hatte, zum Teil noch aus liberalen Elementen bestand, weil der Prinzregent sich nicht entschließen konnte, ein Ministerium zu entlassen, das er für die Politik der „moralischen Eroberungen“ brauchte. Aufreizend und den Prinzipienkampf schärfend wirkte dann endlich die Art, in der der Prinzregent die Übernahme der königlichen Gewalt kennzeichnen wollte, als sie ihm durch den Tod des Bruders am 2. Januar 1861 zugefallen war. Er verlangte da dieselbe Erbhuldigung, die sein Bruder 1840 hatte vornehmen lassen, und in diesem Verlangen lag entschieden ein Protest gegen das konstitutionelle Wesen — denn nach der Erteilung der Konstitution hatte dieser Akt in der Tat keinen vernünftigen Sinn mehr —, und man sah in diesem Verlangen eine bedenkliche Annäherung an die überwunden geglaubte Königsromantik Friedrich Wilhelms IV. So spitzte sich der Gegensatz immer mehr zu. Die Kosten für die Neuerungen im Heere waren allerdings bewilligt worden, aber die Minister hatten sich mit der Bewilligung von Jahr zu Jahr begnügen müssen und hatten auch zunächst die Neuerungen nur als „eine erhöhte Kriegsbereitschaft“, also als der Natur nach vorübergehend dargestellt, während die Verleihung von Fahnen an die neuen Regimenter darauf hindeutete, daß die Heeresveränderung von dem obersten Kriegsherrn als dauernd aufgefaßt wurde, die Meinung daher entstehen mußte, daß man nicht ehrlich zu Werke gegangen sei. Die Opposition, in der die entschieden Liberalen sich zur Fortschrittspartei zusammenschlossen, wollte also die königliche Heerordnung nur unter der Bedingung zu einer dauernden machen, daß an Stelle der dreijährigen die zweijährige Dienstpflicht eingeführt wurde, diese Bedingung war aber für den König völlig unannehmbar. Ein Teil der Minister freilich drängte unter Hinweis auf die parlamentarische Lage zu Zugeständnissen, Roon aber, der Kriegsminister, bestärkte den König in seiner Haltung und erinnerte daran, daß in Preußen nicht die Partei durch die Minister, sondern die Krone regiere. Die Lage

war infolge dieser Zwiespältigkeit im Ministerium, infolge der leidenschaftlichen Gereiztheit des Königs, der von den verschiedensten Seiten her beeinflusst wurde, der tiefen Entfremdung, mit der sich die extremen Parteien gegenüberstanden, und der Spannung endlich der äußeren Verhältnisse beinahe hoffnungslos, — das ist die einstimmige Meinung aller Beurtheiler. Im Frühjahr 1862 hatte der König die Konsequenz seines bisherigen Tuns gezogen: er hatte das Ministerium im konservativen Sinne umgebildet und hatte Neuwahlen angeordnet, aber die Maßregeln bewirkten keine Besserung, sondern eine Verschlimmerung; die Neuwahlen im Mai brachten die Opposition in überwältigender Mehrheit ins Abgeordnetenhaus zurück, und es war klar, daß ohne Zugeständnisse die Heeresreform nicht zu retten sein werde. Auch die neuen Minister brachten daher solche Zugeständnisse in Vorschlag, selbst Roon sprach sich jetzt für dieselben aus, aber da der König bei seinem Nein blieb und alles oder nichts wollte, so waren Parlament und König jetzt derartig gegeneinander festgefahren, daß es einen Ausweg nicht mehr zu geben schien.

Es stand jetzt die grundsätzliche Frage zur Entscheidung, wer eigentlich das letzte und entscheidende Wort in der Frage der Heeresreorganisation zu sprechen habe, der König oder das Parlament. Die königliche Auffassung war entschieden richtiger gedacht im Sinne der bisherigen Entwicklung, sie war preussischer, während die Liberalen eben auch hier wieder zu sehr nach fremden Vorbildern arbeiteten. Was in England richtig war, brauchte nicht auch bei uns richtig zu sein. Das englische Volk bedeutete eben als Mitbestimmer der politischen Entwicklung mehr als bei uns. Auch stand in England der Adel für die politischen Freiheiten ein, in Preußen aber stand er in überwältigender Mehrheit auf der Seite der königlichen Autorität. Ein Erfolg also des Versuches des preussischen Abgeordnetenhauses, die Machtstellung des englischen Unterhauses zu gewinnen, war, rein objektiv betrachtet, durchaus unwahrscheinlich; zu dieser objektiven Betrachtung ging aber den Hauptführern in der Hitze des Kampfes die Fähigkeit verloren, und dazu kam dann noch, daß in diesen Militärkonflikt die Spannung hineinspielte, die durch die Entwicklung der deutschen Frage entstanden war.

Unter dem Einflusse des Dranges der Zeit war allmählich bei den Nationalgesinnten die Meinung herrschend geworden, die deutsche Frage sei nun einmal nicht zu lösen, wenn die Regierungen, die sich an ihre Souveränitätsrechte anklammerten, nicht vorwärts gedrängt

würden. Die Kammern der einzelnen Staaten, nicht mehr die Massen wie früher, sollten die nötige Druckkraft liefern, und hierfür nun, für das Gelingen dieses Planes, bildeten die Kämpfe in der Zweiten preußischen Kammer gewissermaßen eine Kraftprobe und wurden als solche aufgefaßt. Man konnte sicher sein: wenn die preußische Kammer das Königtum, das sich der ihm zugedachten Rolle in dem deutschen Einigungswerke entziehen zu wollen schien, seinem Willen unterwarf und damit auch die Kraft erlangte, es auf der Bahn der nationalen Politik vorwärts zu treiben, dann war der Sieg schon halb gewonnen. Deshalb nahm der gesamte deutsche Liberalismus, der in dem Nationalverein sein Organ hatte, leidenschaftlich an dem Verlaufe der preußischen Dinge teil. Am 2. Februar 1862 einigte sich eine nach 1500 Köpfen zählende Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins über folgende Beschlüsse:

1. Das preußische Volk hat bei den letzten Wahlen seiner Abgeordneten einen großen Fortschritt im Sinne der nationalen Partei bekundet,
2. dagegen ist die Haltung der preußischen Regierung in deutschen wie in inneren Angelegenheiten nicht eine solche, die ihr das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben kann,
3. es ist daher die Pflicht der deutschen Männer in Preußen, besonders der Abgeordneten in der preußischen Kammer, ohne Rücksicht und ohne Schwanken die Sache der deutschen Freiheit und Einheit kräftig zu vertreten, wenn die Hoffnungen sich erfüllen sollen, welche die nationale Partei auf das preußische Volk gesetzt hat.

Dieselbe Sprache, aber noch deutlicher, sprach eine Erklärung des Ausschusses des Nationalvereins vom 3. März 1862 aus: „Das preußische Volk ist mit Energie in den Kampf um die höchsten nationalen Güter eingetreten. Es begann — die Bildung der deutschen Fortschrittspartei und die Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben es bewiesen — den deutschen Bruderstämmen offen die Hand zu reichen. Wenn andere deutsche Regierungen, die badische, weimarische und Koburg-gothische sich schon herzhast und rückhaltlos unter dem Beifalle der Nation der nationalen Bewegung angeschlossen haben, wie lange wird die preußische Regierung sich ihr noch untätig entziehen können? Hat doch schon jetzt Graf Bernstorff die Gründung eines Bundesstaates mit einheitlicher Zentralgewalt und deutschem Parla-

ment als Ziel der preußischen Politik hingestellt. Das Heil — eine Lebensfrage zugleich für den preußischen Staat — Ihr wißt es, ist nur zu erreichen durch ein Bündnis mit dem einzigen treuen und mächtigen Bundesgenossen, dem deutschen Volke, durch ein entschiedenes und entschlossenes Eingehen auf seine und des eigenen Volkes Bedürfnisse. Wenn dies jeder im Volke sieht, wie lange wird die auch in der Bernstorffischen Note enthaltene Täuschung der Staatslenker Stich halten, daß so große Dinge allein durch diplomatische Verhandlungen mit größtenteils widerwilligen Regierungen zu Ende zu führen seien? . . . Erobern wir nach und nach alle Volksvertretungen . . .“

In diesen Worten erkennt man deutlich die Zusammenhänge, die zwischen der Agitation des Nationalvereins und der Opposition der preußischen Kammer bestehen. Noch deutlicher wird die innere Wesensverwandtschaft durch die Bestrebungen des Nationalvereins auf militärischem Gebiete. Schon in der ersten Nummer der Wochenschrift des Nationalvereins, die seit dem 1. Mai 1860 erschien, finden wir Klagen über die stehenden Heere und die Militärbudgets. Der Nationalverein verlangte eine volkstümliche Reform der Wehrverfassung, „Erziehung des Volkes zum Kriege“, und rechnete bei der Förderung von Turnvereinen und Schützengesellschaften sehr entschieden auf eine Steigerung der Wehrfähigkeit des Volkes, die dem Volke es künftighin ermöglichen sollte, seine Geschicke selber in die Hand zu nehmen. Auf einer großen, von über 1000 Personen besuchten Versammlung in Bielefeld (26. Mai 1861) wurde für die Bildung von „Wehrvereinen“ geworben, und in einem Artikel der Wochenschrift hieß es damals: „Wenn wir Deutschen durch allerhand Leibesübung und Waffengebrauch erst wieder ein mannhaftes Volk geworden sind, so mögen wir aller unserer inneren und äußeren Feinde lachen. Dann, wenn nicht eher, werden wir so viel Einheit und so viel Freiheit haben, als der Mehrzahl von uns wünschenswert erscheint.“¹⁾

Wenn wir alle diese Äußerungen zusammenfassen, dann wird uns erst recht klar, wie ungeheuer die Spannung war, die damals über dem deutschen Leben lag, und wie gewaltig die grundsätzlichen Gegensätze waren, die in dem preußischen Militärkonflikt zum Ausdruck kamen. Wir sehen deutlich, daß die preußische Fortschrittspartei nur die Avantgarde des deutschen Liberalismus war, daß Preußen ge-

1) Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm, S. 39 ff.

wissermaßen von Deutschland aus erobert werden sollte, damit es dann als Sturmbock diene gegen die übrigen. Die Parteidoktrin hinderte die Leiter dieser Bewegung, den verhängnisvollen Irrtum zu erkennen, den sie mit dieser Politik begingen. Was wollten sie? Sie wollten, daß Preußen der Retter werde, weil sie ihm diese Rettertat zu trauten. Dies Vertrauen basierte sicherlich nicht auf diesem oder jenem Ministerium, sondern doch ganz gewiß auf Preußen selber, wie es war, wie es geworden war im wesentlichen durch seine monarchischen Institutionen! Wenn man es nun zugleich der wechselnden Kammermehrheit ausliefern wollte, machte man es damit nicht zu einem anderen Preußen, zerstörte man nicht selber gerade die Kraft, auf deren Wirken man rechnete?

König Wilhelm wollte nun eben gerade diese Kraft erhalten. Das, was bei Betrachtung der Einzelheiten vielleicht als Eigensinn erscheinen kann, das erweist sich bei einer das Ganze umfassenden Betrachtung als der zähe Lebenswille des echten Preußentums. Was König Wilhelm fehlte, war die Fähigkeit, der Welt zu zeigen, was dieses Preußentum, dieses geschmähete, gehöhlte Preußentum fertig bringen könne. Das vermochte er nicht, er allein nicht. Er war nur groß im Widerstand gegen die Zumutungen der Gegner, nur in der Reaktion, nicht in der Aktion, er war zur großen That innerlich nicht frei genug, er steckte eben doch zu tief im Fürstentum fest. Und es kam der Moment, wo auch seine Widerstandskraft an der Grenze angelangt war, wo die Energie der Gegner zu groß, wo der Wogendrang zu heftig wurde: im Herbst 1862 war es so weit, daß das Abgeordnetenhaus den letzten Schritt tat, indem es drohte, die Kosten für die gesamte Heeresreform zu streichen, wenn der König in der Frage der dreijährigen Dienstzeit nicht nachgab. Was nun? Die Minister verzagten. Sie erklärten, die Heeresreform gegen den offenen Widerstand des Landes nicht behaupten zu können, und der König sah keinen Ausweg mehr. Er glaubte, man werde umkehren müssen, aber er war entschlossen, für diesen Fall abzudanken und dem Sohne das Steuer zu überlassen, — da in diesem entscheidenden Augenblicke kam ein neuer Lotse an Bord. Er erklärte sich bereit, die Ladung in Sicherheit zu bringen, aber die Bedingung war, daß der König ihm für die Wahl des Kurzes freie Hand ließ: der König mußte die Fahrt wollen, mitten durch die gefährlichsten Klippen hindurch, auf die hohe See der großen Entscheidungen.

Noon hatte schon mehrmals auf Bismarck als den kühnen Mann hingewiesen, der allein retten könne. Der König hatte stets abgelehnt, denn es mochte ihm wohl ein wenig grauen vor der dämonischen Kraft, die ihm in Bismarck entgegentrat, vor dem Ruse strupelloser Energie, der ihm vorausging. Jetzt, da er einen anderen Ausweg als die eigene Abdankung nicht mehr sah, jetzt kämpfte er die schweren Bedenken nieder. Er entschloß sich zu diesem letzten Mittel, ganz sicherlich in der Überzeugung, daß es ein verzweifelttes Mittel sei. Er berief diesen Otto von Bismarck, von dem alle Welt voraussah, daß er die gewaltsame Reaktion bedeutete, und es war sein Glück wie das Glück Preußens und Deutschlands, daß Bismarck eben nicht der Staatsstreichmann war, als der er galt, sondern der große Genius, der mit der Macht seines Geistes und Willens die Schranken, die der weiteren Entwicklung gesetzt waren, übersprang und König und Volk mit sich emporriß zu höheren Bahnen.

Darin also liegt die große welthistorische Bedeutung des Militärkonfliktes: er brachte König Wilhelm und Otto von Bismarck, die die neue Ära getrennt hatte, wieder zusammen.

V. Wirtschaftliche Wandlungen und handelspolitische Krisen.

Die seit zehn Jahren über ganz Deutschland verbreitete wirtschaftliche Reformbewegung ist der Vorläufer der politischen Reform geworden. Preuß. Jahrb. 18, 279.

Wirtschaftspolitischer Rückblick. Die Berufung Otto von Bismarcks an die Spitze des preussischen Ministeriums führte rasch zu den großen Entscheidungen. Wir denken dabei gewöhnlich an Krieg und Sieg. Es erfolgten aber auch auf dem friedlichen Gebiete der wirtschaftlichen Interessen gleich in den ersten Jahren seiner Amtsführung tief eingreifende Maßregeln, welche sogar — und ihre Betrachtung gewährt dadurch einen besonderen Reiz — in handelspolitischen Dingen die Ergebnisse des Krieges von 1866, den Ausschluß Oesterreichs von dem übrigen Deutschland, vorwegnahmen.

Diese Maßregeln bilden den Abschluß einer langen Entwicklung und können ohne Kenntnis dieser Entwicklung nicht richtig gewertet werden. Wir fassen daher diese Dinge hier zusammen. Wir müssen zunächst etwas zurückgreifen, und zwar bis auf die Zeiten der Wie-

derherstellung des Bundestages, und wir müssen dann freilich auch etwas vorgehen und die Darstellung bis in die Zeiten des Wiener Friedens verfolgen. —

Die Angriffslust, welche die österreichische Politik in den Tagen nach Olmütz Preußen gegenüber zeigte, das durch die Unionsversuche in den Augen Österreichs sein böses Trachten soeben verraten hatte, äußerte sich nicht nur auf politischem Gebiete. Man hatte in Wien erkannt, wie bedeutend das Übergewicht war, welches Preußen als Vorort des Zollvereins erlangt hatte, welche einende Kraft in der Gemeinsamkeit der materiellen Interessen lag, und hatte den Plan gefaßt, die hier an Preußen verlorene Position wieder zurückzugewinnen, unter Berufung auf das neu hergestellte Bundesverhältnis sich in den Zollverein einzudrängen und mit Hilfe der politischen Gefolgschaft, auf die man sowieso zählen konnte, in einer großen, Deutschland und Österreich umfassenden Zolleinigung die Führung an sich zu reißen.

Daß dieser Plan in erster Linie durch politische Erwägungen eingegeben war, ergibt sich aus der Tatsache, daß seiner Durchführung in wirtschaftlicher Beziehung die größten Schwierigkeiten entgegenstanden. Die Industrie Österreichs war derjenigen des Zollvereins gegenüber noch rückständig, konnte also eines starken Zollschutzes nicht entbehren, während im Zollverein die Vertreter mächtiger Industriezweige gerade für Beseitigung der Schutzzölle eintraten. Wichtig war ferner die Frage des Konsums kolonialer Erzeugnisse, der in einem großen Teile von Österreich gleich Null war, so daß also ein irgendwie gerechter Verteilungsmodus der gemeinsamen Einkünfte der Zollvereins- und der österreichischen Länder kaum zu finden gewesen wäre. Entscheidend waren vor allem die kranken Valutaverhältnisse Österreichs und seine elende Finanzverwaltung. Man brauchte später den Ausdruck, der Anschluß der Zollvereinsländer an Österreich wäre ungefähr gerade so, wie wenn man einen Gesunden zu einem Typhusfranken ins Bett legte.¹⁾

1) Hohenlohe-Ingelfingen erzählt in seinen Aufzeichnungen I, 320, er habe auf einer Soiree den Finanzminister Bruck gefragt, was für die österreichischen Finanzen mehr helfen könne, hundert Millionen preußische Taler oder hundert preußische Beamte, worauf er geantwortet habe, er gebe den letzteren den Vorzug, und bei einem Diner soll derselbe Finanzminister auf das Wohl der Armee mit den Worten getoastet haben: „Gott erhalte die Kaiserlich Österreichische Armee, denn ich kann's nicht mehr“.

So war also eigentlich nichts, was in der Sache selber für die österreichischen Pläne sprach. Oesterreich bildete in wirtschaftlicher Beziehung eine Welt für sich. Der Zusammenschluß der Staaten des engeren Deutschlands und der dadurch gegebene Ausschluß Oesterreichs war etwas durchaus Natürliches, der Gedanke, diese natürliche Verschiedenheit zu ignorieren, hatte etwas Gewaltthames, aber die Männer des Schwarzenbergischen Oesterreich trauten sich die Macht zu, die Thatfachen zu zwingen, und die Tage von Olmütz waren ja nur zu sehr danach angetan, solche Zuversicht zu steigern. Es fand sich aber außerdem noch, daß gerade damals die österreichischen Pläne auch in wirtschaftlicher Beziehung insofern wenigstens nicht ganz aussichtslos waren, als damals im Zollverein selber Gegensätze hervorgetreten waren, welche den Bestand des Vereins in Frage stellten. Die listigen Gedanken eines nationalen Protektionismus hatten in Süddeutschland viele Anhänger gewonnen; diese Gedanken kamen den Bedürfnissen der süddeutschen Industrie, soweit eine solche schon vorhanden war, entgegen und, dadurch bestimmt, drängten die Regierungen der Südstaaten auf Erhaltung des Zollschutzes, wo er vorhanden war, oder auf seine Vermehrung, sie fanden dabei aber bei Preußen stets Widerstand, da die Interessen Preußens damals gerade umgekehrt im allgemeinen auf eine Erniedrigung der Zollschranken gingen. Bei dem natürlichen Übergewicht Preußens hatten die Südstaaten bisher mit ihren Bestrebungen noch nicht durchdringen können. Ihnen kamen daher die österreichischen Pläne sehr gelegen. Sie sagten sich, daß der Eintritt Oesterreichs notwendig die protektionistische Partei im Zollverein derart verstärken werde, daß Preußen seinen Widerspruch werde aufgeben müssen, und der Gedanke, Preußen, das stets gefürchtete, in irgendeiner Weise zwingen zu können, hatte für die süddeutschen Bundesbrüder stets einen besonderen Reiz. Sie gingen also auf Oesterreichs Vorschlag, daß in Wien Konferenzen stattfinden sollten, welche die Ausführbarkeit einer Zolleinigung zu beraten haben sollten, mit Eifer und vielem Vergnügen ein.

In Preußen verfolgte man diese Dinge zunächst mit ziemlicher Ruhe. In Zollvereinsdingen hatte man hier ein sehr gutes Gewissen. Von ehrgeizigen Bestrebungen wußte man sich völlig frei. Rein um die allgemeine wirtschaftliche und damit allerdings natürlich auch die preussische wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, hatte man den Zollverein geschaffen. Man hatte dabei kein Opfer gescheut. Die Südstaaten

machten bei der Verteilung der gemeinsamen Einkünfte verhältnismäßig bessere Geschäfte als Preußen. Auch die Gleichberechtigung aller Mitglieder hatte Preußen bereitwillig zugestanden, obwohl damit eine zeitgemäße Fortentwicklung sehr erschwert wurde. Man war daher in Berlin der Meinung, daß man den Süddeutschen nicht nachlaufen dürfe. Wenn sie den Zollverein lieber mit Oesterreich als mit Preußen wollten, gut, Preußen konnte die Süddeutschen eher entbehren als umgekehrt. Es handelte sich nur darum, dafür zu sorgen, daß, falls der Zollverein wirklich zerriß, Preußen dabei nicht zu Schaden kam.

Aus diesem zollvereinspolitischen Grunde verabredete Preußen im September 1851 in tiefem Geheimnisse den Zollanschluß mit den im Steuerverein verbundenen Ländern Hannover und Oldenburg. Es erreichte dadurch, daß eine eventuelle Auflösung des Zollvereins wenigstens nicht die Folge hatte, daß das preußische Wirtschaftsgebiet wieder in zwei Hälften auseinanderbrach. Wenn wirklich auch Kurhessen zu den Gegnern abfiel, dann blieb nach dem Hinzutritt des Steuervereins die Verbindung zwischen dem westlichen und östlichen Preußen immer gewahrt, es war also durch diesen Hinzutritt des Steuervereins den Gegnern ein Trumpf aus der Hand gewunden, mit dem sie Preußen möglicherweise ihrem Willen untertan machen konnten. Aber freilich: dieser Vorteil war teuer erkauft, war um Zugeständnisse erkauft, für die die klugen, vorsichtigen und sparsamen Zollpolitiker Preußens unter anderen Umständen niemals zu haben gewesen wären und zu denen sie sich nur unter dem größten inneren Widerstreben bereitfanden. Denn Hannover hätte ihnen sonst selber kommen müssen. Es hätte auf die Dauer in seiner Isoliertheit nicht verharren können. Das Interesse des modernen Verkehrs, das Bedürfnis nach einem Ausbau der hannoverschen Eisenbahnen und nach guten Anschlüssen an die preußischen Linien hätte die hochmütigen Welfen schließlich unfehlbar gezwungen, in Berlin die Zulassung zum Zollverein zu erbitten, und jetzt? Jetzt mußte umgekehrt Preußen den ersten Antrag machen und mußte noch außerdem Hannover ganz übertrieben hohe Extraprofite zugestehen, um es zu einem Vertrage zu bewegen, der in wirtschaftlicher Beziehung für Hannover viel wünschenswerter war als für Preußen. Preußen glaubte dafür nun aber wenigstens in der Lage zu sein, den widerspenstigen Zollvereinsbrüdern den Stuhl vor die Tür zu setzen. Es kündigte die Verträge für den 1. Januar 1854 und erklärte, daß es nur mit denen wieder abschließen würde, die den

Zollanschluß des Steuervereins wollten, es ging sogar so weit, im September 1852, als die Berliner Konferenzen durchaus nicht vorrücken wollten und als die Zollvereins-Sonderbündler die Bedingung machten, daß erst der Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich, da nun erst die Erneuerung des Zollvereins erfolgen sollte, die Verhandlungen für abgebrochen zu erklären. Jetzt hätte es gegolten, fest zu sein, allein die Zaghaftigkeit, die die preussische Politik jener Tage überhaupt kennzeichnet, trat auch in dieser Frage hervor und schien aufs neue zu beweisen daß auf preussische Drohungen nichts zu geben sei.

Die Lage war allerdings dadurch kritisch geworden, daß Hannover erklärte, es werde an der Zolleinigung mit Preußen nur festhalten, wenn es damit auch mit dem ganzen Zollverein in eine Zolleinigung komme, und bei der Koalition der Gegner, deren Kern auch hier wieder wie bei der Union die Königreiche waren, schien der Entschluß gefaßt zu sein, es aufs Äußerste ankommen zu lassen.

Zu diesem Äußersten fand man in Berlin nun aber doch nicht den Mut; man lenkte ein und schlug, um wenigstens nicht der eigentlichen Zollvereinsopposition zu unterliegen, den Weg direkter Verständigung mit Oesterreich ein — ähnlich wie bei Olmütz. Und Oesterreich ging mit sichtlichher Genugthuung auf die preussischen Vorschläge ein. Herr von Bruck erschien persönlich in Berlin, und Februar 1853 war der von Oesterreich zunächst gewünschte Handelsvertrag gesichert. Oesterreich erreichte so ziemlich alles, was es wollte, namentlich auch die Aufnahme des Passus, daß dieser Zoll- und Handelsvertrag als Übergang zu einer schließlich zu erstrebenden Zolleinigung angesehen werden sollte, und als dann im April 1853 die Zollvereinsverträge wieder erneuert worden waren, mochte man sich in Wien wohl der Zuversicht hingeben, daß nun der künftige Erwerb einer hegemonischen Stellung in Deutschland gesichert sei. Das aber war doch voreilig. In Wirklichkeit hatte auch diese Aktion lediglich zur Folge, daß sie den preussischen Selbsterhaltungstrieb herausforderte und damit gerade diejenige Entwicklung beschleunigen half, die sie hatte vermeiden wollen, denn dadurch, daß Oesterreich durch seine Forderungen eigentlich erst den politischen Gesichtspunkt in die Zollvereinsache hineingebracht und durch die Unterstützung, die es den zum Frondieren geneigten Mitgliedern des Zollvereins lief, jenen kritischen Zustand erzeugt hatte, waren die Schäden der bestehenden Verfassung des Zollvereins in die grellste Beleuchtung getreten, und es stellte sich daher in einer der

Entwicklung im Bunde völlig analoger Weise in Preußen der Gedanke ein, daß unter diesen Verhältnissen kein Zollverein besser sei als ein seinen ursprünglichen Zwecken entfremdeter, nur dem Herrschbedürfnis Österreichs dienender.

Die Folge der Krisis war zunächst der Eintritt völliger Stagnation in der weiteren Entwicklung. Preußen und Süddeutschland standen sich in tiefer Verstimmung gegenüber. Die Süddeutschen ärgerten sich, daß sie Preußen nicht völlig zur Kapitulation gezwungen hatten und daß sich Preußen auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fragen auf das Auskunftsmitglied zurückgezogen hatte, das dritte Deutschland durch Separatabkommen mit Österreich matt zu setzen, in Preußen aber waren die Zollvereinsmänner aufgebracht darüber, daß sie durch die Opposition gezwungen worden waren, von ihren bewährten alten Grundsätzen abzuweichen; auf den Generalkonferenzen der folgenden Jahre herrschte daher eitel Zank und Streit, es war kein Vorwärtkommen möglich, da für alle Beschlüsse Einstimmigkeit erforderlich war und ein dissentierender Staat durch sein liberum veto auch die wohlwollensten Verbesserungen hintertreiben konnte. Es war eine Anarchie, die in ihren Wirkungen auf das peinlichste empfunden wurde. Bismarck, der seine diplomatische Laufbahn ja eigentlich in diesen Zollvereinsdingen begonnen hatte und der ihrer weiteren Entwicklung schon aus diesem Grunde mit größter Aufmerksamkeit folgte, schrieb am 15. März 1858 an einen Freund: „Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist; ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekommen ist... Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde oder doch, daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfnisse machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen... Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollverein... für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinsfachen den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die anderen es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran

gehen, aber wenn wir dreist und konsequent wären, könnten wir viel durchsetzen.“

Diese Äußerung beweist, daß Bismarck in derselben Zeit, in der er sein Programm für den Bund fertig hatte, auch schon für den Zollverein ungefähr diejenigen Gedanken formuliert hatte, die er später zur Ausführung brachte, er fand nur in dieser wirtschaftspolitischen Frage bei seinem Eintritt in das Ministerium das Feld schon weit mehr geebnet vor als auf rein politischem Gebiete, weil auf diesem Spezialgebiete, auf dem die preußische Politik in den letzten 40 Jahren allein wirkliche Erfolge davongetragen, wo also das preußische Selbstgefühl am empfindlichsten war, es des mächtigen Antriebes seiner Persönlichkeit am wenigsten bedurfte, vor allem aber doch auch, weil die Zeit eine andere geworden war und mit Macht vorwärts drängte.

Wirtschaftliche Zustände. Wir befinden uns mit den ersten Jahren der Regierung König Wilhelms I. gerade in dem Zeitpunkte, in dem die grundumstürzenden Veränderungen, welche um die Mitte des Jahrhunderts in den wirtschaftlichen Zuständen erfolgt waren, in ihren Wirkungen immer deutlicher hervortreten beginnen. Ein neues Deutschland war im Entstehen begriffen. In der Stille der Reaktionszeit, die für ein ungestörtes Erwerbsleben so günstig war, hatte seine Geburtsstunde geschlagen, und nun begann der junge Riese bereits immer kräftiger seine Glieder zu regen. Unter dem Einflusse der wunderbaren Fortschritte der Technik erfolgte durchgehends eine völlige Umwandlung des Arbeitsprozesses, die an die Stelle des rohen empirischen Verfahrens allenthalben ein rationelles setzte, die Maschine übernahm eine Unzahl von Verrichtungen, die bisher der menschliche Arm zu leisten gehabt hatte, die Arbeitskräfte vermehrten sich dadurch ins Fabelhafte, die Arbeitsergebnisse nahmen nach der einen Seite immer mehr ins Massenhafte hinein zu, nach der anderen Seite ins Kleine und Feine, die zunehmende Arbeitsgelegenheit und Arbeitsfreudigkeit rief immer größere Scharen unter die Fahnen des gewerblichen Fortschrittes, immer größer wurden die Arbeitsüberschüsse, das Kapital und das kapitalistische Unternehmertum begann nun wieder seinerseits seine revoltierende Wirkung auszuüben.

Es begann eine neue Völkerwanderung aus dem Lande in die Städte, deren pilzartiges Wachstum jetzt anhub. Die Veränderungen, die in der Agrarverfassung im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgt waren, hatten die ländliche Bevölkerung zum Teil vom Boden

losgerissen und nach den städtischen Zentren hingetrieben, wo sie wohl das Proletariat vermehrte, zugleich aber jeder Art wirtschaftlichen Beginns billige Kräfte zur Verfügung stellte. Auch hier, in dem Abströmen der Landbevölkerung in die Städte, machte sich die mobilisierende, raumverschlingende Wirkung des neuen Verkehrsmittels der Eisenbahn geltend, das gerade in den 50er Jahren in einer beinahe fieberhaften Eile zur Durchführung gekommen war. Und welche Umwälzungen riefen gerade in jenen Jahren Eisenbahnen und Telegraph auf dem Gebiete des Handels hervor! Auch hier wurden die altväterischen Formen völlig verlassen, Kredit- und Bankwesen begannen immer weitere Kreise zu ziehen, alles weitete sich aus, die Beziehungen wurden immer komplizierter, auch auf dem Gebiete von Handel und Verkehr ward die Kleinstaaterei innerlich überwunden, das ganze Volk wuchs immer mehr zu einer einzigen Wirtschaftsgenossenschaft zusammen, und die Weltwirtschaft begann bereits das Ganze mit den weiten Mäßen ihres Netzes zu überziehen.

Unter dem Eindruck dieses drängenden, üppig hervorquellenden Neuen, dieses Sich-Regens aller Kräfte, das noch verstärkt wurde durch das Beispiel der anderen, namentlich der westlichen Nationen, deren Gedeihen vor allem auf dem Glanz seiner materiellen Kultur beruhte, stieg jetzt der deutsche Genius endgültig — wenigstens für den Lauf des Jahrhunderts — aus den Höhen des Idealen herab: das Reale begann im Tun und Denken der Nation sich vorwiegend Geltung zu erzwingen. Die praktischen Bedürfnisse der Gegenwart bestimmten mehr und mehr das öffentliche Leben. Neben den politischen tritt jetzt, unendlich viel wirksamer und drängender, der ökonomische Liberalismus: absolute Konkurrenz, Freiheit des Verkehrs, des Erwerbes, des Eigentums, schrankenloser Individualismus, Einschränkung der Staatsstätigkeit — diese Grundforderungen des Manchesterturns —, sie werden jetzt die herrschenden Forderungen und Bedürfnisse auch bei uns. Es gilt, einen gewaltigen Schritt vorwärts zu tun aus den Rechts- und Lebensformen einer untergehenden Wirtschaftsperiode heraus in die Freiheit hinein. Auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse ringen die neuen Überzeugungen vergebens nach Anerkennung. Es gilt darum, einen neuen Boden zu schaffen, und wenn wir etwas tiefer blicken und nicht bloß die Notizen der Diplomaten studieren, dann gewahren wir etwas von der rastlosen Arbeit, in der die damals lebende Generation um dieses Neuland ringt. In den zahllosen periodischen

Versammlungen der 50er und 60er Jahre, in den Versammlungen der Land- und Forstwirte, der Lehrer, der Geistlichen, der Philologen, der Künstler, der Techniker und Eisenbahner, der Statistiker und Volkswirte, der Kaufleute, der Handwerker und endlich der Arbeiter und ihrer Vertreter, da hören wir den Pulsschlag der modernen Zeit, da spüren wir das Drängen der modernen Gesellschaft aus den engen und beschränkten überlieferten Formen heraus einem größeren und umfassenderen, auf der natürlichen Basis des nationalen Zusammenhangs ruhenden Staatskörper zu.

Die neue Zeit mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung pocht immer vernehmlicher an die Schranken der überlieferten Mittel- und Kleinstaaten mit ihren Zufallsgrenzen. Es sind nicht mehr Ideen und Theorien, mit denen man die Mauern des Partikularismus umzuwerfen sucht, sondern es ertönen jetzt die Posaunen des praktischen Bedürfnisses, das eiserne Muß, und dieser Kraft gegenüber geraten die so ängstlich gehüteten Bollwerke ins Wanken, — es ist und bleibt ein grandioser Anblick: dieser zähe, unablässige Kampf einer großen Volkspsyche um einen staatlichen Körper, und so groß immer die Verdienste derer sind, die später durch die erlösenden Tatenblicke die schwüle Gewitteratmosphäre gereinigt haben, so dürfen wir doch nicht der Generation von aufopfernden Männern der täglichen Praxis vergessen, die den unendlichen Bedürfnissen, die in den Massen schlummerten, Gedanken und Stimme verliehen, die über alle Widerwärtigkeiten und Enttäuschungen der Gegenwart hinweg das Banner des großen modernen Rechtsstaates emporhielten, und die eine erstaunliche Fülle von Gedankenkapital zusammentrugen, das nachher einfach dem deutschen Staate, als er da war, als Erbe zufiel. Wir finden auf den Kongressen der Volkswirte und des deutschen Handelsstandes und der deutschen Juristen bereits alle die Fragen bis zur Spruchreise behandelt, die dann ihre Lösung in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Reiches fanden: diese Verfassung bildet den Schlußstein einer Reformbewegung, die schon 10 und 15 Jahre hindurch die besten Köpfe Deutschlands in Tätigkeit gehalten hatte.

Wenn nun auch diese Vertreter des Fortschrittes in ihrer politischen Richtung der Mehrzahl nach Liberale waren und insofern zu der preussischen Politik, wie sie sich im Anfange der 60er Jahre entwickelte, im Gegensatz standen, so zwang die Wirtschaftspolitik Preussens jetzt

wie stets seit der Begründung des Zollvereins alle diese Männer des Fortschrittes, doch immer wieder auf Preußen zu blicken.

Preussischer Handelsvertrag mit Frankreich. Schon ehe Bismarck hier an die Spitze der Geschäfte berufen war, hatte Preußen einen Schritt getan, der in erster Linie dazu bestimmt war, Preußen von der lästigen Fessel des Februarvertrages (von 1853) zu befreien und der zu einer erneuten Krisis im Zollverein führte, welche jetzt aber eine andere Lösung als früher im Gefolge haben sollte. Dieser Schritt war der Abschluß eines Handelsvertrag-Entwurfs mit Frankreich im März 1862, — eins der wichtigsten Ereignisse der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts bis dahin. Er bedeutete den Übergang aus dem rohen und rein empirisch entstandenen Tariffsystem des älteren Zollvereins zu einer etwas rationelleren Tarifierung, er bedeutete ferner einen entschiedenen Bruch mit dem Gedanken des Protektionismus und endlich die Anbahnung einer möglichst ausgedehnten Verkehrs- und Handelsfreiheit. Frankreich hatte auf dieser Basis der gegenseitigen Verkehrs erleichterung bereits 1860 ähnliche Handelsverträge mit England und Belgien abgeschlossen, mit den Niederlanden, der Schweiz und Italien angebahnt; in allen Verträgen garantierten sich die Vertragsschließenden gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation, verzichteten also auf differentielle Begünstigung einzelner mit Ausschluß der anderen; es war damit im ganzen eine handelspolitische Bewegung im Gange, welche die Freiheit oder wenigstens die Erleichterung des Austausches der Erzeugnisse unter den europäischen Staaten an die Stelle der Ausschließung oder Erschwerung zu setzen bestrebt war, und dieser Bewegung schloß sich nun Preußen — im Namen des Zollvereins, wie es nach den ersten Äußerungen seiner Verbündeten anzunehmen berechtigt war — mit Entschiedenheit an. Es war ein Schritt, der in gewisser Weise als eine Analogie zu der Gründung des Zollvereins selber bezeichnet werden konnte. So wie damals die Verkehrsstrahlen zwischen den einzelnen deutschen Staaten beseitigt worden waren, so sollten jetzt diese Schranken zwischen den europäischen Staaten wenigstens erniedrigt werden und der einheitliche deutsche Markt sich zu einem einheitlichen europäischen ausdehnen. Daß die Erwartungen, welche sich an diese Bewegung knüpften, sich später als irrig erwiesen, daß bei der riesigen Bevölkerungszunahme der innere Markt schließlich sich doch als wichtiger wie der äußere herausstellte, daß namentlich die Bedeutung der englischen Konkurrenz

entschieden unterschätzt war, so daß man schon nach 15 Jahren zum nationalen Schutzsystem zurückkehren mußte, das geht uns hier bei der Beurteilung dieser Frage nichts an.¹⁾ Für uns muß entscheidend sein, daß der Abschluß des Handelsvertrages ein Schritt war, durch den sich Preußen damals in den Augen der großen Mehrheit aller wirtschaftlich Interessierten als die führende Macht des wirtschaftlichen Fortschrittes darstellte, ein Schritt, der zugleich als eine entschiedene Betätigung des Liberalismus galt, und da war es nun für Österreichs Aussichten in Deutschland entschieden recht übel, daß es wie allen anderen wirklichen Reformen am Bunde, so auch dieser Reform sein hemmendes Nein entgegenstellte. Der Vertrag hatte allerdings eine Spitze gegen Österreich. Er schloß als naturgemäße Folge die Loslösung Preußens von dem Februarvertrag von 1853 in sich, den ja, wie wir wissen, Preußen nur sehr ungern auf sich genommen hatte, und er hatte vor allem zur Folge, daß von einer Zollvereinigung mit Österreich, von einem Eintritte Österreichs in den Zollverein in Zukunft nicht mehr die Rede sein konnte, da für Österreich die niedrigen Tariffsätze, die mit Frankreich vereinbart waren, völlig unmöglich waren. Es bedeutete also der Handelsvertrag mit Frankreich die Wiederherstellung jenes Zustandes, der in den ersten Zeiten des Zollvereins bestanden hatte: er konstatierte aufs neue einerseits die wesentliche wirtschaftliche Interessengemeinschaft des engeren Deutschland und die Naturgemäßheit eines Zusammenschlusses desselben, und andererseits die wesentliche Interessenverschiedenheit zwischen dem engeren Deutschland und Österreich und die Naturgemäßheit der Absonderung dieser beiden Gebiete. In Wien konnte man sich natürlich auch jetzt wieder nicht in die harte Realität der Tatsachen finden, man verlangte, daß den Naturgesetzen des wirtschaftlichen Interesses zuwider aus Rücksicht auf Österreich der Abschluß dieses Handelsvertrages unterbleiben und erst ein neuer Handelsvertrag mit Österreich abgeschlossen werden sollte. Österreich berief sich dabei immer wieder auf den Vertrag von

1) Übrigens urteilt Weber, Geschichte des Zollvereins S. 400, noch im Jahre 1868: Der Verkehr mit Frankreich und die Ausfuhr dahin hat zugenommen, die von manchen Gegnern des Vertrages befürchtete Überschwemmung mit englischen Waren ist ausgeblieben, und wenn auch vielleicht einige Zweige im Anfange einer etwas vermehrten Konkurrenz begegneten, so ist die Wirkung im ganzen doch eine günstige und für die gesamte Industrie förderliche gewesen.

1853 und auf das Bundesverhältnis, aus dem es wie auf politischem so auf wirtschaftlichem Gebiete das Recht herleitete, Deutschland zu verbieten, sich seinen Bedürfnissen gemäß zu gestalten und zu entwickeln, und zu gebieten, daß in Deutschland nur geschehe, was Österreich wolle, und es ist nun gar nicht zu verkennen, daß dieser Einspruch Österreichs, der im September 1861 erfolgte, nur die Wirkung hatte, Preußen in dem Festhalten der einmal eingeschlagenen Bahn zu bestärken. Daß der französische Handelsvertrag die Nebenwirkung hatte, die Ansätze zum Dualismus, die durch den Februarvertrag von 1853 auch in den Zollverein gekommen waren, zu zerstören, machte ihn in den Augen der preussischen Staatsmänner besonders angenehm, und man wird zweifeln dürfen, welche der verschiedenen Eigenschaften des Handelsvertrages eigentlich den Ausschlag gab. Allerdings entzündete sich an dem Einspruch Österreichs ein heftiger Widerstand der mehr schutzöllnerisch gesinnten Südstaaten, und es ist unmöglich das Gewicht so mancher Einwände, die hier vorgebracht wurden, zu verkennen, allein in der Reihe der Gegner Preußens vom Jahre 1853 fehlte diesmal Sachsen, das durchaus freihändlerisch gesinnt und also für den Handelsvertrag war, und dann war die Bevölkerung Süddeutschlands überwiegend jetzt für den Freihandelsgedanken eingenommen, auch schon deshalb, weil er für liberal galt, und sie ließ die Regierungen im Stich, als Preußen die Zollvereinsverträge gekündigt hatte und die Anerkennung des französischen Handelsvertrages zur Bedingung des Wiederabschlusses machte. Die einzelnen Ereignisse waren folgende: Im Juli 1862 stellte Österreich den Antrag, mit seinem ganzen Gebiete in den Verein aufgenommen zu werden. Am 20. Juli erklärte Preußen, auf diesen Antrag nicht mehr eingehen zu können, da es Frankreich gegenüber bereits gebunden sei, und es erfolgte dann unmittelbar darauf am 2. August 1862 die Unterzeichnung der Verträge mit Frankreich. Es war damit eine vollendete Tatsache geschaffen. Preußen hatte seine Stellung klar und deutlich gekennzeichnet und erklärt, daß es nur auf dieser Basis auf eine Erneuerung des Zollvereins im Jahre 1865 eingehen werde, und es kam nun für diejenigen Staaten, die einer hegemonischen Stellung Preußens im Zollverein, auf welche Preußen durch dieses Vorgehen offenbar hinarbeitete, widerstrebten und die Anarchie, die bisher verfassungsmäßig bestand, durch die Aufnahme Österreichs zu einer dauernden machen wollten, oder die wirklich aus inneren Gründen widerstrebten, die Zeit der bitteren Wahl.

Sie wollten sich dem Willen Preußens gern entziehen, es fragte sich nur, ob sie es konnten, ob sie den Zollverein entbehren und eventuell mit Oesterreich allein in einen Zollbund treten konnten. Die Frage spitzte sich genau so zu, wie in der Frage: Kleindeutschland oder Großdeutschland, sie löste sich nur rascher und leichter als diese letztere, weil in den Zollvereinsjahren der Widerstand hauptsächlich von den Regierungen aus erfolgte, in den Bevölkerungen dagegen der Zollverein bereits so feste Wurzeln geschlagen hatte, die materiellen Interessen eine so unzweideutige Sprache redeten, daß eine Sprengung des Zollvereins jetzt als ein Ding der Unmöglichkeit betrachtet wurde. Allerdings erklärten in den Monaten August bis Oktober Bayern, Württemberg, Hannover, Nassau und Hessen-Darmstadt, daß sie den Handelsvertrag ablehnten, allein in der gewaltigen Diskussion, die sich nun erhob, stellte sich eben sehr bald heraus, daß, mochte der Handelsvertrag aussehen wie er wollte, der Zollverein unter allen Umständen erhalten bleiben mußte. Der deutsche Handelstag, der im Oktober 1862 in München tagte, sprach sich in seiner Mehrheit sehr entschieden für den Handelsvertrag aus.

Bismarcks Eingreifen. Das war die Lage, die Bismarck vorfand, als er ins Amt trat. Sie war der Lage vom Jahre 1853 sehr ähnlich. Die Rolle, die jetzt Frankreich spielte, spielte damals Hannover, und das offizielle Süddeutschland war wie damals im Lager Oesterreichs. Der Unterschied war nur, daß erstens Sachsen, mochte es politisch noch so sehr gegen Preußen intrigieren, in kommerzieller Beziehung jetzt stramm auf seiten Preußens stand; daß zweitens den Gedanken, die in dem französischen Vertrag zum Ausdruck kamen, zunächst wenigstens die Zukunft gehörte, und daß drittens der preußische Ministerpräsident nicht mehr Montenuffel hieß. Bismarck war von Anfang an entschlossen, die Pfuscherarbeit der Reaktion zu beseitigen, selbst auf die Gefahr hin, daß zunächst der Zollverein auseinanderging. Darauf, den Zollverein von Grund aus zu reformieren, verzichtete er für jetzt. Er war sicher, daß die Gelegenheit zu einer solchen Reform bald wiederkehren werde. Für den Augenblick beschränkte er sich darauf, Preußen mit Entschiedenheit das Recht der Initiative zu wahren. Er ließ auf der nächsten Generalkonferenz des Zollvereins in Berlin (Juli 1863) erklären, daß Preußen allerdings die Absicht habe, mit Oesterreich in Verhandlungen zu treten, daß es dies aber erst tun könne, wenn die Frage der Erneuerung oder Nichterneuerung des Zollvereins erledigt sei.

Es waren die heißen Tage des Frankfurter Fürstentages, und zu den Verstimmungen und Rekrimationen, die dieser Vorstoß Oesterreichs in der Bundesreformfrage zur Folge hatte, kam nun bald auch die aufregende schleswig-holsteinische Angelegenheit. Bismarck nahm in dieser Frage eine Stellung ein, die sich mit seiner Zollvereinspolitik geradezu kreuzte, und es hätte ja nahegelegen, das Zweibundsprojekt, das für die Durchführung der schleswig-holsteinischen Sache vorlag, durch Nachgiebigkeit in der Zollvereinsfrage zu erleichtern. Allein Bismarck dachte nicht daran; er hielt an seinem handelspolitischen Programm fest und hatte sogar die Genugthuung, daß Oesterreich, dessen Streben, in den Zollverein zu kommen, ja in erster Linie politischen Ursprungs war, unter dem Einfluß des preußisch-österreichischen Einverständnisses in Schleswig-Holstein die Zollvereinsfrage offenbar fallen ließ. Dieser Umstand gab in der Frage der Erneuerung des Zollvereins rasch den Ausschlag. Allein waren die Süddeutschen nicht stark genug, ihren Willen durchzusetzen, und nachdem Preußen bereits im Juni 1864 mit Sachsen, Kurhessen, den thüringischen Staaten, Braunschweig, Frankfurt und Baden, dann auch mit Hannover den neuen Zollvereinsvertrag abgeschlossen hatte, blieb den noch zögernden, Bayern, Württemberg, Großherzogtum Hessen und Nassau nichts anderes übrig als gleichfalls anzunehmen. Damit hatte Preußen in dieser Frage einen vollständigen Erfolg erzielt. Wenn auch der neue Vertrag das bisherige föderative Prinzip, die Gleichberechtigung aller Mitglieder des Vereins, unangetastet ließ, so war doch unverkennbar das Verhältnis nicht mehr das frühere. Nachdem Preußen Oesterreich endgültig aus der Handelsgemeinschaft mit dem übrigen Deutschland ausgeschlossen hatte, hatte es in der Leitung des Zollvereins die Stellung wieder erlangt, die ihm als dem größten Staate von Natur zukam und die von einer hegemonischen Stellung nicht mehr weit entfernt war. Daß aber die im Zollverein zum Ausdruck kommende Zusammengehörigkeit auch innerlich begründet und eigentlich völlig natürlich, die Zerwürfnisse aber, die jetzt bald zum Bruderkriege führten, eigentlich unnatürlich und wesentlich dynastischer Herkunft waren, das zeigt nichts besser als der Umstand, daß, als nun der Kampf unvermeidlich geworden war, sich um das Schicksal des Bundestages eigentlich niemand bekümmerte, um so ängstlicher aber die Frage erwogen wurde, was denn nun aus dem Zollverein werden sollte. Ein Kongreß, der auf Veranlassung Bayerns im Juni 1866 zusammentrat,

einigte sich dahin, daß mit allen Mitteln darauf hinzuwirken sei, den Zollverein trotz des Krieges tatsächlich zu erhalten, und da Preußen gleichfalls von dieser Notwendigkeit durchdrungen war, so bot der Zollverein das merkwürdige Schauspiel dar, daß, während seine Teile miteinander in offenen Krieg gerieten und ihre Kriegsheere sich bekämpften, die Zollbehörden ihre Funktionen im Namen der Gemeinschaft fortsetzten und Gelder im Namen derselben einnahmen und gegenseitig verrechneten; eine Erscheinung, die in Deutschland selbst niemanden überraschte, im Auslande aber als etwas ganz Unerklärliches allgemeines Erstaunen erregte, und die eben die innere erhaltende Kraft, die dem Zollverein innewohnt, in der auffälligsten Weise zur Anschauung bringt.¹⁾

Wenn nun die Erneuerung der Zollvereinsverträge, die durch das preußisch-österreichische Bündnis so wesentlich begünstigt worden war, einen entschiedenen Sieg der preußischen Politik darstellte, so gestaltete sich dieselbe für Oesterreich zu einer Niederlage, und dieser Umstand trug wesentlich dazu bei, die Politik des freundschaftlichen Einverständnisses in Mißkredit und seinen Urheber, den Grafen Rechberg, zu Falle zu bringen. Graf Rechberg war sich vielleicht der prinzipiellen Bedeutung des preußischen Vorgehens nicht ganz bewußt geworden. Es geschah dies erst, als gleichzeitig mit den Wiener Friedensverhandlungen Besprechungen über die Regelung des zollpolitischen Verhältnisses zwischen dem nun aufs neue gesicherten Zollverein und Oesterreich stattfanden. Preußen hatte nichts dagegen, daß diesen Besprechungen der Vertrag von 1853 zugrunde gelegt wurde, es wünschte aber, daß alle Bestimmungen, welche diesen Vertrag als die Einleitung einer künftigen Zolleinigung kennzeichneten, gestrichen würden, und diese Forderung rief nun bei Rechberg Bestürzung hervor. In dem Artikel 25 des alten Vertrages hatte gestanden, daß nach zwölf Jahren aufs neue Verhandlungen über einen dann vielleicht möglichen Eintritt Oesterreichs in den Zollverein stattfinden sollten: wenn diese Bestimmung wegfiel, dann erhielt die jetzige Entscheidung den Charakter des Unwiderruflichen, dann kam die Herauslösung Oesterreichs aus dem Verbande mit dem übrigen Deutschland auf diesem Gebiete offiziell zur Feststellung, und dann war allerdings zu befürchten, daß die Gegner der bisherigen Politik diese Entscheidung nur als

1) Weber, Der deutsche Zollverein, S. 463.

einen Vorläufer der Verdrängung Österreichs auch aus dem Bunde ausgeben würden. Bismarck war persönlich geneigt, die Bitte Rechbergs, daß der Artikel 25 erhalten bleibe, zu bewilligen, er fand aber bei den Ressortministern und vor allem bei Rudolf Delbrück, dem eigentlichen spiritus regens dieser ganzen Angelegenheit, nicht zuletzt auch bei dem Könige selber einen Widerstand, den er nicht zu überwinden vermochte, namentlich auch, da er sich damals gerade in Biarritz, nicht in Berlin befand. Er wollte die Sache nicht zu einer Kabinettsfrage machen, riet aber auf das dringendste zur Nachgiebigkeit, da man sich durch jenen Passus nur zu Beratungen, nicht aber dazu verpflichtete, daß diese Beratungen Erfolg hätten, und da die Stellung Rechbergs offenbar sehr gefährdet war. Da der König sich nicht für Bismarck entscheiden wollte, in dessen Abwesenheit aber auch nicht gegen ihn, so blieb die preußische Antwort auf die erneuten Vorstellungen Rechbergs aus, und diesen Umstand benutzten die Gegner des österreichischen Ministerpräsidenten, um ihn zu stürzen. An demselben Tage, an dem die Urkunde des Wiener Friedens endgültig festgestellt wurde — am 27. Oktober — erhielt Graf Rechberg seine Entlassung. Bismarck äußerte später einmal gelegentlich: „Es war durchaus verkehrt, den Artikel 25 nicht zu bewilligen und damit Rechberg aus dem Amte zu treiben; Rechberg hätte alles aufgeboten, den Krieg zu verhüten.“ „Freilich“, setzte er hinzu, „einmal hätte es doch zum Kriege kommen müssen, da war es vielleicht ein Glück, daß es damals, unter verhältnismäßig günstigen Konstellationen, geschah.“¹⁾

In der Tat, die Entscheidung mußte bald kommen. Es wurde Zeit, daß die alten Fragen endlich eine Lösung fanden, denn gerade die unerhörte Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung in den fünfziger Jahren, deren Segnungen wir vorhin betrachtet haben, hatten doch auch bedenkliche soziale Nebenerscheinungen gezeitigt, aus denen der Zeit neue ernsteste Aufgaben erwuchsen.

Die soziale Frage. Die Frage nach der Möglichkeit einer grundsätzlichen Besserung des Loses der Armen und Ärmsten bestand ja bei uns schon seit den vierziger Jahren und bildete in Südwestdeutschland eine sehr merkwürdige Unterströmung der Bewegung von 1848. Karl Marx und Friedrich Engels hatten damals in der Neuen Rheinischen Zeitung die Sturmglöcke geläutet und versucht, die Proletarier zum

1) Sybel, Begründung des Deutschen Reiches, 3, 414.

Kämpfe gegen die Besitzenden unter die Waffen zu rufen. Die Reaktion hatte dann auch diese Geister zur Ruhe verwiesen und versprengt, allein die Zustände, die den Wortführern der sozialen Revolution den Vorwand geliefert hatten, waren geblieben und verschärften sich mit dem raschen Wachstum der Industrie, namentlich in Sachsen und in den Rheinlanden, und mit der Zunahme der Fabrikarbeiterschaft. Auch aus den Kreisen des Handwerks, das durch die Maschine aus den gewohnten Bahnen geschleudert war, ertönten immer lautere Klagen. Es zeigte sich eben, daß der unerhörte wirtschaftliche Stoffwechsel, der eine Folge des allgemeinen materiellen Aufschwunges gewesen war, doch offenbar einzelne Organe des Volkskörpers überlastete und andere lähmte.

Es lag in diesen Zuständen eine dringende Mahnung zur Abhilfe, allein die Kreise des liberalen Bürgertums, die ja im wesentlichen die Träger dieser wirtschaftlichen Entwicklung waren, hatten für diese Mahnung kein rechtes Organ. Die Erscheinungen des Pauperismus, die Anzeichen einer geistigen und leiblichen Entartung der Fabrikbevölkerung, sie galten als die naturnotwendige Folge der wirtschaftlichen Evolution, in die um keinen Preis eingegriffen werden dürfe. Die liberale Idee hatte auf wirtschaftlichem Gebiete den Grundsatz des „Geschehenlassens“ erzeugt, der allem jenem Massenelend gegenüber nur ein bedauerndes Achselzucken zuließ. Indessen schon früh erzeugte die Entrüstung über diesen unvernünftigen Zustand eine Gegenströmung. Dem schrankenlosen ökonomischen Individualismus setzte sich der Sozialismus entgegen. Von verschiedenen Ausgangspunkten aus, vom Standpunkte der Humanität, oder von dem des Christentums oder endlich von dem des Staatsgedankens, konnte die Forderung erhoben werden: es ist Pflicht, dem Schwachen beizustehen und den Elenden zu erlösen! In England hatte Carlyle dies schon vor dem Jahre 1840 bei Gelegenheit der Chartistenbewegung ausgesprochen. Von Carlyle angeregt, aber auch schon auf eigenen Wegen zu ähnlichen Einsichten gelangt, spann bei uns der warmherzige und klarsichtige Viktor Aimé Huber seine Gedanken darüber aus, wie den Hilfsbedürftigen zu helfen sei, und ging Schulze-Dehligsch, unter den Liberalen eine Ausnahme und in den praktischen Vorschlägen sich mehrfach mit dem konservativen Huber berührend, an die Ausgestaltung seiner Rohstoff-, Konsum- und Vorshußvereine.

Diese und ähnliche Versuche hatten das miteinander gemein, daß sie eine Heilung der Schäden auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung für möglich hielten, daß sie wirtschaftliche Mißstände mit wirtschaftlichen Mitteln zu heben suchten. Demgegenüber erhob nun Ferdinand Lassalle¹⁾ wieder die Fahne des radikalen Sozialismus und machte die soziale Not zu einem Faktor der politischen Propaganda. Er stand mit diesem auf Umsturz hindrängenden Vorgehen im allgemeinen im Zusammenhang mit den Ideen von Karl Marx, soweit es sich um die Verneinung des Bestehenden handelte, in seinem positiven Vorgehen hingegen war er ganz er selber, hier herrschte eine durchaus persönliche Note vor, war insbesondere entscheidend der brennende Wunsch zu wirken und zu glänzen. Eigentlicher Antrieb zum praktischen Handeln wurde ihm der preußische Militärkonflikt. Natürlich war auch er ein Gegner der Forderungen der Regierung. Aber wenn er den Sieg der Regierung fürchtete, so war er weit davon entfernt, nun etwa der liberalen Parlamentsmehrheit den Sieg zu gönnen. Dieser Sieg konnte seiner Meinung nach nur einen Sieg der Bourgeoisie bedeuten, und diese Bourgeoisie schien ihm in ihren Herrschafts- und Unterdrückungsgelüsten viel gefährlicher als das Königtum. Mächtig rangen die beiden miteinander. Die Krone hatte im März 1862 das Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet, und damit schien nun Lassalle der Moment gekommen, die ungeheuren Kräfte, die in den vom Kapital noch beherrschten Klassen schlummerten, zu organisieren und so eine dritte Macht zu schaffen, die dem einen oder dem anderen Gegner durch ihren Hinzutritt den Erfolg brachte. Bei dem Haß gegen den wirtschaftlichen Massendespotismus der Kapitalisten konnte es nicht zweifelhaft sein, daß er seine Hilfe zunächst nur der Krone anbieten konnte; er glaubte wohl darauf rechnen zu können, auf diese Krone dann den genügenden Einfluß auszuüben, um des Erfolges des ganzen Feldzugplanes sicher zu sein. Die verschiedenen ehrgeizigen Gedanken, die in seinem Kopfe gärten, ordneten sich zu einem klaren Programm, als eine Abordnung von Leipziger Arbeitern bei ihm erschien und ihn darum ersuchte, ihnen seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und die Schulze-Dehnbandschen Genossenschaften mitzuteilen. In seinem „Diffe-

1) In Breslau 1825 als Sohn des jüdischen Kaufmanns Heimann Lassalle geboren. Vgl. Hermann Duncen, Ferdinand Lassalle, 3. Auflage 1920.

nen Antwortschreiben" vom 1. März 1863 verkündete er ihnen seine neue Botschaft. Die Schulzeschen Reformen bezeichnete er als Palliativmittel, die nicht weit führten und den Todeskampf höchstens verlängerten. Das „eherne Lohngesetz“ — nach dem der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibe, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei — sorge dafür, daß alle diese kleinen Mittel nichts helfen: das Genossenschaftsprinzip sei nur richtig in Anwendung auf die fabrikmäßige Großproduktion. Wirklich helfen könnten nur Produktivassoziationen mit Staatshilfe. Mit dem Mittel des allgemeinen direkten Wahlrechtes könne der Arbeiter dies Ziel erreichen. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituieren. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands zu erlangen, müsse sein Streben sein. Hierfür habe er eine friedliche und gesetzliche Agitation ins Werk zu setzen. — Es waren das Sätze von wahrhaft lapidarer Kraft und von streng logischer Geschlossenheit. Durch die Erkenntnis, die er ausspricht, daß in dem im wesentlichen gleichartigen wirtschaftlichen Interesse des Arbeiterstandes die Begebenheit für eine politische Partei bestehe, und durch die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechtes ist Lassalle faktisch der Begründer der deutschen Sozialdemokratie geworden. Er ist es auch geworden durch den Gedanken der Staatshilfe und dadurch, daß er dabei ab sah von einem chimärischen Zukunftsstaate, und von vornherein an den gegenwärtigen preußischen Staat dachte, in dem er selber lebte und wirken wollte. Denn so sehr die Sozialdemokratie später gegen diese Lassalleschen Gedanken protestierte und darauf aus war, sich als internationale Umsturzpartei darzustellen, sie ist de facto von dem bestehenden Staate nicht losgekommen und hat es schließlich auch nie abgelehnt, von diesem Staat Vorschüsse auf ihre Zukunftshoffnungen entgegenzunehmen.

So waren also in diesem offenen Antwortschreiben Gedanken ausgesprochen, die eine gewaltige Entwicklungsfähigkeit in sich trugen, allein darin täuschte sich Lassalle, wenn er meinte, daß dieses Programm ihm schon gleich jetzt die Möglichkeit zu einer politischen Rolle verleihen würde.

Allerdings: in Leipzig erklärte sich der Arbeiterverein, von dem die Unregung ausgegangen war, in überwältigender Mehrheit für ihn,

ebenso die Vereine in Frankfurt a. M., Mainz und einigen anderen Orten; Lassalle schritt darauf rasch zur entscheidenden Tat, zur Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und am 23. Mai 1863 fand die erste konstituierende Sitzung statt, in der elf Städte vertreten waren, allein diese an sich recht bescheidenen Anfänge waren doch nur das Ergebnis seiner hinreißenden Beredsamkeit und einer mit wahrer Fieberhitze betriebenen ganz persönlichen Agitation. Von einem freiwilligen Anschlusse größerer Mengen an seine Ideen war nirgends die Rede. Dazu waren dieselben noch zu neu, zu ungewohnt. Die Partei, auf die er rechnete, war eben noch nicht da, und so ungeduldig er auch den Boden stampfen mochte, sie wollte nicht erscheinen.

Sehr auffallend ist, daß gerade der uns so populär dünkende Gedanke des allgemeinen, direkten Stimmrechtes damals zunächst noch nicht zündete. Hier stand auch im Wege, daß der große Theoretiker der proletarischen Bewegung, Karl Marx, von diesem Stimmrecht nichts wissen wollte. Die Anwendung des suffrage universel in Frankreich, welches dem Dezembermann erlaubte, seine despotische Herrschaft als das „gouvernement du grand nombre“ darzustellen, hatte diese Institution in den Augen der Radikalen anrüchig gemacht. Auch der junge August Bebel war damals ein Gegner dieses Stimmrechtes. Lassalle aber war hier entschieden der tieferblickende, und darin liegt seine eminente historische Bedeutung. Mit dem sichereren Instinkte des Realpolitikers hatte er die ungeheuren Kräfte erkannt, die in den unorganisierten Elementen der Gesellschaft noch schlummerten. Sein Durst nach Macht hatte ihm den Weg nach diesen untersten Schichten gewiesen.

Es ist nun überaus merkwürdig und gewährt einen intimen Reiz zu beobachten, daß er sich auf diesem Wege zu den untersten Schichten des Volkes mit dem preußischen Ministerpräsidenten, mit Bismarck, begegnete, und daß aus dieser Begegnung tatsächlich ein Gedankenaustausch, ein Erwägen politischen Zusammengehens erwuchs, bei dem Lassalle allerdings als der Verbende, der Suchende erscheint, auf welches Bismarck doch aber offenbar, wie er selber später gern bekannte, mit dem lebhaftesten Interesse eingegangen ist.

Was beide im übrigen so weltentfern voneinander stehende Männer miteinander verband, war die beiderseitige heftige Gegnerschaft gegen die Fortschrittspartei und die Erkenntnis der Bedeutung, welche die

Macht in der Politik hat, nur daß Bismarck seine Machtpolitik im Interesse des preußischen Königtums und im Hinblick auf die deutsche Einheit betrieb, Lassalle aber im eigenen Interesse. Bismarck hatte damals tatsächlich schon das allgemeine Wahlrecht in das Arsenal seiner politischen Waffen aufgenommen. Er glaubte — bei seinen Erwägungen allerdings vorwiegend von der Kenntnis der ländlichen Bevölkerung ausgehend —, gerade diejenigen Empfindungen, an die er bei seiner Politik in erster Linie zu appellieren hatte, nämlich das monarchische und das nationale Gefühl, eher in den Tiefen des Volkes anzutreffen als in den mittleren, vom Liberalismus beherrschten Schichten. Er sprach diesen Gedanken öffentlich und deutlich schon im September 1863 aus, in dem Bericht, in dem er die Stellung des preußischen Staatsministeriums zu den Vorschlägen des Frankfurter Fürstentages kennzeichnete. Er plädierte hier für eine wahre, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung. „Nur eine solche Vertretung“, hieß es in dem Berichte, „wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zugute komme. Rein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welches sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen von dem Ganzen sich innerlich lösenden Teil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten.“¹⁾

Wenn wir Bismarck kurz nach dieser Kundgebung Lassalle die Annäherung an ihn möglich machen sehen, so steht beides offenbar in einem genauen Zusammenhange. Die politische Wirkung, die in der Ankündigung jenes Trumpfes lag, wurde durch den Empfang des revolutionären Agitators, der doch nicht verborgen bleiben konnte, sicherlich verstärkt, und das war wohl die Hauptabsicht Bismarcks, allein auch die Geneigtheit zum wirklichen Ausspielen dieser Karte konnte ganz gewiß durch die feurigen Worte Lassalles nur gesteigert werden.

Auch für den Gedanken der Produktivgenossenschaften mit Staatskredit scheint Lassalle bei Bismarck wirkliches Interesse gefunden zu

1) Lenz, Geschichte Bismarcks S. 213. Duden, a. a. D. S. 368.

haben. Gewiß nicht nur deshalb, weil dieser Gedanke von der Fortschrittspartei auf das lebhafteste angegriffen war und weil die Fortschrittspartei überhaupt durch die Verbindung des Ministers mit dem radikalen Demagogen beunruhigt wurde. Wenn vielmehr im Mai 1864 der König auf den Rat Bismarcks eine Deputation schlesischer Weber empfing und dann diesen Arbeitern, die wegen dieses Schrittes von ihrem Arbeitgeber entlassen worden waren, eine Summe von 6 bis 7000 Talern aus seinen Privatmitteln zur Begründung einer Produktivgenossenschaft zur Verfügung stellte, so geschah dies einfach auch deshalb, weil schon damals Bismarck die Idee des sozialen Königtums vorschwebte, welche er erst 20 Jahre später in der sozialen Gesetzgebung zur Ausführung bringen konnte.

Die persönlichen Beziehungen zwischen Bismarck und Lassalle dauerten nur einige Monate hindurch. Sie hörten auf, als Lassalle es wagte, auf rasche Entscheidung drängen. In der Tat: Lassalle hatte Eile. So sehr er sich auch in der Agitation förmlich aufrieb, — die Erfolge waren und blieben gering. 1864 hatte die neue Partei noch nicht 5000 Mitglieder! Damit war eine Machtpolitik, wie er sie erträumt hatte, nicht zu treiben. Aber auch die Erfüllung seines Wunsches durch Bismarck, die sofortige „Diktroyierung des allgemeinen Wahlrechtes“, hätte ihm nichts geholfen, denn als dieses Wahlrecht drei Jahre später wirklich erteilt war, kam es zunächst nur der verhassten Bourgeoisie zugute.

Es war daher in jeder Beziehung ein Glück für ihn, daß sein Leben so bald schon — am 31. Oktober 1864 — ein jähes Ende fand. Lassalle hatte sich eben zu hoch vermessen; er hatte in seiner verzehrenden Ungeduld Ergebnisse vorausgenommen, die ein Vierteljahrhundert zu ihrer Entwicklung brauchten, allein die Bedeutung wird ihm in der Geschichte verbleiben: er hatte den Stein ins Rollen gebracht, und er hatte zur selben Zeit, in der Bismarck daran ging, eine neue und stärkere Rüstung denn je für die Monarchie zu schaffen, mächtig dazu beigetragen, daß der Tropfen demokratischen Oles, von dem Umland einst geweissagt hatte, nicht fehle.

Literaturangaben.

E. Marks, Bismarck. Bd. I. — Duden, Unser Heldenkaiser. — Sybel, Begründung des Deutschen Reiches. — Poschinger, Preußen am Bundestage. Bd. I—IV — Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. — D. Weber, 1848. (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 53.) — Wolf, Bismarcks Lehrjahre. — Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland.

Grundriß der Geschichtswissenschaft

Zur Einführung in das Studium der deutschen Geschichte
des Mittelalters und der Neuzeit

Herausgegeben von **Aloys Meister**

Inhaltsübersicht des Gesamtwerkes

I. Reihe: Historische Hilfswissenschaften und Propädeutik

1. *Lateinische Paläographie. Von Archivdir. Prof. Dr. B. Bretholz. Geh. M. 7.20, geb. M. 9.60.
2. *Urkundenlehre. I. Teil: Grundbegriffe, Königs- und Kaiserurkunden. Von Prof. Dr. R. Thommen. II. Teil: Papsturkunden. Von Professor Dr. Ludwig Schmitz-Kallenberg. Kart. M. 7.20
- 2a. Allgemeine Urkundenlehre für Deutschland und Italien. Von Prof. Dr. R. Heuberger. Kart. M. 15.—
3. *Chronologie des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. Von Geh. Archivrat Dr. Hermann Grotefend. Geh. M. 4.50, geb. M. 6.30.
4. *Spragistik. Von Archivdir. Geh. Archivrat Theodor Ilgen.
*Heraldik. Von Archivrat a. D., Reg.-Rat Dr. Erich Gritzner.
- *Otsche Münzgeschichte. V. Geh. Reg.-Rat Dr. F. Friedensburg. Zus. M. 8.40, geb. M. 11.40.
- 4a. Genealogie. Von O. Forst-Battaglia. Geh. M. 5.40, geb. M. 8.40.
5. *† Quellen und Grundbegriffe der histor. Geographie Deutschlands und seiner Nachbarländer. Von Prof. Dr. R. u. d. Kötzschke.
6. *Grundzüge der historischen Methode. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Aloys Meister. Geschichtsphilosophie. Von Professor Dr. O. Braun. Zus. geh. M. 4.50, geb. M. 7.20.
7. *Quellen und Historiographie der deutschen Geschichte bis 1500. Von Prof. Dr. Max Jansen. Fortgef. v. Prof. Dr. Schmitz-Kallenberg. M. 9.—, geb. M. 12.—.
8. † Quellen und Historiographie der Neuzeit. Von Geh. Rat Prof. Dr. Hermann Oncken.

II. Reihe: Historische Sonderwissenschaften

- 1 Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Rudolf Kötzschke. 2. Aufl. Kart. M. \$6.—
2. * Grundzüge der neueren Wirtschaftsgesch. (v. 17 Jahrh. b. z. Gegenwart). Von Prof. Dr. Heinr. Sieveking. Kart. M. 21.—
3. * † Deutsche Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis ins 14. Jahrh. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Al. Meister.
4. * † Deutsche Verfassungsgeschichte v. 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. Fritz Hartung.
5. * Deutsche Rechtsgeschichte. (Mit Ausschluß der Verfassungsgeschichte.) Von Prof. Dr. Claudius Freiherr von Schwerin. Geh. M. 9.60, geb. M. 15.—.
6. * Verfassungsgeschichte d. deutschen Kirche im Mittelalter. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Werninghoff. M. 15.—, geb. M. 21.—
7. † Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche in der Neuzeit. Von Prof. Dr. Jos. Freisen.
8. * Geschichte der protestantischen Kirchenverfassung. Von Prof. Dr. Emil Sehling. M. 3.60, geb. M. 6.30

* 2. bez. 3. Auflage. † In Vorbereitung.

Der „Grundriß“ soll in gedrängter Zusammenfassung und knapper Darstellung Studierendendie Lehren zur Einführung, Wiederholung und Vertiefung des historischen Studiums dienen.

Der „Grundriß“ soll den augenblicklichen Stand der Geschichtswissenschaft in den behandelten Einzeldisziplinen wiedergeben. Nicht Ergebnisse allein, auch neu aufgeworfene und zur Diskussion stehende Fragen werden darin erörtert.

Der „Grundriß“ soll anspornen zur Mitarbeit, zum Vergleichen und Beobachten sowie zum Sammeln entlegener Merkmale und Zeugnisse. Durch reiche Literaturangaben besonders in Kontroversfragen, wird der Leser in die Lage gesetzt, das Gebotene weiter zu verfolgen und die Begründung des ausgesprochenen Urteils zu prüfen.

Der „Grundriß“ eignet sich auch vortrefflich als Nachschlagewerk. Als solches wird er weder in Bibliotheken der höh. Schulen noch in denen der histor. Vereine fehlen dürfen.

Verlag von **B. G. Teubner** in Leipzig und Berlin

Preisänderung vorbehalten

Quellensammlung zur deutschen Geschichte. Herausgegeben von Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Brandenburg und Geh. Hofrat Prof. Dr. G. Seeliger. 8.

Die Sammlung soll in erster Linie pädagogischen, in zweiter Linie wissenschaftlichen Zwecken dienen. In jedem Bändchen wird das für die erschöpfende seminaristische Behandlung eines bestimmten Problems erforderliche Material von deutschen Hochschullehrern zugänglich gemacht. Es soll auch die Besprechung solcher Probleme ermöglicht werden, die bisher wegen der Verstreutheit des Materials in den historischen Übungen an den Universitäten nicht erörtert werden konnten. Ausführliches Verzeichnis umsonst u. postfrei vom Verlag, Leipzig, Poststr. 3

Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht. Herausgeb. von Geh. und Oberreg.-R. Prof. Dr. G. Lambek und Prof. Dr. P. Rühlmann. Preis eines jeden Heftes M. 2.70

„Zur Bildung selbständigen Urteils und damit zur Entwicklung des historischen Denkens sind sie um so wertvoller, als jedes, auch das beste Geschichtswerk uns eben nur allzu leicht gewöhnt, die Beziehungen der menschlichen Ereignisse mit den Augen des Geschichtsschreibers anzusehen, dem wir uns anvertraut haben.“ (G. Kerstensteiner: Süddeutsche Monatshefte.)
Ausführliches Verzeichnis umsonst u. postfrei vom Verlag, Leipzig, Poststr. 3

Volk und Vaterland. Schaffen und Schauen. Bd. I. 4. Aufl. Geb. M. 35.—
Auch in 2 Teilbänden erhältlich: I, 1. Das Deutsche Reich. M. 20.— I, 2. Das Wirtschaftsleben. M. 25.—

„Niemals am Vaterland verzweifeln und fest daran glauben, daß das Vaterland, wenn die Zeiten auch noch so hart und drückend sind, aus allen Prüfungen herrlich hervorgehen wird.“

Diesen Worten Schleiermachers folgend, möchte dies Buch vor allem unserer Jugend, den künftigen Führern unseres Volkes, die große Aufgabe zeigen, die sie zu lösen hat: unser Volk zur inneren Einheit zu führen. Dazu gibt es ein Bild alles dessen in seiner Vielgestaltigkeit, was sich zur großen Einheit des deutschen Vaterlandes zusammenschließt. Das Werk stellt eine lebensvolle, aber durchaus sachliche, unparteiische Bürgerkunde des neuen Deutschland dar, erfüllt vom Geiste tatkräftiger Vaterlandsliebe.

Teubners handbuch der Staatsbürger- und Volkswirtschaftskunde. [Unter der Presse 1921.]

Bietet den Stoff der für die Staatsbürgerkunde grundlegenden Rechts-, Staats- und wirtschafts-wissenschaftlichen Gebiete in einer für den gebildeten Laien geeigneten Bearbeitung durch angesehene Sachmänner.

Stoffe und Probleme des Geschichtsunterrichts in höheren Schulen. Von Prof. Dr. F. Friedrich. 2., vollst. umg. u. erw. Aufl. Geh. M. 24.—, geb. M. 34.80

„Friedrichs Buch ist infolge der scharfen kritischen Abwägungen des mit reichen Fachkenntnissen und feinem psychologischen und pädagogischen Blick ausgerüsteten Verfassers ein Orientierungswerk des Geschichtslehrers auch für die kommende Zeit.“ (Blätter für höheres Schulwesen.)

Geschichte und Leben. Von den Bildungsaufgaben geschichtlichen und sprachlichen Unterrichts. Von Prof. Dr. Th. Litt. Geh. M. 10.80, geb. M. 15.—

„Er ist ein Erzieher, der nicht nur tote stoffliche Kenntnisse und öde praktische Fertigkeiten, sondern Reinheit und Reife des Menschentums, Selbständigkeit des Urteils, Adel des Charakters zu erzielen sucht!“ (Der Tag.)

Individuum und Gemeinschaft. Grundfragen der sozialen Theorie und Ethik. Von Prof. Dr. Th. Litt. Geh. M. 21.—, geb. M. 33.—

„Eine sehr wertvolle Bereicherung unserer gesellschaftswissenschaftlichen Literatur.“ (Jahrbücher für Nationalökonomie.)

Die Aufgaben der höheren Schulen und die Gestaltung des Geschichtsunterrichts. Von Geh. Reg.-R. Prof. Dr. E. Meyer. Geh. M. 8.40

Ausgehend von dem Grundgedanken, daß Hauptaufgabe der höheren Schule und insbesondere des Gymnasiums die Erweckung wissenschaftlichen Geistes, die Erziehung zu selbständigem Denken und zu selbständiger Arbeit sei, unterzieht der Berliner Historiker die Schulfragen der Gegenwart einer kritischen Prüfung, um dann zu zeigen, wie der Geschichtsunterricht im Sinne der Lösung jener Aufgabe zu gestalten sei.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Preisänderung vorbehalten